

# Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21  
„Tagblatt-Haus“.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Gericht:

„Tagblatt-Haus“ Nr. 6650-53.

Vom 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntagen.

Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 70 Pfg. monatlich, 2 — vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, eine Zeitungs- u. 3 — vierteljährlich durch alle deutschen Postämter, ausschließlich für den Postweg. — Bezugs-Verhältnisse nehmen ausserdem entgegen: in Wiesbaden die „Wiesbadener Tagblatt“-Redaktion, in allen Teilen der Stadt, in Wiesbaden die dortigen Postämter und in den benachbarten Randorten und im Rheingebiet die betreffenden Tagblatt-Träger.



Anzeigen-Preis für die Zeile: 15 Pfg. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Kleiner Anzeiger“ und 20 Pfg. für alle anderen Anzeigen. In diesen Anzeigen wird für alle übrigen lokalen Anzeigen: 20 Pfg. für alle auswärtigen Anzeigen: 1 Pfg. für lokale Anzeigen, 2 Pfg. für auswärtige Anzeigen. Ganze halbe, dritte und vierte Zeilen, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. Bei wiederholter Aufnahme unerschütterter Anzeigen in kurzen Zwischenräumen aufeinanderfolgender Abende.

Kriegs-Zusatz: Für die Rhein-Raumgabe bis 12 Uhr mittags, für die Rhein-Raumgabe bis 8 Uhr nachmittags.

Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin SW. 61, Zeltower Str. 16, Fernspr. Amt Lützow 5788.

Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgedruckten Tagen und Plätzen wird keine Gebühr erhoben.

Mittwoch, 3. Dezember 1913.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 563. • 61. Jahrgang.

## Die funkentelegraphischen Verbindungen mit unseren Schutzgebieten.

Die lange Reihe der dem Verkehr- und Nachrichtenwesen dienenden Einrichtungen der Jetztzeit hat in der Funkentelegraphie ein neues Glied erhalten, dessen Grundgedanke darin besteht, daß elektrische Wellen durch die Luft hindurch eine gegenseitige Verständigung ermöglichen, ohne daß sonst eine Verbindung zwischen zwei korrespondierenden Stellen gegeben ist.

Von welcher Bedeutung die drahtlose Telegraphie in Zeiten politisch-militärischer Verwickelungen ist, das hat der Ausbruch des italienisch-türkischen Krieges im Jahre 1911 gezeigt. Raum war der Türkei in einem Ultimatum gestellte Frist von 24 Stunden am 29. September abgelaufen, als das Telegraphenbatal Tripolis-Malta von den Italienern durchschnitten und dadurch Tripolis vom Mutterlande isoliert wurde. Ebenso zeigt sich der große Nutzen der Funkentelegraphie im Balkankriege. Seit dessen Beginn stand der vor Konstantinopel liegende deutsche Panzerkreuzer „Göben“ in unmittelbarer Verbindung mit der Station Rauen in Deutschland und darüber hinaus, so daß Nachrichten von dort nach Berlin nur 3 Stunden brauchten.

Die ersten Versuche, die Telegraphie ohne Draht in den deutschen Schutzgebieten zu verwenden, rühren vom Jahre 1904 her, als man im Herero-Aufstand in Südwestafrika fahrbare Militärstationen verwendete. Die hierbei gemachten Erfahrungen lehrten, daß solche Stationen besonders für die Ausgabe von Befehlen und allgemeinen Anweisungen geeignet sind, weil alle Stationen im Wirkungsbereich der Zentralstelle gleichzeitig Mitteilungen erhalten. Mit der Festlegung des deutschen Kolonialbesitzes, der dadurch verborgenen umfangreichen Vermehrung der deutschen Handelsniederlassungen in überseeischen Gebieten und infolge der Entwicklung der deutschen Schifffahrt ergab sich für das Mutterland die Aufgabe, ein eigenes Post- und Telegraphenwesen in den Kolonien zu schaffen und außerdem durch Einrichtung weiterer Stationen im Ausland den deutschen Verkehr von fremder postalischer Vermittelung möglichst unabhängig zu machen. So bildete sich allmählich ein nach deutschem Muster geordnetes Post- und Telegraphenwesen aus, das dem Weltpostverein angegliedert wurde.

Für rein tropische Gebiete hatte die zuerst angewandte Methode, die mit langsamen, in offenen Funkentrecken erzeugten Entladungen arbeitet, den großen Nachteil, daß die gerade in den Tropen so häufigen und starken Luftelektrischen Strömungen den drahtlosen Zeichen genau gleichen und, da beide nicht auseinander gehalten werden konnten, den Verkehr erschwerten, ja unmöglich machten. Die deutsche Gesellschaft Telefunken hat nun in der neuesten Zeit ein völlig neues System eingeführt, das sie als das System der tönenden Röhrenfunkentelegraphie bezeichnet.

Es werden hierbei durch besondere Spezialmaschinen sehr schnelle Funkenübergänge erzeugt, die im Empfangsraum einen ihrer Wellenlänge entsprechend hohen Ton erzeugen. Dieser Ton läßt sich selbst zwischen starken Luftelektrischen Entladungen noch gut hören, so daß jene Entladungen ihm keinen Abbruch tun. Da das neue System außerdem noch die Vorzüge großer Reichweite und der Geheimhaltung der Mitteilungen hat, so entschied sich die Telegraphenverwaltung zu seiner Einführung in den deutschen Kolonien.

Überblicken wir das heutige Funkentelegraphen-Netz in Afrika, so finden wir in den größten Kolonien, d. h. Ostafrika (946 000 Quadratkilometer), die beiden Stationen Rufoba und Muanja am Viktoriassee seit längerer Zeit in Betrieb. Rufoba ist ein Knotenpunkt von Karawanenstraßen, die gut unterhalten werden, außerdem hat es in wirtschaftlicher Beziehung einen großen Wert wegen seines blühenden Holzhandels. Der Bezirk Muanja gilt als reich bevölkert und gut angebaut, und steht in regem Verkehrsverkehr mit der zum östlichen Seeufer führenden englischen Ugandabahn. Beide Orte bilden eine Art Verkehrslinie zur Sammlung praktischer Erfahrungen über den Funkenbetrieb im äquatorialen Klima, wozu sie in Folge ihrer Lage im Binnenland und an einem großen See besonders geeignet sind. Weitere Stationen sind für Tanga, Ujiji und Tabora vorgesehen, in der Hauptstadt Dar-es-Salaam ist eine Station bereits in Betrieb. Tabora, gegenwärtig der Endpunkt der großen ostafrikanischen Zentralbahn, erhält eine größere Station wegen seiner günstigen Lage zu den beiden nördlichsten zentralafrikanischen Seen und als Handelszentrum des ostafrikanischen Innern; zugleich liefert seine Nachbarschaft das beste und arbeitssame Trägermaterial. Es ist eine Hauptkategorie der großen Überlandbahn, die Anfang nächsten Jahres bei Kigoma, in der Nähe von Ujiji, den Tanganjikasee erreicht, einer Bahn, deren wirtschaftliche Wirkungen an den Grenzen des ostafrikanischen Schutzgebietes nicht halt machen werden. Muanja hat einen Turm von 85 Meter Höhe und 25 PS. Energie; Rufoba besitzt 60 Meter Turmhöhe, 14 PS. Energie. Dar-es-Salaam (100 Meter Turmhöhe), hat 1000 Kilometer Reichweite über Land und ca. 2000 Kilometer über See.

In Südwestafrika sind zwei Küstenstationen im Betrieb, Swakopmund und Lüderitzbucht, beide zu 85 Meter Turmhöhe. Die Entfernung der Station voneinander beträgt etwa 450 Kilometer. Beide Stationen haben als Küstenstationen die Aufgabe, den Verkehr mit den vorbeifahrenden Schiffen herzustellen, auch sollen sie bei Tag und Nacht einen gegenseitigen Verkehr ermöglichen. Als Küstenstation nach einem Schiff hat Swakopmund unter günstigen atmosphärischen Verhältnissen bis 3800 Kilometer Reichweite betriebsfähig. Die Signale der Station Dualla (Kamerun) konnten bei Nacht in dem 3000 Kilometer entfernten Swakopmund verstanden werden. Für das Jahr 1914 ist eine drahtlose Verbindung zwischen den neuen Hauptstationen Rauen und Logo geplant, womit die einem dringenden Bedürfnis entsprechende, vom Ausland unabhängige Verbindung zwischen Deutschland einerseits und Logo, Kamerun und Deutschsüdwestafrika andererseits hergestellt wäre, denn von Logo aus wird leicht mit Dualla eine Verbindung und Verständigung zu erreichen sein.

Die Verhältnisse in der Südsee liegen infolgedessen schwieriger als in den afrikanischen Kolonien, als es sich hier um ein ausgedehntes Inselgebiet handelt, dessen Randkomplex, wenn man von dem geschlossenen Areal des Kaiser-Wilhelm-Landes auf Neu-Guinea abfährt, nur etwa der Größe des Königreiches Bayern entspricht; dabei sind aber die kleinen und kleinsten Partikel dieser Inselwelt über eine elliptische Fläche zerstreut, deren größte Achse eine Länge von ca. 5000 Kilometer aufweist. Außerdem liegt der, für den An- und Abgang des Gebietes an den Weltverkehr wichtigste Punkt, die Insel Yap der Westkarolinen, die mit Schanghai und Guam (Marianen) durch Seefabel in Verbindung steht, an der nördlichen Peripherie des Inselgebietes. Um eine funkentelegraphische Verbindung mit den deutschen Südseebesitzungen und gleichzeitig deren kabeltelegraphischen Anschluß an das Welttelegraphennetz herzustellen, ist die Telefunken-Gesellschaft gegenwärtig damit beschäftigt, die genannten Kolonien drahtlos miteinander und mit der Kabelstation der deutsch-niederländischen Telefunken-Gesellschaft in Yap zu verbinden und sie dadurch in den Welttelegraphenverband aufzunehmen. Auf diese Weise wird zum erstenmal in Deutschland das Problem des Zusammenwirkens von Kabeltelegraphie mit dem drahtlosen Nachrichten-dienst verwirklicht.

Die in der Südsee nach dem System der „tönenden Röhrenfunkentelegraphie“ eingerichteten Anlagen sind mit je einem schweren Eisenturm von 120 Meter Höhe und mit einer Kraftanlage von mindestens 120 SP. ausgerüstet. Zweck der Stationen ist, wie gesagt, die bisher ohne jede telegraphische Verbindung untereinander bestehenden Punkte, d. h. die Insel Yap (Westkarolinen), Rabaul (Regierungssitz im Bismarck-Archipel auf der Insel Neu-Pommern), Nauru (Marshall-Inseln) und Apia (Samoa) miteinander zu verbinden und so auch gleichzeitig mit dem auf der Insel Yap landenden deutsch-niederländischen Kabel zu verknüpfen. Die beiden Stationen Rabaul und Apia sollten im vergangenen Sommer eröffnet werden. Die mittels Funkfunken zu überbrückenden Entfernungen sind: Yap-Rabaul 2200 Kilometer, Yap-Nauru 3400 Kilometer, Rabaul-Nauru 1700 Kilometer, Rabaul-Apia 4000 Kilometer, Nauru-Apia 2700 Kilometer. Der Betrieb der Stationen in der Südsee ist vom Reich einer von der Gesellschaft für drahtlose Telegraphie und der deutsch-niederländischen Telefunken-Gesellschaft begründeten Gesellschaft der „Deutschen Südsee-Gesellschaft für drahtlose Telegraphie“ mit einem Kapital von 2 Mill. Mark übertragen worden.

Mit Staunen und Bewunderung steht man vor der Großartigkeit der Erfindungen, die jetzt dem Nachrichtenwesen über See dienstbar gemacht werden und

## Himmelererscheinungen im Dezember 1913.

Zu dem Zeitpunkt, an dem die vom Frühlingspunkt an gezählte Refraktionsion oder große Ausfaltung der Sonne 18h beträgt, d. h. wenn sie auf der Grenze der Tierkreisbilder des „Skorpions“ und des „Schützen“ steht, am 22. Dezember, um 11 Uhr 35 Min. vormittags, erreicht auch ihre südliche Deklination oder Abweichung vom Äquator den größten Wert: 23° 27'. In diesem tiefsten Stande scheint die Sonne bei oberflächlicher Beobachtung eine Weile zu verharren, man hat ihn deshalb Solstitium genannt und das Winter-Solstitium dem Sommer-Solstitium gegenübergestellt; in Wirklichkeit aber tritt ein solcher Stillstand der Sonne nicht, ihrem Aufstieg folgt vielmehr unmittelbar der neue Aufstieg. Richtiger als die Römer bezeichneten daher schon die alten Germanen den Zeitpunkt mit Sonnenwende und nannten den höchsten Sonnenstand Sommer-Sonnenwende und den tiefsten Winter-Sonnenwende. Am 22. Dezember hat infolgedessen die nördliche Halbkugel der Erde den für sie besten Tag, und der Winter nimmt auf ihr seinen Anfang.

Schon am 1. Dezember erreicht die Deklination der Sonne den Wert — 21° 45' und am 22. Dezember wie gesagt ihr Maximum mit — 23° 27'. Am 31. Dezember hat sich der Wert bereits wieder auf — 23° 8' vermindert. Daraus folgt als Mittagshöhe der Sonne für den Parallel von 54° (Norddeutschland) 14½° am 1. und 12½° am 22., für den Parallel von 51° (Mitteleuropa) 17½° am 1. und 15½° am 22., endlich für den Parallel von 48° (Süddeutschland und Österreich, etwa Wien) 20½° am 1. und 18½° am 22. Dezember; bis zum 31. Dezember steigt sie wieder um 19°. Daraus ergibt sich der Tagesdauer nimmt vom 1. bis zum 22. im nördlichen Gebiet von 7¼ bis auf 7½ Stunden, im mittleren Gebiet von 8 bis auf 7¾ und im südlichen Gebiet von 8¼ bis auf 8¼ Stunden. Vom 22. bis 31. Dezember erfährt die Tagesdauer bereits wieder eine geringe Zunahme, im Norden von 5, im Süden von 4 Minuten, diese Zunahme entfällt aber ganz auf den Nachmittag.

Der Mond zeigt im Dezember folgenden Phasenwechsel: Erstes Viertel am 5., um 3 Uhr 59 Min. nachmittags, Vollmond am 13., um 4 Uhr 0 Min. nachmittags, Letztes Viertel am 20., um 5 Uhr 16 Min. nachmittags, und Neumond am 27. Dezember, um 3 Uhr 59 Min. nachmittags. In der Erde steht der Mond am 7. Dezember kurz nach Mitternacht bei einem Abstand von 83,4 Erdhalbmessern (6378 Kilometer) und in der Erde am 21. Dezember, um 8¼ Uhr nachmittags, bei einem Abstand von 68,0 Erdhalbmessern.

An Sternbedeckungen durch den Mond ist der Dezember sehr reich, besonders betreffen diese Sterne im „Stier“. Die Zeiten sind für Berlin folgende: Am 11. Stern 17 des „Stiers“ (Größe 4.0). Eintritt 9 Uhr 9.7 Min. nachmittags, Austritt 10 Uhr 27.1 Min. nachmittags, am gleichen Tage Stern 20 des „Stiers“ (Größe 3.9). Eintritt 9 Uhr 59.9 Min. nachmittags, Austritt 11 Uhr 5.9 Min. nachmittags, ebenfalls am gleichen Tage Eta des „Stiers“ (Größe 3.0). Eintritt 10 Uhr 57.3 Min. nachmittags, Austritt 11 Uhr 32.1 Min. nachmittags, am 13. Stern 136 des „Stiers“ (Größe 4.7). Eintritt 4 Uhr 16.3 Min. vormittags, Austritt 4 Uhr 29.1 Min. vormittags, am 18. Gamma des „Krebses“ (Größe 4.7). Eintritt 10 Uhr 42.1 Min., Austritt 11 Uhr 22.7 Min. nachmittags, am 19. Tau des „Löwen“ (Größe 5.3). Eintritt 2 Uhr 3.5 Min. vormittags, Austritt 3 Uhr 7.7 Min. vormittags, endlich am 31. Dezember Zeta des „Wassermannes“ (Größe 4.2). Eintritt 6 Uhr 44.3 Min. nachmittags, Austritt 7 Uhr 37.8 Min. nachmittags. Danach bietet sich also reichliche und bequeme Gelegenheit, das plötzliche Verschwinden und Wiederaufleuchten eines Fixsternes durch die Mondbedeckung zu beobachten.

Die großen Planeten sind im Dezember sämtlich zu beobachten, einige sogar ausnehmend vorteilhaft. Merkur, der am 11., um 1 Uhr vormittags, seine größte westliche Ausweichung von der Sonne, 21° 1', erreicht, macht gleich den Anfang mit ausgezeichneten Sichtverhältnissen. Er tritt im Beginn aus der Morgendämmerung hervor, bleibt dann fast länger, um Monatsmitte eine Stunde lang, nachher allmählich kürzere Zeit für das hohe Tage sichtbar. Mitte Dezember geht er schon zwei Stunden vor der Sonne im Osthorizont auf. Sein Erdbahndurchmesser wird größer von 0.78 bis 1.34 Erdhalbmessern auf 1.4948 Millionen Kilometer, sein scheinbarer Durchmesser verkleinert sich von 8.5" auf 5.0". Am 2. Dezember hat er eine Konjunktion mit Venus, der er sich bis auf 1° 35' nördlich nähert, und am 14. Dezember gelangt er in Konjunktion mit dem Sterne Beta des „Skorpions“, dem er bis auf 52' nördlich nahe kommt. — Venus durchzieht die Bilder der „Wage“, des „Skorpions“ und des „Schützen“ und kann anfänglich eine Stunde lang noch eine Viertelstunde lang als Morgenstern beobachtet werden. Auch ihr Erdbahndurchmesser nimmt zu von 1.60 bis auf 1.67 Erdhalbmessern oder Einheiten; dementsprechend verringert sich ihr Durchmesser von 10.5" bis auf 10.0". Ihrer Konjunktion mit Merkur haben wir schon gedacht, weitere Konjunktionen hat sie am 8./9. Dezember mit dem Sterne Delta des „Skorpions“, am 9./10. mit dem Sterne Beta des „Skorpions“ und am 23. Dezember mit dem Monde, dessen abnehmende Sichel südlich an ihr vorbeizieht. — Mars eilt seiner Opposition und Erdbahnaufgang Januar 1914 entgegen, er bewegt sich rückwärts im Bilde der „Willinge“ und strahlt mit magischem roten Glanze während der ganzen Nacht am Himmel. Seine Entfernung von uns nimmt von 0.71 bis auf 0.62 Einheiten oder von 106.13 bis auf 92.68 Millionen Kilometer ab. Dabei wächst sein Scheindurchmesser noch von 13.1" bis auf 15.0", den größten Wert bis zum Jahre 1920, in dem dieser bis auf 16.0" steigt. Dieser Planet



die dazu dienen, sowohl bei politischen Spannungen und bei Aufständen der Eingeborenen eine Verständigung zwischen Mutter- und Tochterland zu ermöglichen, als auch dem Handel und Schifffahrt Schutz und Hilfe zu gewähren. Es muß dankend anerkannt werden, daß die Reichsverwaltung unablässig bemüht ist, den Fortschritten und Veränderungen zu folgen, welche die Verbesserung und Umgestaltung der Technik auf diesem Gebiet erfordern.

## Das deutsch-englische Geschäft in Kleinasien.

Über die Aufteilung der kleinasiatischen Türkei in Interessensphären meldet der Londoner Korrespondent des „Echo de Paris“, der mit dem „Foreign Office“ Beziehungen hat und oft gut unterrichtet ist, seinem Blatt Einzelheiten, die sehr interessant und zum Teil neu sind: „Im Mai dieses Jahres hatten Haffi Paşa und Sir Edward Grey einen ersten Vertrag paraphiert, der unterzeichnet werden sollte, wenn die noch unerledigten Nebenfragen geregelt und die Veränderungen, die durch die schwebenden deutsch-englischen und türkisch-deutschen Verhandlungen vielleicht nötig werden könnten, vorgenommen wären. Dieser Tag scheint gekommen zu sein, wie aus den folgenden wichtigen Informationen aus Konstantinopel hervorgeht: Wie es im Mai vereinbart war, verblüht die Höhe der britischen Reichs-Gleichheit in der Behandlung aller Waren auf der Bagdadbahn, billigt ihm das Übergewicht in den Verwaltungen zu, die die Schifffahrt auf den mesopotamischen Flüssen organisieren sollen, und erkennt seine Sonderstellung am Persischen Meerbusen sowie sein tatsächliches Protektorat über Koweit und andere kleine benachbarte Sultanate an. England dagegen willigt in eine Erhöhung des türkischen Zolls auf 15 Proz. Diefem Vertrag sind nun folgende bedeutenden Abmachungen angehängt worden: „Die englische Regierung erhält die Konzessionen aller Petroleumquellen Arabiens, Mesopotamiens und Syriens“. Über das Zugeständnis in Syrien, diesem wichtigen Punkt der französischen Orientpolitik, äußert der Korrespondent einige Zweifel, die aber viel an ihrem Wert verlieren, wenn man bedenkt, daß England den Quai d'Oran zu dessen großem Verdruß nie recht über seine Pläne in Kleinasien verständigt, geschweige denn mit ihm auf diesem Gebiet zusammen gearbeitet hat. Den Erwerb dieser Konzessionen kann man leicht mit der kürzlich von Churchill gehaltenen Rede in Verbindung bringen, worin er ankündigte, daß die neuen englischen Dreadnoughts mit Petroleum betrieben würden und worin er darauf hinwies, wie wichtig es für England sei, die Flotte mit dem nötigen Heizmaterial zu versorgen. Der Korrespondent des „Echo de Paris“ schreibt zu dieser türkisch-englischen Abmachung: „Diese Tatsache beweist, daß England trotz allem seine Macht im Mittelmeer behaupten will. Ich habe den Eindruck, daß England neuerdings gegenüber den Mittelmeerfragen eine energischere und entschiedene Haltung als in den vergangenen Jahren angenommen hat.“

Der zweite Zusatz zu dem Vertrag erweitert die Grenzen Koweits nach Osten und nach Süden. Ferner wurde der Vertrag vom Mai dahin umgeändert, daß die Schifffahrt auf dem Euphrat und Tigris, die England zugesprochen war, auf eine internationale Gesellschaft übergeht, deren Kapital sich aus 50 englischen, 25 deutschen und 25 russischen Anteilen zusammenstellt. Der Korrespondent schreibt dazu: „In Wahrheit ist dies eine deutsch-englische Gesellschaft.“ Eine von Lord Alcester geleitete Finanzgruppe repräsentiert die englischen Interessen. Deutschland verlangt diese Kompensation dafür, daß es an England zwei Sitze im Verwaltungsrat der Bagdadbahn abtrat, um jede Maßnahme auszuüben, die gegen das Prinzip der Gleichheit aller Waren verstoßen könnte. Diese Einzelheiten geben ein ziemlich vollständiges Bild vom türkisch-englischen Vertrag. Er läßt sich dahin zusammenfassen, daß die deutschen Interessen sich um

die Bagdadbahn gruppieren, während England sich am Persischen Golf und in Arabien festsetzt. Indem England nicht auf der Internationalisierung der letzten Strecke der Bagdadbahn bestand und dabei noch die Internationalisierung der mesopotamischen Schifffahrt zugestehen mußte, hat es vielleicht in dem Gebiet am Euphrat und Tigris nicht die feste Stellung errungen, auf die es Anspruch machte.“

## Deutsches Reich.

\* Der Jagdaufenthalt des Kaisers in Donaueschingen. Der Kaiser, der Fürst zu Fürstberg und dessen Jagdgäste jagten gestern in dem Revier Unterhölzgerwald. Das Frühstück wurde daselbst im Jagdschloßchen eingenommen.

\* Ein englischer Korb für den Kaiser. Aus London wird berichtet, daß vor einiger Zeit eine Einladung des Kaisers an Lord Northcliffe, den Eigentümer der „Times“, höflich und bestimmt abgelehnt wurde. Ein Freund des Lords fügte hinzu, daß es von deutscher Seite nicht klug gewesen sei, Northcliffe einzuladen, da man nicht vergessen dürfte, daß dieser auch der Inhaber der Pariser Ausgabe der deutsch-feindlichen „Daily Mail“ ist und schon aus diesem Grunde nicht gut der Gast des deutschen Kaisers sein konnte.

ape. Der Stand der Invalidenversicherung. Am 1. Januar 1914 werden voraussichtlich 1 056 153 Renten, und zwar 970 136 Invalidenrenten und 86 017 Altersrenten, laufen, wenn man den Zugang an Invalidenrenten im Jahre 1913 mit 125 000 und den Zugang an Altersrenten mit 12 800 annimmt. Von diesem Anfangsbestande werden nach den bisherigen Erfahrungen im Jahre 1914, und zwar durchschnittlich in der Mitte des Jahres, 105 761 Renten wegfallen, so daß vom Anfangsbestande 950 392 Renten verbleiben. Für das Jahr 1914 ist der Zugang an Invalidenrenten mit 127 000 und der Zugang an Altersrenten mit 13 100 angenommen worden, von dem 13 970 und 327, im ganzen also 14 297 Renten im Jahre 1914 wieder wegfallen, so daß sich der gesamte Reinzugang auf 125 803 Renten stellt. Unter Zugrundelegung der bisherigen Erfahrungssätze für den Reichszuschuß (40 M. zu jeder neu zugehenden und am Jahresabschluß noch laufenden, 22 M. zu jeder neu zugehenden und am Jahresabschluß bereits weggefallenen Rente, 25 M. zu jeder im Laufe des Jahres aus dem Anfangsbestande weggefallenen Rente) wird der Reichszuschuß zu den am 1. Januar 1914 laufenden Renten (50 x 950 392) + (25 x 105 761) = 50 163 625 und zu den im Jahre 1914 neu hinzutretenden Renten (40 x 125 803) + (22 x 14 297) = 5 340 654 M., zu allen Invaliden- und Altersrenten daher 55 510 279 M., betragen. Der Reichszuschuß zu den Invalidenrentenrenten (§ 1255 Abs. 3 der Reichsversicherungsordnung) ist auf 950 000 M. zu veranschlagen.

\* Innere Kolonisation. Die Deutsche Gesellschaft für innere Kolonisation zu Berlin hat ihre Tätigkeit auf die Provinz Schlesien ausgedehnt. Nachdem sie zu Beginn des Herbstes durch Vermittlung der königlichen Generalkommission Breslau zunächst die Aufstellung des Dominiums Releschowitz im Kreise Breslau in Rentengüter übernommen hatte, hat sie jetzt auch die Rittergüter Oberheide, Kreis Liegnitz, Oberheide, Kreis Steinau, und Krinisch, Kreis Neumarkt, übernommen. Hier sollen zahlreiche Rentengüter begründet werden.

\* Zur Frage der staatlichen Wohnungsfürsorge. Einen ersten Versuch mit der staatlichen Wohnungsfürsorge scheint jetzt die sächsische Regierung machen zu wollen. Kultusminister Dr. Wedd teilte in einer Rede in der Dresdener Zentralkasse für Wohnungsfürsorge mit, daß die Regierung am Samstag einen Gesetzentwurf fertiggestellt habe, der die sächsische Landesbank mit Krediten und Mitteln ausstattet, die Wohnungsfürsorge und namentlich das Kleinwohnungswesen zu fördern.

sh. 3. Christlich-nationaler Arbeiterkongress. In den fortgesetzten Beratungen des 3. deutschen Arbeiterkongresses (vergl. Bericht in der gestrigen Morgen-Ausgabe) war wiederum eine große Reihe von Parlamentariern und anderen Ehrengästen anwesend. — An erster Stelle sprach Redakteur Zos (M.-Gladbach) über „Nationale Entwicklung und soziale Bewegung in Deutschland“. — Der Kongress behandelte in der Hauptsache das Thema „Die deutsche Sozialpolitik und ihre Gegner“. Der Referent, Reichstagsabgeordneter Giesberts (M.-Gladbach), legte seine Ausführungen in einer

Reihe von Zeitsätzen nieder, die u. a. verlangen: Auffklärung des deutschen Volkes über die Notwendigkeit und die Wirkungen der Versicherungs- und Arbeitsgesetze, Stellungnahme der Regierung und der Parlamente gegen das schamhafte Treiben und die Einschränkung des Koalitionsrechts der Arbeiter, Stärkung der auf christlich-nationalem Boden stehenden Organisationen der Arbeiter und Angestellten. — Der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands hatte diese Zeitsätze durch eine Reihe von Spezialwünschen ergänzt, die sich namentlich auf die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit im Bergbau bezogen. — In einer kurzen Ansprache begrüßte sodann Erzengel Geheimrat Prof. Dr. Adolf Wagner den Kongress, indem er betonte, daß gerade heutzutage auf sozial-politischem Gebiete die Anstrengungen verdoppelt werden müßten, damit Deutschlands Stellung in der Welt aufrecht erhalten bleibe. — Nach einer kurzen Pause begrüßte Wieber (Duisburg) eine Resolution des christlichen Metallarbeiter-Verbandes, die verlangt, die Bundesratsverordnung, betreffend den Betrieb der Anlagen der Grobsteinindustrie im Sinne eines besseren Arbeiterschutzes, zu erweitern. — Weitere Spezialwünsche ließen vortragen der Zentralverband christlicher Textilarbeiter, der Reichsverband der Gasthausangestellten, der Zentralverband deutscher Militärhandwerker und -arbeiter, das Reichsamt der Verbände der Beamten und Arbeiter staatlicher Verkehrsanstalten, der Zentralverband deutscher Eisenbahner, der Deutsch-nationale Handlungsgehilfen-Verband und der Verband der Heimarbeiterinnen. — An die Referate schloß sich eine Diskussion. — Die Resolution Giesberts wurde mit großer Majorität angenommen; die Annahme der übrigen Resolutionen, welche die einzelnen Referenten vorgelegt hatten, erfolgte einstimmig. — Die Sitzung wurde mit geschäftlichen Mitteilungen geschlossen.

\* Zur Abwehr des amerikanischen Tabaktrusts hat die Handelskammer in Bonn folgende Entschließung gefaßt: „Die Handelskammer erblickt in den Bestrebungen des amerikanischen Tabaktrusts eine schwere Gefahr für die deutsche Tabakindustrie und den Tabakhandel. Sie spricht die Hoffnung aus, daß das tabakverbrauchende Publikum im eigenen Interesse dieser Gefahr durch den ausschließlichen Verbrauch nur traufrichter Fabrikate mit zu begegnen gewillt ist und erklärt gleichzeitig, alle Schritte selbst unterstützen zu wollen, die geeignet sind, eine weitere Ausdehnung des amerikanischen Tabaktrusts zu verhindern.“

## Heer und Flotte.

+ Befreiung der Offiziere des Beurlostenstandes von Kontrollversammlungen. Wie eine offiziöse Korrespondenz an zuständiger Stelle erfährt, trägt man sich zurzeit mit Erwägungen, eine Erleichterung der Teilnahme von Offizieren des Beurlostenstandes an den Kontrollversammlungen, die jährlich im Frühjahr und im Herbst stattfinden, einzutreten zu lassen. Während bis jetzt nur in besonders wichtigen und dringenden Fällen von den Bezirkskommandos eine Befreiung dieser Offiziere von den Kontrollversammlungen gestattet wurde, soll dies nunmehr in erheblich größerem Umfang geschehen. Die Erwägungen hierüber sind jedoch noch nicht zum Abschluß gelangt.

Über äußere Aufschriften an Kasernen wird folgender Erlass des Kriegsministeriums vom 1. November 1913 veröffentlicht: Seine Majestät der Kaiser und Königin haben zu genehmigen geruht, daß an Kasernen deren Namen oder Truppenbezeichnungen anzubringen sind. Wird beschlagnahmt, den Kasernen neue Namen beizulegen, so ist durch Vermittlung des Kriegsministeriums die Allerhöchste Genehmigung einzuholen. Im übrigen bestimmen die Generalkommandos die Bezeichnung der Kasernen mit schon gebräuchlichen Namen oder mit den Namen der die Kasernen benutzenden Truppenteile. Für Aufschriften, die sich auf die Erbauungszeit beziehen, gilt Ziffer 270 der Garnungsgebäudeordnung. Die Auswahl der geeigneten Anbringungsstellen und Formen sowie der Ausführungsdart ist Sache der Garnungsintendanten. Die Ausführung erfolgt unter Mitwirkung des Militärbaubeamten. Die Kosten fallen bei Neubauten oder solchen gleich zu ersetzenden Umbauten den Neubaufonds, im übrigen den beteiligten Bauwirtschaftsfonds zur Last. Zuschüsse zu diesen Fonds können aus diesem Anlaß vom Kriegsministerium nicht gewährt werden.

## Post und Eisenbahn.

— Verbot der privaten drahtlosen Telegrafenanlagen. Nach Vorlesungen aus neuerer Zeit zu schließen, scheint nicht allgemein bekannt zu sein, daß die Errichtung und der Betrieb sämtlicher drahtlosen Telegrafenanlagen (auch der lediglich zum Empfang bestimmten) nur mit Geneh-

besten Fernrohrs können jetzt die dunklen und hellen Flecke auf der Oberfläche des Planeten wahrnehmen. Am 15. Dezember findet eine Konjunktion des Mars mit dem Monde statt, bei der sich der Mond (am 13. Vollmond) nördlich an dem Planeten vorbeibewegt. — Jupiter geht im östlichen Teile des „Schützen“ beständig früher abends unter, ist nur noch kurze Zeit in der Dämmerung zu sehen und verschwindet gegen Monatsende gänzlich für das freie Auge. Sein Erdbahndurchmesser wächst von 5,98 bis auf 6,07 Einheiten, und sein Scheibendurchmesser verkleinert sich von 34,1 bis auf 32,9. Am 1. und 22. Dezember hat der Mond mit Jupiter Konjunktion; beide Male bleibt der Mond südlich. — Saturn gelangt im Wilde des „Stiers“ am 7. Dezember in Opposition und Erdnähe, glänzt daher während der ganzen Nacht am Himmel. In seiner Erdnähe hat er einen Abstand von 8,05, am Schlusse des Monats einen solchen von 8,14 Einheiten; sein Scheibendurchmesser verringert sich nur von 20,2 bis auf 20,0. Nahezu in voller Öffnung präsentiert sich sein Ringsystem, seine große Achse hat um Monatsmitte den Winkelmesswert 47,8, seine kleine Achse einen solchen von 21,2. Saturnbeobachtungen mit besseren Fernrohren gewähren deshalb jetzt viel Erfolg. Am 13. Dezember tritt der Mond mit Saturn in Konjunktion, die Vollmondscheibe befindet sich dabei nördlich vom Saturn. — Uranus ist im Wilde des „Steinbocks“ nur noch schwierig zu beobachten. Sein Erdbahndurchmesser nimmt von 20,38 bis auf 20,72 Einheiten zu, seine Scheibe hat nur einen Durchmesser von 4,4. — Neptun dagegen steht im Wilde der „Zwillinge“, südlich vom Mars, sehr günstig. Die genauen Orter des Neptun sind: Am 1. Dezember Rektaszension 7 h 59 m 10 s und Declination + 20° 8', am 31. Dezember Rektaszension 7 h 57 m und 10 s und Declination + 20° 16'. Sein Erdbahndurchmesser vermindert sich von 22,34 bis auf 20,05 Erdbahnradien; sein Durchmesser zeigt den geringen Wert von 2,6, als Scheibe erkennt man ihn nur in kräftigen Teleskopen.

Sternschnuppen bemerkt man in den Tagen vom 6. bis 13., vorwiegend vom 9. bis 12. Dezember zahlreicher

als an anderen Tagen. Die Meteore dieses periodischen Schwarmes strahlen zumeist aus dem Wilde der „Zwillinge“ aus.

Der Fixsternhimmel entfaltet im Dezember eine großartige Pracht, die durch den wunderbaren Glanz der hellen Planeten noch wesentlich gesteigert wird. Durch Mondschleier erleidet die Leuchtkraft der Gestirne während der Abendstunden nur in der ersten Monatshälfte Einbuße. Etwa um 10 Uhr sieht man die Milchstraße vom Ostnordosten emporsteigen, über den Zenit ziehen und im Westnordwesten wieder den Horizont erreichen. Den Südosten und Osten schmücken um diese Zeit die herrlichen, sternbesetzten Winterbilder „Orion“, „Großer Hund“ und „Kleiner Hund“, „Stier“, „Fuhrmann“ und „Zwillinge“ mit dem Saturn und Mars. Unweit des Zenits reihen sich nach Westen abwärts die Andromedasterne aneinander, im Nordosten funkeln die Sterne des „Großen Bären“ und im Nordwesten diejenigen der „Leier“ und des „Schwans“. Überwältigend schön ist der Anblick um Mitternacht, wenn im Süden der Sirius mit dem Saturn und Mars, umgeben von einem Haare hellerer Gestirne, an Glanz wettkämpft.

## Aus Kunst und Leben.

\* Eine Immunisierung gegen Tuberkulose? Vor einigen Tagen trat der bekannte Gelehrte Professor Calmette, der Leiter des Instituts Pasteur in Lille, in einem offenen Schreiben an die französische Regierung mit einem Vorschlage hervor, der in der medizinischen Welt Frankreichs aus mannigfachen Gründen lebhaftes Aufsehen erregte. Der Forscher forderte die Regierung auf, der Wissenschaft eine tropische Insel und eine jährliche Subvention von 800 000 Franken zu Studien über die Tuberkulose zur Verfügung zu stellen, und sprach davon, daß dann so gut wie sicher in 10 Jahren ein wirklich wirksames Mittel zur Bekämpfung der Tuberkulose gefunden sein würde. Diese Zusage bei einem so vorrich-

tigen und gründlichen Gelehrten mußte ihre besonderen Gründe haben, und in Frankreich entstand die Vermutung, daß Calmette, der sich seit längerer Zeit mit dem Studium der Tuberkulose beschäftigt, zu öffentlich noch unbekannten Resultaten gelangt sein müsse, die so ermutigend und günstig verließen, daß der Appell an die Öffentlichkeit gerechtfertigt sei. Ein Mitarbeiter des „clair“ hat den Gelehrten ausgemacht, und was er dabei erfährt, scheint diese erfreuliche Annahme zu bestätigen. „In einer langen Reihe von Versuchen“, so erklärte der Forscher, „habe ich die entscheidenden Hinweise zu einem neuen Wege der Tuberkulinimpfung gefunden. Es ist mir gelungen, Kühe und Ochsen, die ich nach meinem Verfahren vor 1½ Jahren impfte, gegen Tuberkulose zu immunisieren. Virulente Kochsche Tuberkulosebazillen, die dem Futter der Tiere beigegeben wurden, riefen keinerlei Störungen im Organismus mehr hervor, worauf ich dazu überging, kulturen lebender Bazillen den Tieren einzunehmen: der Erfolg blieb der gleiche. Hunderte von Millionen von Tuberkulose wurden den Tieren in die Adern injiziert und von dem Kreislauf durch den ganzen Organismus geführt. Alle Versuchstiere zeigten sich vollkommen immun. Die letzten Untersuchungen bewiesen, daß die geimpften Tiere nicht die geringsten Spuren einer tuberkulösen Infektion aufwiesen, trotz dieser massenhaften Zufuhr von Infektionsstoff. Die Erfolge dieser Versuche lassen einen Strahl schöner Hoffnung aufleuchten; aber jetzt kommt es darauf an, den Weg auf weiteren Basis zu beschreiten, denn die gelungenen Experimente genügen mir noch nicht, sie sind noch nicht abgeschlossen. In unseren Ställen wird es schwer, sich über die Dauer der Immunität der Kühe und Ochsen absolute Gewißheit zu verschaffen, während andererseits die Versuche an menschenähnlichen Affen in unserem Institut und kühlen Klima nicht mit der wissenschaftlichen Genauigkeit ausgeführt werden können. Um diese Forschungen unter günstigen Umständen zu Ende führen zu können, werde ich mich“, so schloß Professor Calmette, „an die Förderer der Wissenschaft, auf daß sie mir Gelegenheit geben, das Werk zu vollenden.“



Wiegung des Reichs zulässig ist. Dies gründet sich auf das Telegraphengesetz vom 6. April 1892 in Verbindung mit der Novelle vom 7. März 1908. Zuwiderhandlungen gegen das Telegraphengesetz werden nach § 9 mit Geldstrafe bis zu 1500 M. oder mit Haft oder mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft. Außerdem werden nach § 11 die unbefugte Errichtung oder Betriebes Anlagen außer Betrieb gesetzt oder beseitigt. Wer also ohne Genehmigung des Reichs eine Station für drahtlose Telegraphie errichtet oder betreibt, setzt sich einer empfindlichen Bestrafung aus.

### Deutsche Schutzgebiete.

Geplante Gründung einer Genossenschaftsbank in Deutsch-Südwest. Aus Omarura, 30. November, wird gemeldet: Die Frage der Gründung einer Genossenschaftsbank im Norden ist am 27. November in einer stark besuchten Versammlung eingehend erörtert und geklärt worden. Der Gouverneur, ebenso Bankdirektor Fresenius beteiligten sich an der Besprechung. Die Stimmung ist der Gründung günstig. Eine Kommission ist mit der Ausarbeitung einer Denkschrift beauftragt worden. Die Unterstützung der Landwirtschaftsbank ist zu annehmbaren Bedingungen gesichert.

Ein Europäerkrankenhaus im Kameruner Urwald. Der Neubau des Europäerkrankenhauses in Yaunde im Kameruner Urwald ist soweit vollendet, daß das Krankenhaus am 20. Oktober mit zwei Krankenzimmern in Betrieb genommen werden konnte. Das neue Krankenhaus ist auch mit einem Operations- und einem Untersuchungsraum ausgestattet.

## Ausland.

### Belgien.

Eine sensationelle Schwindelkonfession. Brüssel, 2. Dezember. Eine Affäre, die geeignet ist, das größte Aufsehen zu erregen, wird hier bekannt. Der frühere Minister des Inneren und der öffentlichen Arbeiten, Sclerut, und sein Schwager, der Präsident der Kammer, Schollaert, erhielten eine Grubenkonfession über 4000 Hektar zuerkannt. Als einzige Begründung für diese Konfession konnten sie vorbringen, daß sie einen Acker von 50 Hektar besitzen. Der Kammer ist in dieser Angelegenheit bereits eine Interpellation zugegangen, und man erwartet bei Beantwortung derselben erregte Debatten.

### England.

Schwere Arbeiterunruhen in Dublin. London, 1. Dezember. Die Aufregung über die zahlreichen Arbeiterunruhen in Dublin wächst tagtäglich. Am Sonntag bildete sich ein großer Zug von Ausständigen, der durch die Straßen der Stadt zog. Als der Demonstration ein Straßenbahnwagen begegnete, fielen die Ausständigen sofort über den Wagen her und zertrümmerten alles, was nicht mit Gewalt und Gewalt fest war. Sie mißhandelten auch den Führer des Wagens, der so schwer verletzt wurde, daß ihn die Polizei, als sie ihn endlich aus den Händen der Ausständigen befreit hatte, ins Krankenhaus bringen mußte.

### Rußland.

Die Rückkehr der Jarenfamilie nach Zaroskoje-Selo. Unter Petersburger Korrespondenten schreibt uns: Da der Großfürst Thronfolger gesundheitlich bereits sehr große Fortschritte gemacht hat, in der Krone aber ein sehr unfreundliches Wetter herrscht, sind die bisherigen Absichten der Jarenfamilie (Verbleiben der Kaiserin in der Krone) fallen gelassen worden. Die gesamte Jarenfamilie begibt sich nach Zaroskoje-Selo und trifft am 28. Dezember dort ein. Die Kaiserin-Witwe Maria Feodorowna trifft am 25. Dezember in Petersburg ein. Am 7. Januar, dem russischen Weihnachtstage, wird die ganze Kaiserfamilie in Zaroskoje-Selo versammelt sein.

### Bulgarien.

Die innere Lage. Sofia, 1. Dezember. Die Wahlbewegung nimmt einen ruhigen Verlauf. Die russophilen Blätter halten sich auffallend zurück mit ihren Auslassungen. Die Partei Danew wird überall von den Wählern boykottiert. Gestern konnten Danew in Mezdra und ebenso der frühere Minister Christow die beabsichtigten Wahlreden nicht halten, weil keine Zuhörer erschienen waren.

### Türkei.

Die höchste Auszeichnung für den Großwesir. Konstantinopel, 2. Dezember. Der Sultan hat dem Großwesir in Anerkennung seiner Verdienste, seiner Leistungen und seines Patriotismus die Brillanten des Anthonos-Ordens verliehen. Es ist die höchste Auszeichnung, die an nichtgekrönte Häupter verliehen werden kann. Gleichzeitig richtete der Sultan an den Großwesir ein äußerst schmeichelfolles Schreiben.

Eine Sparmaßnahme. Konstantinopel, 1. Dezember. Die Pforte plant, durch Nichtbesetzung einer Anzahl Beamtenposten und Herabsetzung der Beamtengehälter um 15 Proz. das Staatsbudget monatlich um etwa 250 000 Pfund zu verringern.

Das Abkommen für den griechischen Gesandten erteilt. Konstantinopel, 2. Dezember. Die Pforte hat dem griechischen Minister des Äußern Panas das Abkommen als griechischen Gesandten in Konstantinopel erteilt.

### Afrika.

Die spanischen Kämpfe in Marokko. Ceuta, 1. Dezember. (Amtliche Meldung.) Die Kolonne Arraz hatte ein lang andauerndes Feuergefecht mit feindlichen Truppen, die sich angesammelt hatten. Der Feind erlitt schwere Verluste und zog sich zurück. Die Batterien von Guesta und Colorado unterstützten die Spanier, von denen drei Sergeanten und 12 Mann getötet und 15 Mann verwundet wurden.

### Nordamerika.

Ein Weltfriedensvorschlag eines Kongressmitgliedes. Washington, 1. Dezember. Das Mitglied des Kongresses Grey brachte eine Gesetzesvorlage ein, die den Präsidenten ersucht, Delegationen der Par-

lamenten aller Nationen zu einer internationalen Konferenz in Washington für den nächsten Herbst einzuladen. Der Zweck der Konferenz soll sein, eine Einigung hinsichtlich des Planes einer Abrüstung und der sofortigen Einstellung des Rüstungsbauwerks herbeizuführen.

## Luftfahrt.

Leuchtturm für Luftschiffer. Die „Beleuchtung“ des deutschen Binnenlandes nimmt erfreulich zu. So hat die Stadt Bonn vor kurzem ein elektrisches, feststehendes Leuchtturm aufstellen lassen. Ein Leuchtturm gleichen Typs gelangt in den nächsten Tagen auf dem Flugplatz Godesburg zur Aufstellung. Beide Feuer sind von der Berlin-Anhaltischen Maschinenbau-A.G. geliefert.

Ein neuer Flugrekord. Paris, 1. Dezember. Gestern stellte Tissandier mit einem Gleitboot einen neuen Weltrekord auf, indem er 94,263 Kilometer in der Stunde zurücklegte.

## Aus Stadt und Land.

### Wiesbadener Nachrichten.

Die Stadtverordneten sind auf Freitag, den 5. Dezember 1. N., nachmittags 4 Uhr, in den Bürgersaal des Rathauses zur Sitzung mit folgender Tagesordnung eingeladen: 1. Projekt für den Neubau des Pavillons 3 des städtischen Krankenhauses. Ver. Bau-A. 2. Desgleichen betr. die Errichtung eines Neubaus an der Beaufste. Ver. Bau-A. 3. Desgleichen für Unterfütterung des Waschküchens und Waberräumen in dem Kanalbauhofgelände an der Schornhorststraße. Ver. Bau-A. 4. Bewilligung von 7330 M. für Instandsetzung von Kellerräumen im Rathaus für Bureauzwecke und zur Beschaffung von Mobiliar für die neu eingerichteten Bureauräume der Steuerverwaltung. Ver. Bau-A. 5. Desgleichen von 2070 M. für Umpflasterung des Hofes, Entwässerung der Ställe, Herstellung einer Abwasserfammelgrube in dem Kasanerleingebäude. Ver. Bau-A. 6. Desgleichen von 1900 M. für Instandsetzung einiger Räume im „Hotel Schützenhof“. Ver. Bau-A. 7. Schlussabrechnung für den Rathaus-Neubau. Ver. Bau-A. 8. Bewilligung eines weiteren Zuschusses von 4000 M. an das Arbeitsamt für das Jahr 1913/14. Ver. Fin.-A. 9. Anlauf eines Wiesengrundstücks im Distrikt „Rabengrund“, Gemarkung Sonnenberg. Ver. Fin.-A. 10. Feststellung und Abnahme der Jahresrechnung der Haupt- und der Krankenhausverwaltung für das Rechnungsjahr 1911. Ver. Rechn.-A. 11. Anschlussplan über die Verlegung einer Verbindungsstraße zwischen Belle-Alliancestraße und Zahnstraße. 12. Desgleichen über die Verschmälerung des nördlichen Vorgartens der Wladenburgstraße zwischen Fritz-Kasse und Odenwaldstraße.

Stadtschulhaus. Vorsitzender: Beigeordneter Körner; Beisitzer: Stadtrat Burand und Stadtrat Kimmel. Der Besitzer des „Hotels Wilhelm“, Sonnenberger Straße 2, möchte seinen Gästen Gelegenheit bieten, im Vorgarten seines Hotels den Kaffee usw. einzunehmen und dabei zugleich das Stadtbild in sich aufzunehmen. Er sucht daher um die Genehmigung zum Schankwirtschaftsbetrieb in diesem Vorgarten nach. Die Polizei hat sich der Konsequenzen wegen gegen die Gemeinde für die Erteilung der Konzession ausgesprochen. Gestern wurde die nachgeholte Erlaubnis erteilt für den sich bis zu 4 Meter von der Straßenkuchlinie der Sonnenberger Straße hingehenden Streifen. — Der Restaurateur Franz Leberbogen in der „Waldhalla“ ist um die Erlaubnis zur Aufführung von Singspielen gekommen. Weil in dem Termin der Antragsteller nicht antworfend oder verzögert war, bleibt das Verfahren auf sich beruhen. — Der Restaurateur Nikolaus Kopp betreibt seit 17 Jahren in der Wälmühlstraße eine Wirtschaft. Er besitzt außer für die in Frage kommenden geschlossenen Räumlichkeiten die Konzession noch für einen hinter dem Hause gelegenen Garten. Während jedoch hier die Wirtschaft nie ausgeübt worden ist, wurde sie bisher unbeanstandet betrieben auf einem mit wildem Wein überdeckten Gelände an der oberen Seite des Hauses. In der letzten Zeit ist dies behördlich bemerkt worden, und Kopp bittet, indem er auf die Konzession in dem Gelände hinter dem Hause verzichtet, um die Ausdehnung der Schankkonzession auf das Nebengelände. Die Polizeibehörde befragt, die Gemeindebehörde unterstützt das Gesuch, und dem Ersuchen wird willfahrt. — Der Weinwirt Feinr. Müller, Kersstraße 41, beklagt sich darüber, daß die Wirtschaftsverhältnisse in Wiesbaden immer schlechter würden und bittet daher um die Ausdehnung seiner Konzession auf den Ausschank von Bier und besseren Getränken. Die Polizeibehörde unterstützt, die Gemeindebehörde dagegen bekämpft das Gesuch, dem Antrag aber wird entsprochen. — Im weiteren liegen neun Anträge der städtischen Armenverwaltung vor, Personen, welche, obwohl sie in der Lage sind, Hilfsbedürftige zu unterstützen oder zu unterhalten, das zumgunsten der Stadt nicht tun, in ein Arbeitshaus einzuweisen. Es handelt sich dabei um von der Stadt aufgewandte Beträge in Höhe von 700 M. und mehr. Die Anträge richten sich gegen 9 Personen. Im allgemeinen kamen mit den Beteiligten Vereinbarungen zustande, wonach sie in der Folge einen laufenden Zuschuß zu dem Aufwand der Armenverwaltung auszusprechen sich verpflichten, und desfalls zunächst das Verfahren in der Schwebe bleibt. Nur in zwei Fällen wurde dem Antrag auf ihre Unterbringung in Arbeitshaus entsprochen.

Zur bevorstehenden Stadtverordneten-Wahl. Die Stadtverordneten-Wahl 2. Klasse am kommenden Montag zwischen den vier sozialdemokratischen Kandidaten wird sich ziemlich einfach abspielen, nachdem von den Mitgliedern des Parteivorstandes die Unterstützung derjenigen beiden Kandidaten beschlossen worden ist, welche bei der Hauptwahl die größte Stimmengahl auf sich vereinigten haben. Es sind das bekanntlich der Stadtverordnete Gerhardt und der Arbeitersekretär Müller.

Robere elektrische Beleuchtung durch hundertfache Metalladlampen. Fortgesetzte Versuche haben ergeben, daß durch Erhöhung der Temperatur des Metalladens in den Glühlampen die Ausnutzung der elektrischen Energie verbessert werden kann. Die höhere Temperatur des Glühfadens hat nach den weiteren Vorteilen, daß das Glühlicht die ihm sonst eigene gelblichweiße Farbe verliert und eine mehr rein weiße Farbe annimmt, die dem Tageslicht fast gleichkommt. Während bei den früher gebräuchlichen Kohlenfaden-Glühlampen der Wattverbrauch 3,5 Watt pro Normalkerze betrug, sank er

nach Einführung der Metalladlampen auf 1,1 Watt pro Normalkerze bei Lampen von 16 bis 100 Normalkerzen und auf 1 bis 0,8 Watt pro Normalkerze bei Lampen von 200 bis 1000 Normalkerzen. Die neueste hochleistungsfähige Metalladlampe, die in Stärken von 600, 1000, 1500, 2000 und 3000 Normalkerzen hergestellt wird, weist sogar nur einen Wattverbrauch von 0,5 Watt pro Normalkerze auf. Die Fortschritte in der elektrischen Beleuchtungstechnik werden am besten durch folgenden praktischen Vergleich dargestellt: Früher, bei Verwendung der Kohlenfadenlampe, erzielte man für 1 Kilowatt-Stunde Strom nur 285 Kerzenstunden, während man heute bei Verwendung der erwähnten Metalladlampe für dieselbe Strommenge, also 1 Kilowattstunde, 2000 Kerzenstunden erhält. Um die Leuchtkraft der neuesten hochleistungsfähigen Metalladlampe dem Publikum vor Augen zu führen, hat das hiesige städtische Elektrizitätswerk am Hause Ecke Neugasse und Marktstraße (in dessen 1. Stockwerk sich seine Bureau befindet) 7 Stück 1000kerzige Metalladlampen angebracht, die jeden Abend von eintretender Dunkelheit an bis 8 Uhr brennen. Jede weitere Auskunft über Beleuchtungsfragen wird im Bureau des Elektrizitätswerks, Neugasse 20, 1, sowie bei den konzipierten Installationsfirmen (Verzeichnis derselben beim Elektrizitätswerk erhältlich) unentgeltlich erteilt.

Jugendpflege. Als im Januar 1911 der bekannte erzieherische Jugendpflegeerlass des Kultusministers erschien, fiel es in den Frauenkreisen auf, daß der Mädchen darin so gar nicht gedacht war. Heute aber weiß man, daß die Regierung kennt, was nützt. Ein Erlass des Kultusministers vom 30. April d. J. besagt: „Wer ein körperlich und geistig starkes, gottesfürchtiges, künftiges und vaterlandstreues Geschlecht heranzubilden will, muß auch dafür sorgen helfen, daß die weibliche Jugend an Leib und Seele gesund, innerlich gefestigt und mit dem Wissen und Können ausgerüstet wird, das für ihren zukünftigen Beruf als Gehilfinnen des Mannes, als Erzieherinnen der Kinder, als Pflegerinnen des Familienglücks, als Trägerinnen und Hüterinnen guter Sitte unentbehrlich ist.“ Und weiter heißt es in dem Erlass: „Die Pflege der schulpflichtigen weiblichen Jugend soll nunmehr in gleicher Weise gefördert werden, wie sie durch den Erlass vom 18. Januar 1911 für die männliche Jugend in die Wege geleitet ist.“ Für die meisten jungen Mädchen, besonders aber für diejenigen, die wenig körperliche Bewegung haben, ist eine ihrer Eigenart angepasste Körperpflege durch Belehrung und angemessene Übung erforderlich. Hierfür kommen je nach Bedürfnis und Gelegenheit Turnen, Bewegungsspiele in frischer Luft, Baden, Schwimmen, Wandern, auch Garten- und Blumenpflege in Frage. Noch mehr als bei der männlichen Jugend ist bei der weiblichen die Einrichtung von geeigneten Räumen verschiedener Art Voraussetzung für das Gelingen der Jugendpflege.“ Der im Juli 1912 gegründete „Wiesbadener Pfadfinderinnen-Verein“ hat sich die Aufgabe gestellt, im Sinne dieses Erlasses für die weibliche Jugend zu wirken. Er wendet sich unterschiedlos an alle Stände und Konfessionen und ruft die Mädchen von 12 bis 18 Jahren zu Spiel und Wanderungen, zu Gartenarbeit, Musik und Gesang zusammen. Die Mädchen selbst bezahlen nur den Beitrag ihrer Unfallversicherung (20 Pf. im Jahr) und tragen die gelegentlichen kleinen Kosten der Wanderungen selbst. Aber zur Anschaffung der nötigen Ausstattungen ist der Verein auf die Beiträge warmerherziger Freunde der Jugend angewiesen, die die Vorsitzende Frau Vertha Ricker, Welschstraße 70, und die Kassiererin Frau Dr. Alexander, Herrgartenstraße 16, gerne entgegennehmen wollen.

Andreasmarkt und Straßenbahn. Wie in den Vorjahren, so läßt die Betriebsverwaltung der Straßenbahn auch dieses Jahr wieder an den Andreasmarkttagen direkte Wagen vom Kochbrunnen durch die Wilhelmstraße, Rheinstraße, Bismarckring und Seidenstraße bis Zahnstraße und umgekehrt verkehren. Die Wagen verkehren von 10 Uhr 2 Min. vorm. bis 2 Uhr 30 Min. ab. Kochbrunnen alle 7½ Minuten und von da ab bis 8 Uhr 40 Min. alle 5 Minuten, und dann alle 7½ Minuten bis 10 Uhr 10 Min. abends. Umgekehrt verkehren die Wagen ab Enser Straße: von 10 Uhr 19 Min. alle 7½ Minuten bis 2 Uhr 42 Min., dann alle 5 Minuten bis 8 Uhr 57 Min., dann alle 7½ Minuten bis 10 Uhr 34 Min. abends. Die Wagen tragen Nachschilde mit der Aufschrift: „Andreasmarkt“, bezw. „Kochbrunnen“. Der Fahrpreis für die Strecke Kochbrunnen-Andreasmarkt oder umgekehrt beträgt 10 Pf. Auf der Linie 4 „Hauptbahnhof-Ring-Enser Straße“, werden die Wagen nach Bedarf vermehrt; das gleiche geschieht auf den anderen Linien.

Unlauterer Wettbewerb. Gegen einen hiesigen Friseur war von der Innung ein Zivilprozeß angedroht worden, weil er in der Lokalpresse la Haare zu minimalen Preisen ausbot, während es sich, wie festgestellt wurde, bei den von ihm verkauften Haaren um minderwertige Ware (Chinesenhaare) handelte. Der Prozeß hat lange vor den hiesigen Gerichten geschwebt, in der letzten Zeit aber ist es zwischen den Prozeßparteien zu einer Einigung gekommen, durch welche die Sache aus der Welt geschafft ist.

Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie. In der gestrigen Nachmittagsziehung fiel ein Gewinn von 10 000 M. auf die Nr. 188 014; 5000 M. auf die Nummern 53 573, 168 806; 3000 M. auf die Nummern 2214, 11 145, 11 183, 13 007, 15 094, 21 383, 25 330, 29 243, 36 936, 40 512, 53 984, 63 787, 78 323, 82 993, 100 888, 100 933, 110 411, 111 771, 117 094, 144 503, 145 909, 153 703, 157 543, 163 250, 169 563, 170 232, 172 687, 186 404, 200 283, 212 304, 213 793, 221 786, 234 012, 239 702. (Ohne Gewähr.)

Personals-Nachrichten. Die Referendare Gehlert und Dr. Oskar Heil von hier haben die große juristische Staatsprüfung bestanden, sind zu Gerichtsassessoren ernannt und als solche dem Amtsgericht in St. Goarshausen resp. Rangensweilerbach zugewiesen worden. — Der Akteur Stelzer von Limburg ist an das hiesige Landgericht verlegt. — Die Bibliothekärin Popp, Rudolf- und Loos- und die Militäramtler Otto und Spieh sind zu außerordentlichen Bureauhilfsarbeitern bei der Beamtenauswahl-Kommission Wiesbaden (Stadtkreis) ernannt worden.

Gütertrennung. Die Eheleute Bureauarbeiter August Bollenberger und Wilhelmine, geb. Reiß, in Welsch a. Rh. haben Gütertrennung vereinbart. — Kleine Notizen. Die Volksfeste (Sollmundstraße 45, 1) ist im Monat November von 4067 Besuchern und 623 Referenten besucht worden.

### Theater, Kunst, Vorträge.

Reisen-Theater. Für Dezember ist ein abwechslungsreicher Spielplan angekündigt. Am Samstag, nachmittags 7½ Uhr, ist die Aufführung des neuen Werkes „Unser einheimischer Dichter Wilhelm Gabel“. Das Mädchen vom Pfarrhof, ein deutsches Wald- und Weihnachtsspiel mit Gesängen und Tanz in 4 Bildern, Musik von Otto Scher. Diese Vorstellung wird an jedem Mittwoch und Samstag nachmittags wiederholt. Samstagabend ist die Aufführung des Schwanenbühnen „Frau Antenne“ von Otto Anthes. Der Verfasser ist ebenfalls ein Kind des Kasseler Landes. Den



8. Kammertheaterabend am Donnerstag, den 11., bringt August Strindberg's „Der Vater“, die Titelrolle spielt Max Bahner als Gast. Eine ansehnliche neue Einrichtung dürfte das allmonatlich in Aussicht genommene Gastspiel eines Operetten-Ensembles sein, das erste ist für Montag, den 15., angesetzt. Am Mittwoch, den 17., und Donnerstag, den 18., findet ein Doppelkonzert Friedrich Kuchler und Helene Kuchler statt, und zwar gelangt am Mittwoch „Über unsere Kraft“, 1. Teil, von Nielsen, und am Donnerstag „Der Ständel“ von Bataille zur Aufführung.

\* **Orgelfest in der Marktkirche.** Das Orgelfest von vergangenen Mittwoch brachte uns die selten gehörte Tenorarie aus der „Schöpfung“ von Bach: „Mit Bär und Gohett angetan“, das Vaterunser des vielgeschätzten Bungen. Beide Kompositionen wurden durch Emil Krummholz mit Verständnis und feinstem Tonverständnis interpretiert. Anna Baum zeigte sich in der Wiedergabe des Adagio aus dem G-Moll-Konzert von Bach als eine sehr begabte Geigerin, zusammen mit dem Kammervirtuosen E. Lindner brachte sie das herrliche Adagio aus dem Doppelkonzert von Bach in eindrucksvoller Weise zu Gehör. Friedrich Petersen spielte auf der Orgel das Sonatenspiel zu „Bach auf“ von Bach sowie Satz 2 aus der G-Moll-Sonate von Beethoven. — Im heutigen Orgelfest wird die Mitwirkung des Vokalquartetts besonders interessieren, bestehend aus den Damen M. Strein-Windler, E. Kuchler sowie den Herren Joseph Gerhards und Albert Seibert. Das Quartett wird vorzutragen: zwei Sätze aus dem Mozartschen Requiem sowie die selten gehörten Kompositionen von Hugo Wolf, Mendelssohn und Hermann. Die Ausführung der Orgelfest liegt wie stets bei Friedrich Petersen. Das Konzert findet wie immer am Mittwoch von 6 bis 7 Uhr in der Marktkirche bei freiem Eintritt statt.

\* **Vorträge.** Während an den beiden ersten Vortragsabenden der freien evangelischen Vereinigung das Verhältnis des freien Protestantismus zu anderen Kulturgebieten der Gegenwart der Verhandlung war, wird der nächste Vortrag heute Mittwoch, den 3. Dezember, abends 8½ Uhr, im großen Saale der „Werkstatt“ die Frage der Organisation der Gemeinde und ihrer Lebensbedeutung erörtern. Herr Dr. Hermann hält den Vortrag. Nach dem Vortrag findet freie Aussprache statt.

#### Vereins-Nachrichten.

\* Eine Mitgliederversammlung des „Frauenvereins der Lutherischen Gemeinde“ findet heute abends 6 Uhr im Konfirmandensaal 2 der Lutherische statt.

### Aus dem Landkreis Wiesbaden.

#### Die bürgerliche Sonntagsschule.

o. **Wiesbaden, 2. Dezember.** Die „Soziale Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände“, Ortsgruppe Wiesbaden, hatte ihre Mitglieder und Interessenten, Prinzipale, Bediensteten, Arbeiter, Ärzte, kurz alle, die in irgend einer Weise dem Gesekentwurf über „Sonntagsschule“ nahesteht, zu einer öffentlichen Versammlung auf gestern abend in den „Schützenhof“ eingeladen. Die Versammlung war gut besucht. Der neue Gesekentwurf ist in Aussicht, aber er entspricht nicht den Hoffnungen der beteiligten Berufsstände. Der Verein hatte sich einen sehr temperamentvollen Redner in Herrn Wilhelm Becht aus Frankfurt verschrieben. Der Vortragende führte aus, daß die Arbeit des Kaufmanns von heute eine so aufreibende in körperlicher und geistiger Hinsicht ist, daß eine Arbeitswoche von 6 Tagen alle Kräfte restlos in Anspruch nimmt. Das Bestreben der großen Vereinigung geht deshalb darauf hin, volle Sonntagsschule im Handelsgewerbe einzuführen. Das im Entwurf vorhandene Gesetz macht wieder Ausnahmen. Zu gewissen Zeiten, in gewissen Städten, in der Nähe von Landorten, bei Festlichkeiten, bei Gewerben mit leicht verderblicher Ware, mit Genussmitteln, Zigarren usw. will es wieder eine Ausnahme machen. Der Redner wandte sich gegen jede Ausnahme. Eine ganze Anzahl von Städten hat die volle Sonntagsschule eingeführt. Der Vorteil des Sonntagsschulens ist die aufzuwendenden Kosten an Personal, Licht, Feuer usw. nicht. Der Vortrag fand vollen Beifall. Es trat darauf eine rege Diskussion ein. Herr Kaufmann Kallenberg, der Leiter der hiesigen Ortsgruppe der sozialen Arbeitsgemeinschaft, dankte zum Schluß dem Redner und knüpfte daran die Erwartung, daß der Gesekentwurf über die Sonntagsschule noch manche Verbesserungen im Sinne der heutigen Ausführungen bringen werde.

o. **Ordnungsverstöße.** Polizeidiener Martin Finow zu Driedenbergen erhielt das Allgemeine Ehrenzeichen.

o. **Dohheim, 2. Dezember.** Dieser Tage fand durch den Kreisbrandmeister Florreich von Wiesbaden die Befichtigung der hiesigen Freiwilligen- und Pflichtfeuerwehr statt. — Den Reigen der diesjährigen größeren Veranstaltungen eröffnet der Gesekentwurf „Lieberblüte“ mit einem Konzert am nächsten Sonntag in der Turnhalle. — w. **Vorgestern** fanden dahier die Wahlen für den Vorstand der am 1. Januar zu errichtenden Allgemeinen Ortskrankenkasse Schierstein statt. Zu Vertretern der Arbeitgeber wurden gewählt: Buchdruckereibesitzer Phil. Dembach (Dohheim), Kaufmann Daniel Kahn (Schierstein), Wasserhändler Phil. Schäfer (Schierstein), zu Vertretern der Versicherten: Schreiner Albert Richter (Dohheim), Kaufmann Fritz Wehnert (Schierstein), Lagerhalter Herrn Bergmann (Schierstein), Lagerhalter Karl Gutmann (Krausenstein), Aufseher Franz Spehler (Dohheim) und Schreiner Fritz Ulrich (Dohheim).

o. **Kambach, 2. Dezember.** Am letzten Sonntag hielt der humoristische Verein „Fidelio“ ein Wohltätigkeitskonzert mit vollem Erfolg ab. Der Besuch war ein sehr zahlreicher, so daß dem „Dionysiusverein“, zu dessen Gunsten das Konzert abgehalten wurde, 83 M. überwiesen werden konnten.

o. **Dohheim, 2. Dezember.** Dem Inhaber der hiesigen Beirgtröhlhandlung und Obst-Sektellerei, Stadthalter Peter Voller, wurden anlässlich seines 75. Geburtstags am 30. v. M. mannigfache Ehrungen zuteil. Bereits am Vorabend brachte ihm der Gesekentwurf „Lieberblüte“ (im Verein mit der Kallmannschen Kapelle) ein Ständchen, wobei der Sprecher des Vereins, Herr Schmeltz, in schwungvoller Rede den Jubilar als Ehrenpräsidenten und Gönner feierte. Im Anschluß hieran fand im Vereinslokal des „Lieberblüte“ ein gemütliches Zusammenkommen statt, wozu Herr Voller die Beteiligten eingeladen hatte. Am Festtag selbst wurde der Jubilar von dem Personal beglückwünscht, mit einem wertvollen Geschenk überrascht, für das sich Herr Voller durch Gewährung von Gratifikationen an sämtliche Angestellte erkenntlich zeigte. Die Feier ließ in erfreulicher Weise das zwischen dem Arbeitgeber und den Arbeitnehmern bestehende gute Einvernehmen erkennen. Im Verlauf des Vormittags erschien alsdann eine Deputation des Magistrats zur Gratulation, wobei Bürgermeister Arzbücher im Beisein des Stadtrats Kröschell unter Überreichung einer kunstvollen Adresse die Glückwünsche der Stadt Dohheim für ihren Stadthalter übermittelte. Herr Voller dankte in bewegten Worten für die ihm zuteil gewordene Ehrung mit den besten Wünschen für die gedeihliche Entwicklung seiner Vaterstadt. Neben weiteren persönlichen Gratifikationen gingen am Festtag noch überaus zahlreiche

briefliche und telegraphische Glückwünsche und prächtige Blumenpenden im Haus des Jubilars ein, ein Beweis für die Herrn Peter Voller aus allen Kreisen Hochheims und von nah und fern entgegengebrachte Zuneigung und Verehrung.

### Nassauische Nachrichten.

#### Einsturz einer Kirche.

o. **Hattersheim, 2. Dezember.** Heute nachmittag stürzte die Hälfte der hiesigen Kirche, die angeblich wird und noch nicht fertig war, ein. Fünf oder sechs Arbeiter, darunter zwei aus Kambach bei Wiesbaden, sind schwer verletzt, ein Arbeiter aus Mainz ist tot.

o. **Personal-Nachrichten.** Regierungskasseninspektor Boggs in Arnberg ist zum 1. Dezember 1913 an die Regierung in Wiesbaden versetzt worden. — An Stelle des Regierungskasseninspektors Boggs ist zum 1. Dez. 1913 ab der Oberleutnant a. D. Janßen aus Hannover-Kirchrode mit der interimistischen Verwaltung des Domänenamts in Wiesbaden und der damit verbundenen Fortführung der Oberförsterei in Wiesbaden beauftragt worden. — Dem seitberigen kommissarischen Domänenrentmeister, Regierungskasseninspektor Klein, ist unter Ernennung zum Domänenrentmeister die Verwaltung des Domänenamts in Wiesbaden und der damit verbundenen Fortführung der Oberförsterei in Wiesbaden übertragen worden. — Der Landesversicherungsinspektor Landespraktikant Siebert und Landespraktikant Volke sind zu Sekretären bei der Landesversicherungsanstalt Hatten-Nassau ernannt worden.

o. **Dohheim, 2. Dezember.** Im Alter von 68 Jahren ist gestern nachmittag Stadtrat und Fabrikant J. G. Dräfer nach kurzem Krankenlager gestorben. Derselbe war lange Jahre in den städtischen Körperschaften tätig und bei der Bürgererschaft allgemein beliebt. — Verhaftet wurde der Tagelöhner J. Schödel, der einem Kollegen in einer Wirtschaft 70 M. gestohlen hat.

o. **Hattersheim, 2. Dezember.** Für die Ortschaften Königstein, Falkenstein, Cronberg und Schönberg plant man den Bau einer Zweigbahnstrecke, die den Charakter einer höheren Lehranstalt tragen soll. Die Anstalt soll, wenn der Plan zur Durchführung gelangt, ihren Platz in Cronberg erhalten.

### Aus der Umgebung.

o. **Sanau, 2. Dezember.** Bürgermeister Dr. Fritz in Langenselbold wurde zum Bürgermeister der Stadt Ladenburg am Neckar gewählt.

### Gerichtssaal.

o. **Ein Kampf auf Leben und Tod** gab es am 14. Sept. in den Kuranlagen in Wiesbaden zwischen zwei jungen Leuten. Der eine war der überberühmte Gelegenheitsarbeiter, frühere Hausdiener Hubacher, der andere ein Angestellter der Pension Ruppert. H. hatte sich schon seit Monaten in dem Garten der Pension herumgetrieben und die Gasse, wenn sie abends spät aus dem Theater usw. zurückkamen, angebellt. An dem hier in Rede stehenden Abend war er beobachtet worden, wie er auf einen kleinen Baum gestiegen war und in einen Parterreraum hineinkugelte. Man nahm an, daß er einsteigen wolle. Der bereits erwähnte Angestellte der Pension sprach ihn an, setzte ihm, als er ausstieg, nach und stellte ihn in den Kuranlagen, wo H. denn gleich zum Angriff überging. Er erfaßte den Verfolger am Hals, würgte ihn, schlug mit einem harten Gegenstand auf ihn ein und versuchte, ihn von einer Brücke in ein Wasser hinabzuwerfen. Der Angestellte trug aus dem Ringen ziemlich erhebliche Verletzungen davon, welche ihm auf Wochen die Arbeitsfähigkeit raubten. Die Strafkammer nahm H. unter Freisprechung von der Anklage des versuchten schweren Diebstahls, wegen Körperverletzung mittels Werkzeugs in 10 Monate Gefängnis.

o. **Ruppert.** Als vor einigen Jahren die Witwe M. Körber ihren Mann durch den Tod verlor, befand sie sich in ziemlich mäßiger Lage. Zur Verbesserung ihrer Einkommensverhältnisse verlegte sie sich zunächst aufs Kartenspielen. Dadurch zog sie eine ganze Zahl von jungen Mädchen in ihr Haus, und endlich ging sie dazu über, auch Herren einzuladen und die meist noch unbescholtenen Mädchen an sie zu verheiraten. Durch drei Jahre hindurch florirte das Geschäft der R. und zum Klappen kam es nur dadurch, daß ein Mädchen, welches sie mißhandelt und eingesperrt hatte, sie anzeigte. Die Strafkammer verurteilte die R. zu 6 Monaten Gefängnis.

### Sport und Spiel.

#### Pferderennen.

o. **Kautsch, 2. Dezember.** Prix de Saint-James. 3000 Fr. 1. G. Fichthof's Durwood (Rovers), 2. Negro, 3. Apollon. 18:10; 13. 10:10. — Prix Linda. 4000 Fr. 1. Duc Desages de Lemaitre (Gardins), 2. Demon 2, 3. Sida 2. 68:10; 20. 15. 28:10. — Prix Hungerford. 10.000 Fr. 1. A. Hautes Belit Jorjau (Bartholomew), 2. Alphas, 3. Pierre Corneille. 78:10; 22. 24:10. — Prix la Reine. 5000 Fr. 1. James Semmes's Jutour 3 (Carter), 2. La Topaze, 3. Tour du Monde. 35:10; 24. 15:10. — Prix de Décembre. 4000 Fr. 1. M. Descombes' Babette 2 (Witchell), 2. Dr. de Scuderi, 3. Gamain. 108:10; 26. 14:10. — Prix Sarcy. 4000 Fr. 1. A. Krafft's Dilsin (Dales), 2. Paquet, 3. Elegante Jovite. 134:10; 25. 15. 28:10.

### Neues aus aller Welt.

o. **Einsturz in eine Gemeindefest.** Berlin, 2. Dezember. Eine Gesellschaft von angeblichen Sonntagsausflüglern besuchte in Mühlenbach an der Reinickendorfer-Lindenwälder Vorstadt eine Gastwirtschaft. Die jungen Leute unterhielten sich mit den Wägern bei einem Glase Bier. Ein Teil von ihnen brach vorzeitig auf, um noch mit der Bahn nach Berlin zu können. Die anderen verblieben auch den letzten Zug und erklärten auf Befragen, daß sie zu Fuß nach Berlin gehen würden. Gestern morgen entdeckte man, daß Einbrecher bei dem Gemeindefest den Geldschrank erbrochen und die Gemeindefest um 3000 M. begeholt hatten. Nach den bisherigen Ermittlungen sind die sogenannten Ausflügler, die zeitig aufbrachen, um mit der Bahn nach Berlin zurückzufahren, die Täter.

o. **Zu dem räuberischen Überfall auf zwei Kassenboten.** Bremen, 2. Dezember. Die in der Angelegenheit des Delmenhorster Mordes Verhafteten sind zwei Kassenboten, die Brüder Schmidt.

o. **Verurteilung einer Mutter.** Berlin, 2. Dezember. Gestern abend sprach eine ältere Frau mit zwei Kindern unter dem Arm an der Waterloo-Brücke ins Wasser. Passanten, welche dies sahen, benachrichtigten sofort die Rettungswache, die die Wasserläufe absuchte. Während die Frau bald zum Vorschein kam, blieb das Nachforschende nach den zwei Kindern

erfolos. Die Frau, die, als man sie fand, noch schwache Lebenszeichen von sich gab, starb bei ihrer Überführung nach dem Krankenhaus. Sie hat weder Papiere noch sonst etwas bei sich, wodurch man ihre Persönlichkeit hätte feststellen können.

o. **Ein Mord.** Landsberg a. d. W., 2. Dezember. Der Anwalt Düring wurde im Streit von unbekannten Tätern erschossen und in einen Teich geworfen.

o. **Rettung aus Senot.** London, 2. Dezember. Mobs melbet aus Liverpool: Der englische Dampfer „Douma“ ist mit 39 Gefangenen von dem deutschen Dampfer „Bilodro“ an Bord hier eingetroffen. Der Dampfer fuhr mit einem Gefangenen zusammen, wobei dieses gefangen ist. — Die schiffbrüchige Mannschaft des „Bilodro“ wurde gestern abend in das Seemannsheim in Liverpool gebracht. „Bilodro“ hat ein großes Led unter der Wasserlinie erhalten und wurde bald nach dem Zusammenstoß aufgefunden. Einer der Seeleute namens Fritz Wegener, der erhebliche Verletzungen erlitten hat, wurde ins Hospital gebracht. Sein Zustand ist kritisch.

o. **Ein Gastwirt ermordet.** Köln, 2. Dezember. Gestern abend wurde in Wiesdorf bei Köln ein Gastwirt von zwei Raubknechten erschossen. Die Räuber flohen nach Opladen, wo sie verhaftet wurden.

### Deutscher Reichstag.

#### Kurze Anfragen und Etatsberatung.

o. **Berlin, 2. Dezember.** (Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatts“.) Der Reichstag war heute ganz ausgezeichnet besetzt. Teilweise mochte man erwarten haben, daß der Reichskanzler doch noch das Wort ergreifen würde, was aber nicht geschah. Zunächst mußte das Haus sich durch eine ganze Reihe von kurzen Anfragen hindurcharbeiten. Die für die Praxis einer richtigen Auslegung des Generalpardons im Wehrgefes abgegebene Erklärung durch den Reichsschatzsekretär wurde vom Reichstag beifällig aufgenommen. Wegen der Faberner Vorgänge wurden die Fragen, wie zu erwarten war, auf die morgigen Erklärungen des Reichskanzlers vertagt. Bei der Abstimmung über die Wahlprüfungen kam es zu einigen Überraschungen. Es überraschte weniger, daß das Mandat des Sozialdemokraten Haupt für ungültig erklärt wurde — für die Gültigkeit stimmten nämlich nur die Sozialdemokraten — dagegen wird Herr Kuchhoff vom Zentrum, der Vertreter des zweiten Kölner Wahlkreises, wohl die Ungültigkeitserklärung seiner Wahl nicht vorausgesehen haben. Zuerst wurde durch Sammel sprung die Beweishebung abgelehnt. Bei einem zweiten Sammel sprung wurde dann über die Gültigkeit oder Ungültigkeit dieser Wahl abgestimmt, und mit 180 gegen 166 Stimmen das Ausscheiden des Herrn Kuchhoff aus dem Reichstag beschlossen. Dann leerte sich das Haus sehr stark, als der Reichsschatzsekretär die Debatte über den Etat eröffnete. Er ist kein guter Redner, und die etwas langwierigen Darlegungen konnten nur wenig Aufmerksamkeit erregen. Bemerkenswert war, daß er im allgemeinen annahm, daß die Wehrsteuer ein gutes Ergebnis zeitigen würde, und daß wahrscheinlich das deutsche Vermögen etwas reichlicher ausfallen würde, als man nach den bisherigen Schätzungen angenommen hat. Auch die Einnahmen des Reiches befriedigten im allgemeinen. Ebenso hielt der Schatzsekretär die augenblickliche Konjunktur noch nicht für beunruhigend, nur sei betreglich, daß der Eisenmarkt im Fallen sich befindet, dagegen ist zurzeit die Reichsbank noch in recht glänzenden Verhältnissen. Alles in allem befürwortete der Reichsschatzsekretär eine sparsame Finanzverwaltung. Er könne zwar im allgemeinen auf günstige Einnahmen im Reichsschatzamt zurückblicken, aber in etlichen Punkten sind doch Minderergergebnisse zu verzeichnen.

#### Sitzungsbericht.

o. **Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatts“.**

o. **Berlin, 2. Dezember.**

Am Bundesratsitz: Staatssekretär Vico, Rahn, Direktor des Reichsamts des Innern de Jonaqueres und Generalmajor Wild von Hohenborn.

Das Haus ist sehr gut besucht.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 25 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen zunächst

#### Kurze Anfragen.

o. **Abg. Dr. Goppe (nass.)** fragt: Sind dem Herrn Reichskanzler die Gründe bekannt, die die Militärverwaltung veranlaßt haben, im vergangenen Sommer 1. für den Bezirk der 5. Remonteaufstellungskommission

die Anforderungen an die zu kaufenden Remonten wesentlich zu ändern. 2. Diese Änderungen so plötzlich und rücksichtslos durchzuführen, daß an einem Tage, etwa Mitte Juli, der bisherige Kommissar noch nach der früheren Methode ankam, am nächsten Tage aber sein Nachfolger ein völlig anderes Pferd verlangte, und daß infolgedessen die Remontenmärkte für die Käufer außerordentlich ungünstig ausfielen?

Generalmajor Wild von Hohenborn: Die Größe der im Bereiche der 5. Remontierungskommission zur Vorstellung gelangenden Remonten nimmt im allgemeinen zu, infolgedessen muß naturgemäß die Zahl der als zu groß beanstandeten Remonten wachsen. Da man beim Ankauf von Remonten, die das Höchstmaß (1,02 Stodmah) überschritten hatten, den Verkäufern zu weit entgegengekommen war und zahlreiche Remonten im Truppendienst durch weiteres Wachsen zu groß geworden waren, mußten später Ausrangierungen in den Truppendepots erfolgen. Die Remontierungskommission haben daher in diesem Frühjahr die Anweisung erhalten, die Größe des Höchstmaßes möglichst inne zu halten. Der Behauptung, daß die Remontenmärkte außerordentlich ungünstig ausfielen, steht die Tatsache gegenüber, daß die Remontenpreise sowohl für Kavallerie als auch für Artillerie erheblich gestiegen sind.

o. **Abg. Waldstein (Ost.)** fragt an: Durch die §§ 68, 10 und 11 des Reichsgesetzes über einen

#### einmaligen außerordentlichen Wehrbeitrag

ist jeder deutschen und anderen in den §§ 10 und 11 genannten natürlichen und juristischen Personen Freiheit von jeder landesgesetzlichen Strafe und jeder Verpflichtung zur Steuernachzahlung gewährleistet, wenn sie bei der Veranlagung zum Wehrbeitrag oder schon zuvor bei einer Veranlagung zu einer direkten Staats- oder Gemeindesteuer Vermögen oder Einkommen angeben, das bisher der Besteuerung



eines Bundesstaates oder einer Gemeinde entzogen worden ist. Es ist nun die

#### unrichtige Auffassung

hervorgehoben, daß diese Nichtwohlthat des Gesetzes nur denjenigen zugute kommt, deren Vermögen die im § 12 des Gesetzes bestimmten beitragsfreien Grenzen übersteigen und die demgemäß einen Beitragsbeitrag zu zahlen haben werden. Ist dem Herr Reichskanzler bereit, Maßnahmen zu treffen, um dieser die Zwecke jener Gesetzesbestimmung gefährdenden Rechtsauffassung entgegenzutreten und um eine richtige und gleichmäßige Handhabung des Gesetzes zu sichern, ist er insbesondere bereit, in die öffentliche Aufforderung zur Abgabe der Vermögenserklärung (vergl. Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 18. November 1913, betr. die am 6. November 1913 vom Bundesrat beschlossenen Ausführungsbestimmungen § 15)

#### eine Belehrung

aufzunehmen über das Recht jeder deutschen und der anderen in den §§ 10 und 11 des Beitragsgesetzes genannten natürlichen und juristischen Personen, ohne Unterschied des Vermögens und Einkommens eine Vermögenserklärung abzugeben und die damit verbundene Nichtwohlthat zu erlangen?

Reichshaussekretär Kühn: Die durch das Gesetz über einen einmaligen außerordentlichen Beitragsbeitrag vom 3. Juli 1913 gewährte Wohlthat,

#### der sog. Generalparolen,

kommt nach der Auffassung der Reichsfinanzverwaltung allen Personen zugute, welche die Voraussetzungen der Beitragspflicht erfüllen. Der Ausdruck Beitragspflichtige in § 68 des Gesetzes läßt sich nach dieser Auffassung im Zusammenhang mit den vorstehenden Vorschriften nur dahin auslegen, daß er alle diejenigen Personen umfassen soll, die in den §§ 10 und 11 im einzelnen als Beitragspflichtige bezeichnet sind. Wenn die §§ 12 und 31 des Gesetzes die Erhebung des Beitrags auch noch von dem Vorhandensein eines gewissen Vermögens oder Einkommens abhängig machen, so wird dadurch der Begriff des Beitragspflichtigen an sich nicht berührt. Von dieser meiner Auffassung habe ich bereits in einem Schreiben vom 27. November 1913 an die Bundesregierungen Mitteilung gemacht. Ich habe weiter angeordnet, die Regierungen zu ersuchen, in die öffentliche Aufforderung zur Abgabe der Vermögenserklärung (zu vergl. § 15 der Beitragsausführungsbestimmungen) nicht nur den Wortlaut des § 68, sondern auch eine Belehrung über dessen Bedeutung aufnehmen zu lassen oder für eine anderweitige Bekanntgabe einer solchen Belehrung zu sorgen.

Abg. Dr. Duard-Frankfurt a. M. (Soz.) fragt: Ist es richtig, daß der Herr Reichskanzler und die ihm nachgeordneten Ämter bereits seit längerer Zeit mit den Organisationen der Unternehmer der verschiedenen Gewerbegruppen

#### über Erneuerung der Handelsverträge

verhandelt? Und weshalb werden, falls dies richtig ist, zu diesen Verhandlungen von der Reichsregierung nicht gleichzeitig auch die Berufsorganisationen der Arbeiter zugezogen?

Direktor des Reichsamts des Innern Müller: Daß der Herr Reichskanzler mit den Unternehmern der verschiedenen Gewerbegruppen solche Verhandlungen führt, ist nicht richtig. Sollten mit der Anfrage, die vom Kaiserlichen Statistischen Amt im Auftrage des Herrn Staatssekretärs des Innern vorgenommen

#### Produktionserhebungen

gemeint sein, so handelt es sich dabei weder um Verhandlungen mit den Organisationen der Unternehmer über Erneuerung der Handelsverträge, noch überhaupt um allgemeine Fragen der Zoll- und Handelspolitik, sondern um statistische Feststellungen über die Produktion eines bestimmten Gewerbezweiges im Einverständnis mit Sachverständigen, die von den Fachverbänden, soweit solche bestehen, in u. a. auch von den Fachverbänden, soweit solche bestehen, in Vorlage gebracht werden und wobei den einzelnen Firmen bei Beantwortung der statistischen Fragebogen Gelegenheit gegeben wird, Wünsche in Bezug auf den Zolltarif und die Handelsverträge zur Kenntnis der Reichsverwaltung zu bringen.

Abg. Sacke (Soz.) fragt: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß in den schlesischen Kreisen Striegau, Schweidnitz und Waldenburg infolge der dort ausgebrochenen

#### Maul- und Klauenseuche

eine massenhafte Abschächtung von Rindvieh stattfand und daß durch den hierdurch verursachten Schaden eine große Aufregung unter den kleinen mittleren Landwirten entstanden ist. Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um die betroffenen Landwirte ausreichend schadlos zu halten?

Direktor des Reichsamts des Innern v. Jonaquière: Die Anordnung der Durchführung der im Viehseuchengesetz vorgesehenen Seuchenbekämpfungsmassregeln liegen nach § 2 den Landesregierungen ob. Zu den Bekämpfungsmassregeln gehört auch die Anordnung des Abschächtens von Viehbeständen wegen des Herrschens von Maul- und Klauenseuche gemäß § 49 des Gesetzes; ebenso ist die Feststellung und die Aufbringung der Entschädigung für die auf solche Anordnung getöteten Tiere Landesache. Nach Mitteilung des Herrn Landwirtschaftsministers sind in den genannten Kreisen im ganzen 23 Bestände mit zusammen 480 Rindern, 378 Schweinen und 4 Ziegen auf polizeiliche Anordnung abgeschachtet worden. Hierfür wurde entsprechend den gesetzlichen Vorschriften

#### in vollem Umfange Entschädigung gewährt.

Rur in einem einzigen Falle ist eine Beschwerde über zu niedrige Bemessung der Entschädigung an den Landwirtschaftsminister gelangt. Infolge dieser Maßnahmen sind die hauptsächlich schwer gefährdeten Kreise Schweidnitz und Waldenburg gegenwärtig seuchenfrei. Im Kreise Striegau herrscht die Seuche nur noch in zwei Gehöften und ist auch dort im Größten begriffen. Für den Reichskanzler liegt hiernach ein Anlaß zu weiteren Maßnahmen nicht vor.

Abg. Sacke (Soz.): Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß

#### in Bayern

am Freitag, 28. November, Offiziere des 90. Infanterie-Regiments ohne von der Polizeibehörde requiriert worden zu sein einen Zug Soldaten mit aufgeflossenen Bajonetten und geladenen Gewehren gegen das Publikum auf der Straße vorzugehen ließen? Welche schärfsten Maßnahmen gedenkt der Herr Reichskanzler zu ergreifen, um solchen Übergriffen des Militärs vorzubeugen, welche Gefahren blutiger Ereignisse herauszufordern?

Generalmajor Wild v. Hohenborn: Dem Herrn Reichskanzler sind die Vorgänge in Bayern, wie er gestern hier aus-geführt hat, bekannt. Die getroffenen Maßnahmen will er worgen hier darlegen. (Lachen und Heiterkeit links.)

Es folgt die Interpellation des Abg. Krastadt und Genossen: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß das am 1. Januar 1914 bevorstehende Inkrafttreten der Bestimmungen über die Krankenversicherung in der Reichsversicherungsordnung, insbesondere die ärztliche Versorgung der Landkranken und die Versorgung der Dienstboten auf große Schwierigkeiten stößt, so daß es wünschenswert erscheint, im Interesse aller Beteiligten das Inkrafttreten dieser Bestimmungen noch hinauszuschieben?

Auf die Frage des Reichspräsidenten Dr. Kaempf erklärte Unterstaatssekretär Dr. Richter: Der Reichskanzler ist bereit, in der zweiten Hälfte der nächsten Woche diese Interpellation zu beantworten. Er wird sich wegen des betreffenden Tages mit dem Herrn Präsidenten in Verbindung setzen.

Hierauf schreitet das Haus zur Abstimmung über die am letzten Freitag verhandelten

#### Wahlprüfungen.

über die Wahlen der Abg. Feus (Soz.), Dr. Pachnide (Wpt.), Red (Konf.) und Lauer (natl.) wird die Entscheidung ausgesetzt und Weiserhebung über Protestbehauptungen beschlossen.

Für gültig erklärt werden die Wahlen der Abg. Dr. Hegenfeld (Wpt.) gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Fortschrittler, Graf v. Carmer-Osten (Konf.), Dr. Burdhardt (Wirtsch. Vgg.), v. Bonin (Konf.), Koppich (Wpt.), Dr. Cohn-Rothhausen (Soz.), diese gegen die Stimmen der Fortschrittlichen Volkspartei, Söfinsky (Wpt.) und Herzog (Wirtsch. Vgg.).

Für ungültig erklärt wird die Wahl des Abg. Haupt (Soz.) gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, und die Wahl des Abg. Rudloff (Zentr.), diese mit 180 gegen 116 Stimmen, nachdem der konservative Antrag auf Weiserhebung mit 174 gegen 171 Stimmen abgelehnt worden war.

Nach Erledigung dieser Abstimmung trat das Haus in die Generaldiskussion des Reichshaushaltsetats für 1914 ein.

Reichshaussekretär Kühn: Die Gleichung zwischen Einnahme und Ausgabe hat diesmal mit zwei wesentlichen Unbekannten zu rechnen: dem künftigen Ergebnis des Beitrags und der künftigen Gestaltung der Konjunktur. Was der Beitragsbeitrag bringen wird, wird sich erst klären lassen, wenn ein Teil des Schätzungsjahres 1914 verlossen ist. Es haben sich Stimmen von hervorragender sachkundiger Seite erhoben, die Deutschlands Volkswohlstand noch höher einschätzen, als dem einmaligen Beitrag, 1200 Millionen, entspricht. Es war eine gewichtige Tat des Reichstags, daß er diese Aufgabe nicht auf künftige Geschlechter abzuwälzen versuchte. Es war ein gewichtiger Schritt, so für das Reich und das Finanzwesen zum Gelingen oder Scheitern zu verurteilen. Zum Gelingen, wenn man sich sagt, daß nunmehr dauernd auch minder erhebliche neue Bedürfnisse gegenüber stärkeren Ansprüchen in die Geldgebarung gestellt werden müssen und daß die Inanspruchnahme der Steuerzufuhr für die nächste Zeit in schonender Weise erfolgen und die Kunst der Finanzierung, die zum wesentlichen Teil in der Einschränkung der Ausgaben stehen müsse, — zum Verderben, wenn man glauben sollte, daß so große Geldmittel des öfteren mit Leichtigkeit sich beschaffen ließen. Die Finanzverwaltung rechnet damit, Kämpfer gegen diese Auffassung des Reichstags an ihrer Seite zu sehen. Das zweite ungewisse Moment ist die weitere

#### Entwicklung des Geschäftes und des Arbeitsmarktes.

Es ist verständlich, daß die gegenwärtige Situation dem prüfenden Beobachter noch mancherlei Lichtblicke bietet. Die geldliche Lage der Reichsbank war bisher eine glänzende. Diese Entwicklung hat bis in die Gegenwart angehalten. Auch beweist der Umstand, daß wir, wie schon im Herbst, so auch jetzt, eine Aktivität der Handelsbilanz zu verzeichnen hatten. Bemerkenswert ferner, daß einer der Hauptfaktoren für die Bewegungen auf dem Wirtschaftsmarkt, der Wechselstempel, bis auf diesen Tag eine Steigerung anzeigt. Auf der anderen Seite fehlt es aber auch nicht an Anzeichen für ein Abflauen der Erwerbstätigkeit.

Jedenfalls werden wir bei unseren Etatsberatungen gut tun, uns auf einen gewissen Abstieg einzurichten, wenn auch dieser Abstieg nicht so plötzlich eintreten und auch die Reichseinnahmen nicht in demselben Maße nachteilig einwirken wird, wie vor sechs Jahren. Eine dankenswerte Stütze wird in dieser kritischen Zeit unser Wirtschaftsleben an der diesjährigen guten Ernte finden. Trotz der im Frühjahr 1912 aus Anlaß der Wehrvorlage erfolgten Erhöhung der Einnahmeproduktionen war am Schluß des Jahres ein Überschuf von 77 Millionen Mark zu verzeichnen. Die Finanzverwaltung steht den Überschüssen keineswegs so freundlich gegenüber; sie bilden nur zu leicht den Anreiz zu dauernden Ausgaben, für die dann in späteren Jahren die Deckung fehlt, und wir müssen daher den Etat so aufzustellen bestrebt sein, daß Schätzung und Wirklichkeit tunlichst gleichkommen. Die für die Einnahme, allerdings auch nur für diese, günstige Wirkung des Enteregebnisses für 1911 in Verbindung mit dem Stande der Viehseuche in jenem Jahre und die Rückgänge der Fleischzufuhr in 1912 ist in besonderem Maße in Erscheinung getreten.

Die im Jahre 1912 eingetretenen kriegerischen Verwicklungen auf dem Balkan haben die Entwicklung unserer Einnahmen nicht zu hemmen vermocht.

Auch haben der Ertrag der Zölle und Steuern mit 1682 Millionen den Staatsanfaß um 48 Millionen überschritten. Recht erfreulich war auch die Entwicklung der Einnahmen der Eisenbahnverwaltung, die mit einem Mehr von über 12 Millionen Mark gegen den Anfaß abschließen. Ein weniger günstiges Bild gewährt die Postverwaltung, deren Endergebnis ein Minderüberschuß gegen den Etat von 8,5 Millionen Mark ergibt. Das Bankwesen führt einen Mehrbeitrag von 10,5 Millionen Mark zu. Die Gesamtmehrausgabe im ordentlichen Etat beträgt rund 1,9 Millionen.

Die deutsche Zunderzeugung des abgelaufenen Betriebsjahres in Höhe von 27 Millionen Doppelpentner bildet geradezu einen Weltrekord.

Auch im Vergleich zu den anderen Zunderländern sind die Aussichten für das neue Betriebsjahr gut, die Zunderpreise allerdings nicht glänzend, aber auskömmlich und stetig. Für das Jahr 1913 ist die gesamte Einnahme an Zöllen und Steuern einschließlich der Einnahmen aus dem Beitragsbeitrag zu 1689,4 Millionen veranschlagt worden. Die Gesamteinnahme im Etat ist gegen den Staatsanfaß für 1911 um 184 Millionen, gegen den Staatsanfaß für 1912 um 52 Millionen und selbst gegen die Einnahme von 1912 noch um 4 Mil-

nen höher. Trotz der Beunruhigung, die von dem Südosten Europas ausging und trotz der Störung in der wirtschaftlichen Bewegung sind die Einnahmegergebnisse bisher so günstig gewesen, daß, nach der ersten Hälfte des Jahres zu schließen, selbst der genannte hohe Staatsanfaß noch um 25 Millionen übertroffen würde, wenn nicht

#### der Ausfall der Getreideernte

einen Strich durch die Rechnung machte. Die reichliche Körnerernte in 1912 und die noch ergiebigeren von 1913 haben den Bedarf Deutschlands an ausländischem Getreide ganz bedeutend herabgemindert. So erfreulich vom allgemeinen wirtschaftlichen Standpunkt die Tatsache bleibt, daß die deutsche Landwirtschaft infolge der letzten beiden Ernten dem erwünschten Ziele, den heimischen Getreidebedarf voll zu decken, für dieses Jahr in so hohem Maße nähergekommen ist, für die Reichsfinanzen bedeutet sie einen Ausfall an Einnahmen, der in der ersten Hälfte des Jahres 1913 bereits 17 Millionen beträgt.

Weitere Mindereinnahmen sind zu erwarten wiederum bei der Branntweinverbrauchsabgabe, bei der Schaumweinsteuer, dem Anfaßungsstempel und bei der Grundwechselabgabe.

Es stehen dem aber auch Mehreinnahmen gegen den Etat in einer ganzen Reihe von Abgabegattungen gegenüber, so namentlich der Frau-, Zigaretten- und Zuckersteuer. Alles in allem versprechen die Zölle und Steuern dem Staatsanfaß einigermassen gerecht zu werden. Ein Plus ist zu erwarten bei dem Reichseisenbahn- und dem Bankwesen. Wenn wir trotzdem im Jahresabfuß mit keinem Überschuf rechnen können, so liegt das, abgesehen von Mehrausgaben bei einzelnen Verwaltungen, bei der Marine allein 4 200 000, in dem unbefriedigenden Ertragnis aus dem Post- und Telegraphenwesen. Hier muß mit einer Mindereinnahme von 48 Millionen, mit einer Mehrausgabe infolge der diesjährigen Befolungsordnung von rund 4 Millionen gerechnet werden. Unter den Mehrausgaben der einzelnen Verwaltungen befindet sich auch eine Summe von etwa 2½ Millionen für Erwerb des Grundstücks Wilhelmstraße 73. Die Regierung hat zugestimmt, daß über die strittigen Ansprüche des Bankdirektors von Winterfeldt betr. dieses Grundstück in einem Schiedsverfahren entschieden wird, das zurzeit schwebt und dessen Ausgang abzuwarten sein wird. Der Etatsentwurf für 1914 schließt ab in Einnahme und Ausgabe mit 3408 Millionen im ordentlichen und 92 Millionen im außerordentlichen Etat.

Zu dem nächsten Etat wird sich eine Anleihebegebung noch nicht ganz vermeiden lassen.

Neuerdings scheint sich die Aussicht auf Entspannung des Geldmarktes vorzubereiten, die auch unseren Anleihen eine Aufbesserung bringen wird. Die gesamten Reineinnahmen an Zöllen und Steuern sind mit 1681¼ Millionen eingestellt worden. Das sind 11¼ Millionen mehr, als der Staatsanfaß für 1913 beträgt.

Die Bildung des Goldschates wurde durch den hohen Goldbestand der Reichsbank erleichtert.

Die Matrikularbeiträge sind wieder mit 80 Pf. für den Kopf der Bevölkerung angesetzt. Aus dem Wehrbeitrag werden rund 393 Millionen eingestellt. Das Auswärtige Amt beansprucht an fortwährenden Ausgaben ein Mehr von 1 456 000 Mark. Hiervon entfallen 650 000 Mark auf die Neuordnung der Befolung der Auslandsbeamten. Für die Auslandschulen sind die Fonds um 400 000 Mark auf 1½ Millionen erhöht worden. Bei den allgemeinen Fonds des Reichsamts des Innern sind hervorzuheben teils größere, teils geringere Mehrausgaben für das römisch-germanische Museum zu Mainz,

die Binnenfischerei, die Seemannsheimen usw. Für die aus Anlaß der Wehrvorlage beschlossene Entschädigung an Familien, von denen mehr als drei Söhne der gefallenen oder dreijährigen Dienstpflicht im Reichsheer oder der Marine genügt haben oder genügen, waren im Etat 1913 für die zweite Hälfte dieses Jahres 240 000 Mark eingestellt. Für 1914 ist diese Summe auf das Doppelte erhöht worden. Bei den einmaligen Ausgaben sind hervorzuheben u. a. Aufwendungen für Bodenforschungen, für Bekämpfung der Tuberkulose, für die Versuchsanstalt für Luftfahrt.

Der Militäretat steht unter dem Zeichen der planmäßigen Abwicklung der Heeresverfäugung von 1911 und 1912 sowie der großen Wehrgehegung von 1913.

Neben den unmittelbar auf der Rüstungsverfäugung beruhenden Forderungen werden u. a. Geldmittel verlangt im Interesse der reichlicheren Verpflegung von Mann und Pferd, der Verbesserung der Beleuchtung der Kasernen, der Erhöhung und Verzinsung der Dienstprämien und der Verbesserung der Unterkunft für Unteroffiziere. Ferner hat sich eine Erhöhung des Unteroffizier-Unterstützungsfonds als notwendig erwiesen. Der Mehrbetrag soll im wesentlichen den Unteroffizieren in Etsch-Notbringen zugute kommen, um deren Erlass zu erleichtern. Der Marineetat bringt bei einem Mehr von insgesamt 802 Millionen gegen das Vorjahr ein weiteres Zurückgehen. Der Reichszufuß für Kaufschuf und das ostasiatische Marinedetachment verringert sich um 1¼ Millionen. Bei den fortwährenden Ausgaben wird die für den weiteren Ausbau der deutsch-chinesischen Hochschule wesentlich erhöht. Unter den einmaligen Ausgaben wird die Errichtung einer Baumwollpresse ihr Interesse erregen. In dem Etat der Reichspost- und Telegraphenverwaltung ist eine Reihe von neuen Stellen vorgesehen, und zwar über 10 000. 5 Millionen Mark sind angesetzt zur Fortführung des Fernsprechnetzes nach dem Westen. Interessieren wird Sie auch die in Aussicht genommene Errichtung einer Postparafasse in Deutsch-Ostafrika.

Die finanziellen Verhältnisse unserer Schatzgebiete sind erfreulich.

Es wird beabsichtigt, das gesamte Material zur Ergänzung oder Änderung des Befolungsplans in einem Befolungsentwurf zusammenzufassen und Ihrer Entscheidung zu unterbreiten. Eine alte Forderung des Hauses harret weiter ihrer Erfüllung.

Die Aufbesserung der Bezüge der Altpensionäre, wofür eine gesetzliche Unterlage geschaffen werden muß, Man glaubt nicht, wie folgenschwer Steuerkämpfe und Steuern sind, denen man aus dem Wege gehen kann, wenn man nur rechtzeitig die Ausgaben den jeweils verfügbaren Mitteln anpaßt. Lassen Sie uns darnach handeln.

Die Rede des Staatssekretärs wurde an mehreren Stellen, besonders, wo er die gesetzliche Aufbesserung der Altpensionäre erwähnte, von Beifallsrindgeburgen unterbrochen. Am Schluß erschall lebhafter Beifall.

Weitere Wortmeldungen lagen für heute seitens der Bundesratsbevollmächtigten nicht vor. Es wird vertagt. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. Interpellationen, betr. die Vorgänge in Bayern. — Schluß nach 4 Uhr.



## Letzte Drahtberichte.

### Zum Taberner Zwischenfall.

#### Des Kaisers Unwille.

Strasburg, 2. Dezember. (Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatts“.) Wie der „Eiffasser“ aus guter Quelle erfährt, wird das 99. Infanterieregiment von Tabern nach dem Truppenübungsplatz Sagana verlegt, bis ein neuer Garnisonort bestimmt sein wird. Der Kaiser soll zum Kriegsminister bei der gestrigen Unterredung in Donaueschingen seinen Unwillen über das Vorgehen des Militärs ausgedrückt haben, ebenso wie über das disziplinwidrige Verhalten der eiffassischen Rekruten.

#### Der eiffassische Unterstaatssekretär fährt nach Berlin.

wb. Strasburg, 2. Dezember. Unterstaatssekretär Erzellenz Mandel begab sich heute nach Berlin zur Teilnahme an den morgigen Reichstagsverhandlungen.

#### Die Antwort auf die Anfrage, betr. die South-West-Africa Co.

wb. Berlin, 2. Dezember. Die von dem Abg. Her-199 gestellte Anfrage ist von dem Staatssekretär Dr. Solff wie folgt beantwortet worden: Die Regierung ist darüber unterrichtet, daß der größere Teil der Shores der South-West-Africa Co. heute in deutschem Besitz befinden soll. Ob dies tatsächlich der Fall ist, entzieht sich indessen ihrer Kenntnis. Die Regierung teilt den Wunsch, daß der Sitz des Unternehmens nach Deutschland verlegt und seine Leitung in deutschem Sinne geführt werde. Jegendwelche Mittel, dies zu erreichen, stehen ihr jedoch nicht zur Verfügung.

#### Preußen gegen eine reichsgesetzliche Regelung des Submissionswesens.

wb. Berlin, 2. Dezember. In der Sitzung der 5. Kommission des Reichstags zur Regelung des Submissions- und Lieferungswesens gab der Ministerialdirektor Caspar die Erklärung ab, daß mit Rücksicht auf die neuerlichen Erklärungen des preussischen Ministers des Handels und der öffentlichen Arbeiten, wonach eine reichsgesetzliche Regelung der Materie nicht möglich ist, die Regierungsvertreter sich auch weiterhin an den Arbeiten der Kommission nicht aktiv beteiligen, sondern nur auf gewünschte Anfragen über die tatsächlichen Verhältnisse Auskunft geben könnten. Trotzdem beschloß die Kommission, ihre Arbeiten fortzusetzen, da sie hofft, zu einem für die Regierung annehmbaren Resultat zu kommen.

#### Bevorstehender Rücktritt des sächsischen Kriegsministers.

\* Berlin, 2. Dezember. Der sächsische Kriegsminister, Generaloberst Freiherr v. Sauten, wird in absehbarer Zeit seinen Posten verlassen. Als Nachfolger werden genannt Generalmajor v. Carlowitz, ein Freund des Königs von Sachsen, und Generalmajor Edler von der

Planitz, der Chef des sächsischen Generalstabes. Kriegsminister Freiherr v. Sauten wird in nächster Zeit sein 50jähriges Dienstjubiläum feiern können.

#### Die Reichsvermögenszuwachssteuer in der badischen Kammer.

wb. Karlsruhe, 2. Dezember. Bezüglich der jüngsten finanziellen Maßnahmen des Reiches erklärte der Finanzminister in seiner Budgetrede, daß es hoffentlich gelingen werde, die neue eingeführte, 1917 erstmalig zur Erhebung gelangende Reichsvermögenszuwachssteuer, welche die Grenzen des badischen Steuergebietes schon sehr scharf berühre, ohne grundsätzliche Änderung der Gestaltung der direkten Steuern durchzuführen, und daß der Einfluß dieser Steuer auf die Ertragskraft der badischen Einkommens- und Vermögenssteuer sich nicht allzu empfindlich fühlbar machen möge.

#### Starrer Sehdorns Mitgliedschaft beim Monistenbund verboten.

Hamburg, 2. Dezember. (Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatts“.) Das geistliche Ministerium Hamburg hat beschloffen, dem Pastor Sehdorn die Mitgliedschaft zum kirchenfeindlichen Monistenbund und jede Tätigkeit für diesen Bund zu verbieten. Seine Presseartikel boten dagegen keinen Anlaß zum Einschreiten.

#### Die Zustände in Nordmexiko.

wb. Juarez, 2. Dezember. Nach einer Depesche des Generals Villa ist General Moreado mit 2000 Mann Bundestruppen auf dem Marsche nach Ojinaga an der amerikanischen Grenze. Die Generale Salazar und Orozco haben sich mit 1000 Mann in die Berge zurückgezogen. Hunderte von Einwohnern, darunter zahlreiche Frauen und Kinder, machten sich, völlig ausgehungert, auf den Weg nach der Grenze. Die Zustände in Chihuahua sind unerträglich. Die spanische Wasserleitung ist zerstört worden, die Lebensmittel sind fast erschöpft. Die Aufständischen haben für eine halbe Million Dollar Lebensmittel und Bekleidungsstücke beschlagnahmt, nachdem die Kaufleute sich geweigert hatten, Befehl anzunehmen. Auch für hunderttausend Mark bares Geld von der Banco Minera haben sich die Aufständischen angeeignet. Die Verluste sollen durch Versicherung bei englischen Gesellschaften gedeckt sein.

#### Die unterschlagene Weihnachtsschuld.

wb. Neustadt, 2. Dezember. Der gestern flüchtig gewordene und nachts in seine Wohnung zurückgeführte Schauffeur Brodack wurde verhaftet. In seinem Lokal tagte der Sparverein, der ihm die gesammelten Gelder zum Depot und zur Verzinsung bei der Brauerei übergab. Als man die Gelder jetzt vor Weihnachten zurückforderte, stellte es sich heraus, daß sie von Brodack veruntreut worden waren. Die Sparverein waren durchweg Arbeiterfamilien und keine Genußbetreiber. Die veruntreute Summe beträgt etwa 1250 M.

## Handelsteil.

### Die Lage des Hypothekemarktes.

Als äußerst charakteristisch für die Gesamtlage des Hypothekemarktes muß es, wie uns das Hypothekengeschäft von Herrn Friedrich in Köln schreibt, bezeichnet werden, daß die Wandlungen, die sich seit Ermäßigung des offiziellen Zinsfußes am deutschen Geldmarkt Ende Oktober vollzogen haben, gar keinen Eindruck auf das Hypothekengeschäft machten. Hier steht man noch ganz auf dem Standpunkt von Ende September oder Anfang Oktober. Die Gesamtverhältnisse am internationalen Geldmarkt erscheinen durchaus nicht dazu angetan, einer baldigen durchgreifenden Erleichterung am nationalen Geldmarkt die Wege zu ebnen. Wohl ist in der jüngsten Zeit der Privatdiskont in Berlin und Frankfurt a. M. bis ganz nahe an die 4 Proz. herab zurückgegangen; wohl ist tägliches Geld noch wesentlich billiger, aber die Verhältnisse im Hypothekengeschäft sind durchaus unverändert geblieben. Die Hypothekenbanken sind durch den stockenden Pfandbriefabsatz gegenwärtig kaum weniger lahmgelegt wie im August und September. Reichen Rentnern fällt es gar nicht mehr ein, sich Pfandbriefe anzulegen, sie greifen zu den so außerordentlich billig gewordenen Staatspapieren. Hier haben sie hohen Zins und vor allen Dingen ausreichende Garantie. Aus diesem Grunde haben auch die 4½ Proz. Wiener Schatzscheine eine Milliarde Mark Sperrzeichnungen gebracht. Gar viele Pfandbriefbesitzer haben in den letzten Jahren und bis in die jüngste Zeit hinein schon Substationen erlebt bei Objekten, bei denen man es für ganz unmöglich gehalten hätte, daß nicht einmal die erste Hypothek gedeckt werden konnte. Hier gilt auch das Sprichwort: „Ein gebranntes Kind scheut das Feuer!“ Die wenigen Banken, welche für kurze Zeit in die Aktion getreten waren, legen sich schon wieder eine gewisse Reserve auf, dies trotz der hohen Konditionen! Überhaupt waren es zu wenig Institute, die eintrifften und es ist dem dringenden Bedürfnis bis jetzt so wenig abgeholfen wie früher. Weiter muß in Erwägung gezogen werden, daß die Geldverhältnisse sich auch sonst nur in recht geringem Maße wirklich gebessert haben. Exzellenz Havenstein hat sich allerdings äußerst günstig über den gegenwärtigen Status der Reichsbank ausgesprochen, er hat es aber doch für nötig gefunden, auf die immer noch gespannten Geldverhältnisse in Frankreich wegen der bevorstehenden dortigen gewaltigen Emissionen hinzuweisen. Am englischen Geldmarkt bestand Spannung bis in die jüngsten Tage und es war täglich kündbares Geld fest bei Sätzen von 4½ bis 5 Proz. Bei der Bank von England wurden Wochenvorschüsse zu 5½ Proz. aufgenommen und hier dürfte die Spannung bei nächster Gelegenheit eher wieder zu- als abnehmen. Aus diesen Gründen und noch anderen ähnlichen Erwägungen hat sich nun Exzellenz v. Havenstein veranlaßt gesehen, zu erklären, daß zu einer weiteren Diskontermäßigung der Reichsbank fürs erste nicht geschritten werden könne.

Daß unter diesen Umständen die Konditionen am Hypothekemarkt unentwegt die gleichen geblieben sind, also 4½ bis 4¾ bis 4½ bis 1 Proz. bis 4 Proz. Abschlußprovision mit und ohne Pfandbriefstempelvergütung kann föhlich nicht wundernehmen. Der Grund hierfür ist eben darin zu suchen, daß weder von Versicherungsgesellschaften noch Sparkassen zurzeit viel zu erwarten ist und die Hypothekenbanken nach wie vor aus gleichfalls oben angeführten Gründen an Pfandbriefabsatz leiden. Welch ein willkommenes Anlagepapier waren jünger für die Rentner die 4½ Proz. Rumänen

zu 91.50 und u. a. auch die 4proz. Barmen Stadtoobligationen, — ein reichemündelndes Papier zu 93.50; die Zukunft für das Hypothekengeschäft scheint somit durchaus noch nicht rosig! Es wird schließlich doch den Banken nichts anderes übrig bleiben, als zu einem 4½ Proz. Pfandbrieftyp überzugehen, der dann allerdings mindestens einen 4½ Proz. Hypothekenzins zur Folge haben wird. In Betracht muß dabei gezogen werden, daß der Baupunkt noch immer so gut wie vollständig still liegt, einige wenige Bauten ausgenommen, die aber nur in geringem Maße entsprechen. In den meisten Städten Rheinlands und Westfalens steht das Baugeschäft nach wie vor auf dem Nullpunkt, auch in Süddeutschland klagt man ganz außerordentlich.

#### Berliner Nachbörse.

§ Berlin, 2. Dezember. (Per Ultimo.)

Kreditaktien	201	Kanada	229	Rhein. Stahlw.	146
Hand.-Gesell.	153	Orientbahn	193	Rombacher	146
Commerzbank	107	Meridional	108	Paketfahrt	133
Darmstädter Bank	116	Pennsylvania	102	Hamb.-Süd.	169
Deutsche Bank	152	Henr.	162	Lloyd	371
Disk.-Komm.	155	4½ Russen (902)	168	Dynamit-Trust	172
Dresdner Bank	118	Türkische	155	Naphtha-Nobel	406
Nationalbank	106	Ausw.-Friede	208	Allg. Elektricität	247
Schaffhausen	202	Bochumer	132	D. Lebersee El.	160
Post. u. Hdsbk.	123	Luxemburger	177	Siemens	114
Lbb.-Büchener	123	Harpener	174	Schuckert	149
Schantungsbahn	22	Höhenloherw.	130	Gen. l. elektr.	157
Lombarden	118	Lehrbühne	140	Unterw.	157
Anatolier	118	Phönix	233	South-Westf.	115
Baltimore	—				

#### Frankfurter Nachbörse.

— Frankfurt a. M., 2. Dezember. Kurse von 1¼ bis 3¼ Uhr. Kreditaktien 201¼, Disconto - Kommandit 183¼, Dresdner Bank —, Petersb. Int. Handelsbank 104¼, Staatsbahn 154¼, Lombarden 22 — a 21¼, Baltimore und Ohio —, Nordd. Lloyd 119¼ a ¼ a ¼, Paketfahrt —, Phönix 235¼ a 234¼ a ¼, Edison 248 —.

#### Industrie und Handel.

\* Zu den Verbandshandlungen in der Röhren-Industrie. Bei den Verhandlungen über die Bildung eines neuen Röhren-Syndikats sind neue Schwierigkeiten entstanden, indem die Vereinigte Königs- und Laurahütte eine getrennte Abrechnung der Inlands- und Auslandsaufträge verlangt. Da eine Verständigung hierüber nicht erzielt werden konnte, wurden die Verhandlungen vorläufig abgebrochen und eine neue Sitzung für den 5. Dezember anberaumt, in der über diese Frage erneut Beschluß gefaßt werden soll.

\* Selbsthilfe in der Kali-Industrie. Auf der Tagesordnung der nächsten Gesellschafterversammlung des Kalisyndikats, die auf den 5. Dezember angesetzt ist, ist der schon von uns angekündigte Antrag gesetzt worden: Verpflichtung der Syndikatsmitglieder, neue Schächte bis 1920 nicht niederzulegen und während der Syndikatsdauer sich an Kaliunternehmungen im Ausland nicht zu beteiligen.

\* Ein Verband deutscher Waggonfabriken. In Hannover kam ein Verband deutscher Waggonfabriken zustande. Der Sitz ist in Charlottenburg, der Vorsitzende Geh. Baumt Fohrey. Der Verband bezweckt eine Regelung des Wettbewerbs. Eine Preiserhöhung soll nicht vorgenommen werden. Dem Verbands gehören sämtliche Waggonfabriken an.

\* Einschränkung der Verarbeitung von Jute. Die „Vereinigten österreichisch-ungarischen Jute-Industriellen“ erhöhten die schon bestehende Einschränkung des Betriebs der Spinnereien und Webereien um weitere 5 Proz.

\* Ein Verband deutscher Schirmgroßfabrikanten ist, dem „Conf.“ zufolge, gegründet worden. Dem neuen Verbands

wb. Charlottenburg, 2. Dezember. Im Rathaus begann heute der Kongreß der Zentralstelle für Volkswohlfahrt, Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege. Staatsminister a. D. Müller hielt die Eröffnungsrede. Bürgermeister Scholz begrüßte den Kongreß im Namen der Stadt. Das erste Referat hielt Oberbürgermeister Dominikus.

\* Berlin, 2. Dezember. (Eigener Bericht des „Wiesbadener Tagblatts“.) Der Zirkus Busch ist von dem Kommissionsrat Schumann gekauft worden. Der Zirkus Schumann wird bekanntlich von Ernst Reinhard am 1. April nächsten Jahres übernommen.

## Briefkasten.

(Die Schriftleitung des Wiesbadener Tagblattes beantwortet nur schriftliche Anfragen im Briefkasten, und zwar ohne Rücksicht auf die Beantwortung. Namen nicht erwähnt werden.)

A. S. 36. Ihre Schwägerin ist unsern Stadtsenat ver-ficherungspflichtig und muß von Ihnen zur Cristenlause angemeldet werden. Näheres erfahren Sie auf dem Bureau der letzteren.

S. S. Englische Kilometer gibt es nicht. Ein Kilometer sind immer 1000 Meter. Kilo ist das griechische Wort für tausend. Eine englische Meile = 1.6 Kilometer.

Bandagist. Der Bandagist und Chirurgie-Mechaniker. Berlin und der „Mitt. Anzeiger für Kasse- und Bandagen-branchen“ Berlin-Karlshorst.

E. Die Gelegenheitsarbeiter unterliegen als sogenannte unständige Arbeiter der Krankenversicherungspflicht. Sie haben sich selbst bei der Krankenkasse anzumelden.

Zigaretten. In Berlin erscheinen „Die Zigarette“ und „Der deutsche Zigarettenhändler“, in Köln die „Westdeutsche Zigarettenhändler-Zeitung“.

## Reklamen.

Immer mehr wird Tee, namentlich in den kräftigen Sorten, als tägliches Getränk bevorzugt. Von

### MESSMER'S TEE-MISCHUNGEN

setzen sich London Tee à M. 2.60 und Englische Mischung à M. 3.20 das Pfund zum grossen Teil, Ceylon Indian à M. 2.80 und FF Ceylon Indian à M. 3.50 das Pfd. fast ausschliesslich aus feinen britisch-indischen Tees zusammen. Diese vier Mischungen verdienen ihres Wohlgeschmacks, ihrer Feinheit und großen Ergiebigkeit halber ganz besondere Beachtung. (Fa. 2727) F 146

### Bei Appetitlosigkeit

Dr. Hommel's Haematogen

20-jähriger Erfolg!

Warnung! Man verlange ausdrücklich den Namen Dr. Hommel. F 497

Der heutigen Gesamtauflage liegt ein Prospekt der Firma Schwetisch und Seidel, Buchfabrik u. Ver-lanb, in Spremberg M./P., bei. F 175

haben sich 90 Proz. aller in Betracht kommenden Schirm-großfabrikanten angeschlossen. Der enge Zusammenschluß der Schirmfabrikanten ist eine Folge der vor einiger Zeit zu-stande gekommenen Konvention und Preiserhöhung der Ver-einigung der Schirmstoff-Fabrikanten Deutschlands.

\* Dividendenschätzungen. In ihrem letzten Wochenbericht veröffentlicht die Berliner Handelsgesellschaft u. a. folgende Dividendenschätzungen für 1913: Rührwerke 12½ Proz. (wie i. V.), C. D. Magirus, A.-G., 12 Proz. (wie i. V.), Zellstoff-fabrik Waldhof 15 Proz. (wie i. V.), „Consolidation“, Berg-werks-A.-G., etwa 25 Proz. (i. V. 23), A.-G. für Glasindustrie vorm. Friedr. Siemens 15 Proz. (wie i. V.), Baumwollspinnerei Erlangen 16 Proz. (wie i. V.) und Deutsche Continental-Gas-Gesellschaft 11 Proz. (wie i. V.).

\* Waggonfabrik, A.-G. vorm. P. Harbrand u. Ko. in Köln. Die Dividende ist bei dem Unternehmen mit 9 Proz., vielleicht auch ein wenig höher (i. V. 9 Proz.) in Aussicht zu nehmen. Versicherungswesen.

\* Gothaer Lebensversicherungsbank a. G. Die Dividende hat in den letzten 5 Jahren (1909 bis 1913) gleichmäßig 25.4 Proz. der Normalprämie, 15.8 Proz. der Zusatzprämie, 2.6 Proz. der Prämienreserve betragen und ist damit schon über die Sätze hinausgegangen, die bei Einführung des Divi-dendensystems in Aussicht gestellt wurden. Infolge höherer Zinsfußes und auch sonst günstiger Überschussverhältnisse ist die Bank in der Lage, zunächst für das Jahr 1914 28 Proz. der Normalprämie, 17.9 Proz. der Zusatzprämie und 2.7 Proz. der Prämienreserve zu verteilen. Hieraus ergibt sich eine weitere nicht unerhebliche Verbilligung der bisher schon außerordentlich mäßigen Versicherungskosten.

## Schiffs-Nachrichten

über Bewegung und Ankunft der Dampfer vom 27. November bis 2. Dezember.

Dampfer:	Herkunft bzw. Reiseziel:	Ankunft bzw. Weiterfahrt:
Stoomvaart Maatschappij Nederland Amsterdam.		
Passage- und Reisebureau Born & Schottenfels, Hotel Nassau.		
Grothius	auf der Heimreise	Nov. 27. von Batavia.
Prinzess Juliana	» » » » »	» 28. in Singapore.
Vondel	» » » » »	» 28. in Lissabon.
Rembrandt	» » » » »	» 28. in Lissabon.
Rembrandt	» » » » »	» 28. in Lissabon.
Hilition	» » » » »	» 28. von Lissabon.
Vondel	» » » » »	» 28. von Lissabon.
Krakatau	» » » » »	» 29. in Singapore.
Norddeutscher Lloyd in Bremen.		
Hauptagent für Wiesbaden J. Chr. Glücklich, Wilhelmstraße 34.		
Frankfurt	nach New York	Nov. 29. in Philadelphia.
Prinz Fr. Wilhelm	» » » » »	» 1. Lissabon passiert.
Oleander	» » » » »	» 1. Ouessant pass.
Prinz Ludwig	» » » » »	» 1. von Antwerpen.
großer Kurfirst	» » » » »	» 1. Lissabon passiert.
Borkum	» » » » »	» 1. Eastbourne pas.
Pr.-Regt. Luitpold	» » » » »	» 1. in Marseille.
Manila	» » » » »	» 2. von Makassar.

Die Morgen-Ausgabe umfaßt 18 Seiten und die Beilage „Der Roman“.

Verantwortl. H. Hegerbach.

Verantwortl. für den politischen Teil: H. Hegerbach; für den Redaktions-Teil: H. Hegerbach; für den Kunst- und Sport-Teil: H. Hegerbach; für den Literatur-Teil: H. Hegerbach; für den Wissenschafts-Teil: H. Hegerbach; für den Ausland-Teil: H. Hegerbach; für den Lokal-Teil: H. Hegerbach; für den Feuilleton-Teil: H. Hegerbach; für den Sonstigen-Teil: H. Hegerbach.

Erscheinungszeit der Redaktion: 12 bis 1 Uhr; in der politischen Abteilung von 10 bis 11 Uhr.



# Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Haus“

Schalter-Gasse geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Gerne:

„Tagblatt-Haus“ Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntagen.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 20 Bg. monatlich, M. 2.— vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Dringerei. M. 2.— vierteljährlich durch alle deutschen Postämter, ansonsten durch die Postämter. — Bezugs-Verhältnisse nehmen an jedem Tag: in Wiesbaden die Jüngste Bismarckstraße 22, sowie die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Rheingau die dortigen Ausgabestellen und in den benachbarten Landorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Verleger.

Kriegs-Zusatz: Für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr morgens, für die Morgen-Ausgabe bis 8 Uhr nachmittags.

Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin SW. 61, Teilsower Str. 16, Fernspr. Amt Lüchow 5788.

Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Mittwoch, 3. Dezember 1913.

Abend-Ausgabe.

Nr. 564. • 61. Jahrgang.

## Das Finanzergopse des Schatzsekretärs.

○ Berlin, 2. Dezember.

Das Bild, das der Schatzsekretär Kühn in seiner heutigen Etatsrede entwarf, ist in sehr gemischten Farben gehalten. Hell und Dunkel lösen sich immer wieder ab, und wenn es die Absicht des Schatzsekretärs war, bald Hoffnungen zu erwecken und bald sie wieder zu dämpfen, so kann man sagen: dies Vorhaben wurde durch seine Rede in musterhafter Weise verwirklicht. Herr Kühn hielt es für möglich, daß der Wehrbeitrag, dessen Ertrag im Sommer auf annähernd 1200 Millionen geschätzt worden war, diese Summe sogar noch übersteigen könnte, eine Ankündigung, die von verschiedenen Seiten des Hauses mit lebhaften Zustimmungsrufen aufgenommen wurde. Aber unmittelbar an diese verlockende Ausmalung des wirtschaftlichen Fortschritts knüpfte der Schatzsekretär die abschließende Bemerkung, es könnte wohl auch anders kommen, das Schlussergebnis der Einschätzung zum Wehrbeitrag könnte sich ungünstiger gestalten, als ursprünglich angenommen wurde. Und sofort benutzte der Redner die Gelegenheit, um seine Überzeugung auszusprechen, daß die Steuerkraft der Nation für die nächsten Jahre nur in schonender Weise werde beansprucht werden dürfen, und daß die ganze Kunst der Finanzierung nötig sein werde, um zu einer Beschränkung der Reichsausgaben auf das Wesentlichste zu gelangen. Herr Kühn sagte mit anderen Worten also ungefähr daselbe, was Frhr. v. Hertling jüngst im bayerischen Landtag mit vielbemerkter Bestimmtheit geäußert hatte, nämlich, daß dem deutschen Volke nach den schweren Opfern für die Verstärkung der Wehrkraft nicht sobald neue Opfer zu erzwungen werden könnten. Der Schatzsekretär unterließ es allerdings, die Anwendung seiner Empfehlung der größtmöglichen Sparlichkeit gerade auf Meer und Flotte zu ziehen, aber es liegt in der Natur der Verhältnisse, daß nur diese Ressorts oder sie in erster Reihe gemeint sein könnten, denn für andere Zwecke werden die Reichsfinanzen im allgemeinen nicht in erheblichem Umfange in Anspruch genommen. Ebenso wie der Schatzsekretär bei der Erörterung der Wehrbeitragsfrage freundliche und weniger freundliche Richter aufsetzte, behandelte er auch die Frage der wirtschaftlichen Gesamtlage. Er entwarf ein glänzendes Bild von dem Aufschwung des Wirtschaftslebens, von der abermaligen bedeutenden Steigerung der Aufwandskraft, die es sogar ermöglichen konnten, daß die deutsche Handelsbilanz in einzelnen Monaten aus der herkömmlichen Passivität zur Aktivität überging. Dieser Umschwung braucht nun freilich kein zwingendes Zeugnis wachsenden Gedeihens zu sein, denn gerade die kapitalstärksten und industriereichsten Länder, England voran, sind von altersher Staaten mit passiver Handelsbilanz gewesen, worin sich das gesunde Verhältnis ausdrückt, daß diese Länder eben wegen ihrer gesteigerten Produktionsfähigkeit eine um so viel größere Einfuhr von Rohstoffen haben, welcher eine um so einträglichere Ausfuhr von Fertigfabrikaten gegenübersteht. Aber vorübergehend kann eine aktive Handelsbilanz wohl auch einen Fortschritt bedeuten, und insofern würde die Bemerkung des Redners über die gegenwärtige Lage des deutschen Marktes berechtigt sein. Indessen hatte Herr Kühn manche Feststellungen zu machen, die das angenehme Bild wieder in Verwirrung brachten. Er konnte und wollte nicht leugnen, daß auch Anzeichen eines Abflauens der Erwerbstätigkeit zu beobachten sind, eine Wahrnehmung, die übrigens jeder im Erwerbsleben stehende schon an der bedenklichen Verteuerung des Kredits machen kann. Dasselbe Motiv der Rede blieb somit die stets erneute Mahnung zur Sparsamkeit; und diese Mahnung richtete Herr Kühn an alle, die es angeht, an die Bevölkerung ebenso wie an Bundesrat und Reichstag. Mit anderen Worten, die Periode der militärischen Willkürungen ist aufs erste abgeschlossen. Die dringende Empfehlung zur Einschränkung geschah selbstverständlich im Namen des Reichskanzlers. Wie nötig Herrn Kühn die Pflicht des Mahaltens erscheint, das zeigte sein heiter-befonnenes Bedauern darüber, daß die Finanzverwaltung mit Überschüssen zu rechnen hat. Denn solche Überschüsse seien nur der Antrieb zu abermaligen dauernden Forderungen, für die es dann später keine Deckung gebe. Das Haus nahm dies ungewöhnliche Bekenntnis mit vergnügtem Interesse entgegen.

## Professor Alfred Weber über den Arbeitswilligenschuß.

Im Reichsverein der liberalen Arbeiter und Angestellten in Berlin sprach am Montagabend der Heidelberger Professor der Volkswirtschaft Alfred Weber über die Frage des Arbeitswilligenschusses. Da das Thema in der neuen Reichstagsession im Mittelpunkt der Erörterungen stehen wird, geben wir im nachstehenden eine Skizzierung der Ausführungen des ausgezeichneten liberalen Heidelberger Volkswirtschaftslehrers, die uns die richtige Antwort auf die scharfmacherischen Forderungen zu geben scheinen, nach dem Bericht unserer Berliner Redaktion wieder:

Es gibt Schiebende und Geichobene. Manche übersehen diese Wirkung nicht. Es gibt es auch bei der Frage des Arbeitswilligenschusses Leute, die die Bewegung angefangen haben, und andere, die sich vom Strom treiben lassen. In den 40er Jahren tauchte der Gedanke des Streikbrecherchusses zuerst auf. Und zwar bei einer besonderen Richtung der Unternehmer, nämlich dem Zentralverband deutscher Industrieller. Diese Richtung hat aber bisher im Reichstag immer Niederlagen erlitten. Möglicherweise eine Änderung in der Sachlage eingetreten. Auf der Leipziger Tagung haben bekanntlich die Mittelstandsvereinigungen, der Zentralverband deutscher Industrieller und der Bund der Landwirte sich zusammengetan. Es handelt sich bei ihnen um die sog. Aufrechterhaltung der Autorität im Wirtschaftsleben. Diese Autorität stellen sie in den Mittelpunkt der augenblicklichen Politik. Unmittelbar darauf hat die nationalliberale Partei auf ihrem Vertretertag in Wiesbaden eine Kommission eingesetzt. Aber ehe noch die Kommission ihre Arbeit vollendet hat, hat bereits die Partei den Arbeitswilligenschuß sozusagen auf ihr Programm gesetzt. Dann ist auch der Hansabund gekommen und hat diese Aufgabe zur wichtigsten der kommenden Reichstagsession gemacht. Die Regierung muß aber jetzt Stellung nehmen und hat diese Stellungnahme, wie verlautet, schon eingelegt. Die innerpolitische Lage ist in eine neue Phase getreten.

Die Stellung zum Koalitionsrecht hat überhaupt bei uns im letzten halben Jahrhundert zwei Phasen durchlaufen. Auf der ersten Phase hat man es angenommen, nur, weil man glaubte, man könne es nicht ablehnen, das wirtschaftliche Leben müsse unbedingt frei sein. Der frühere Liberalismus empfand es als Störung, als eine Art von Widerstand gegen die von Gott eingesetzte Arbeit. Man hatte Angst vor dem Koalitionsrecht und umgab das Recht mit allerlei Stachelndrähten. Allerlei kleinliche Gefängnisstrafen wurden festgesetzt, wenn die Arbeiter unumschränkt von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch machten.

Nach der ersten Stufe folgte eine zweite. Man gab das Koalitionsrecht als etwas Berechtigtes zu. Man ließ den Makel, der bis dahin auf dem Gebrauch des Koalitionsrechts ruhte, fallen. Aber diejenigen, welche sich nicht koalierten, stellten man als gleichberechtigt daneben. Man empfand den Druck der Organisation als Einengung. Man beanspruchte den Schutz der persönlichen Freiheit für die, welche dagegen auftraten. Diese zweite ideologische Stufe ist heute am meisten verbreitet. Sie ruht auf sehr erregbaren Gefühls-elementen. Man kann leicht auch alle am Wirtschaftsleben nicht Interessierten dafür gewinnen, daß sie mithelfen sollen, die Freiheit des Individuums zu schützen.

Wenn man die Frage des Arbeitswilligenschusses aus dem rechtlichen Rahmen herauslöst, ergibt sich folgendes: Wo stehen wir heute im Kampf zwischen Arbeit und Kapital? Dieser Kampf hat drei Stufen durchlaufen. Auf der ersten Stufe gab es nur wenig Organisierte, und die ganze Frage war nicht dringend. Seit 1890 entwickelt sich eine zweite Stufe, auf der die Arbeiter in der Organisation den Unternehmern eine Zeit lang überlegen waren. Auf der dritten Stufe organisierten sich auch die Unternehmer sehr stark, und man hat jetzt zwei gleichberechtigte Gruppen. Die Frage des Arbeitswilligenschusses tauchte auf. Wir bekamen die Kaiserreden in Bielefeld und Oeynhausen und dann die Zuchthausvorlagen. Der damalige Feldzug aber mißlang. Jetzt warfen die Unternehmer sich auf Selbsthilfe, und zwar in doppelter Hinsicht. Man schuf einen Apparat von Arbeitsnachweisen, die den Arbeitsmarkt beherrschen sollten. Sodann begründete man, um den Arbeitsmarkt gehörig auszunutzen, eine Scheinorganisation in den gelben Gewerkschaften. Beide Wege haben den Unternehmern eine große Überlegenheit verschafft. Seit der Zeit haben die Arbeiter große Kämpfe gegen die Unternehmer nicht mehr durchzuführen können. Es gibt sogar Länder, wie die Vereinigten Staaten, wo es gelungen ist, das Streikpostensystem zu verbieten. Schon heute aber kann bei uns die Polizei das Streikpostensystem verbieten wegen allerlei Verleumdungen. Man will die Wirkung des Koalitionsrechts dadurch eindämmen, daß es den Arbeitern unmöglich gemacht wird, an das Solidaritätsgefühl der Massen bei einem Streik zu appellieren. Der nächste Programmpunkt verlangt eine Ergänzung der §§ 240 bis 241 der Gewerbeordnung im Sinne einer schärferen Auslegung. Man will die Nötigung und Erpressung viel freier lassen und scharfer bestrafen. Schon heute aber wird jeder, der einem anderen durch Drohungen, fälschlichen Zwang usw. einer Vereinigung beizutreten veranlaßt, mit Gefängnis bestraft. Schon heute scheuen sich die Gerichte gar nicht, mit der größten Strenge zu verfahren. Beim letzten

Vergarbeiterstreik im Ruhrgebiet sind 30 Jahre, 11 Monate und 4 Wochen Gefängnis verhängt worden wegen allerlei oft sehr geringfügiger Ausschreitungen. Wegen Schlägerei wird sogar Landfriedensbruch angenommen. In Stolp ist jetzt jemand deshalb zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt worden, ohne daß die geringste unehrenhafte Handlung dabei vorlag. Schon auf dem Ausdruck Streikbrecher, das weiß man, ruht Gefängnis. Dagegen, wenn Arbeitswillige mit Vierfeldern geschlagen haben, so hat man das als harmloses Verfahren bezeichnet. Was dahinter steht, ist dies, daß der Koalitions-gedanke an der Wurzel getroffen werden soll. Bisher hat die Regierung eine Verschärfung abgelehnt. Teils, weil ihr die Gesetze genügen, teils weil im neuen Strafgesetzbuch die Dinge ohnehin neu geregelt werden. Jetzt will man aber bis dahin nicht mehr warten. Es handelt sich hier um die Tendenz, die freie Bewegung der Arbeiter und Angestellten völlig einzuschränken und in unser Staats- und Wirtschaftsleben einen wirtschaftlichen Kulijand einzuführen. Die Autorität der Unternehmer soll zu einer Art Gesetz gemacht werden.

Unter wirtschaftliches Leben verlangt in jeder Beziehung, daß wir zu einer dritten Stufe des Koalitionsrechts kommen. Diese Stufe ist die Voraussetzung zur Verantwortung der Frage: Wie stellen wir uns zum Koalitions-zwang? Es ist durchaus natürlich, wenn auf Seiten der Arbeiter Koalitionszwang vorhanden ist. Die Arbeiter haben das Recht, geschlossene Werkstätten herzustellen, und vor solchen Zuständen fürchten sich die Unternehmer, und hier ist auch die öffentliche Meinung noch etwas ängstlich. Es ist kürzlich ein interessantes Buch von dem Geheimrat im Reichsamt des Innern Dr. Rejner geschrieben worden, der die große Erhebung über diese Fragen bearbeitet hat. Er hat ausgeführt, daß der Koalitionszwang die andere Seite der Monopolbestrebungen in unserem Wirtschaftsleben ist. Unser gesamtes Wirtschaftsleben drängt hin auf Zusammenfassung. Bei den Unternehmern sind diese Bestrebungen viel stärker, bedenklicher und mannigfaltiger. Sie verhängen eine Materialsperrung über die Kollegen, die sich nicht fügen, sie graben ihnen den Blutlauf des Kapitals ab und sie vernichten ihnen die Abzuckelquellen. Dabei haben die Gerichte diese Druckmittel als gesetzlich anerkannt. Sie halten es für zulässig, wenn die Unternehmer völlig unselfständig werden und man sie einfach zwingt, einem Ring anzugehören. Verurteilungen sind da zulässig. So hat kürzlich ein schleswig-holsteinisches Kartell sich noch rühmen dürfen, daß es drei Unternehmer ruiniert hat. Auch Herr Rejner erkennt an, daß man die Organisationsbestrebungen der Arbeiter ebenso schützen muß wie die der Unternehmer. Auch bei den Arbeitern dränge alles hin zum Monopol. Der frühere Standpunkt, daß die Nichtorganisierten den Organisierten gleichberechtigt wären, sei zu verwerfen. Sie sind minderwertig, weniger tüchtig, nicht aufgeweckt und nicht aufopferungsfähig. Es sind gekaufte Elemente, eine Anomalie im Wirtschaftsleben. Bei den Ärzten ist das heute völlig anerkannt. Die Arbeiter haben ein Recht, einen ideellen Zwang zur Organisation auszuüben. Den Unternehmern andererseits sind schwarze Listen zu verbieten, weil diese ein verwerfliches Mittel sind. Zum Schluß wandte sich Professor Weber sehr scharf gegen den Staatssekretär des Innern, der noch im vorigen Jahr gesagt hat, es sei erlaubt, wenn man die Arbeiter zum Austritt aus der Organisation zwingt. Die wichtigste Forderung im Kampfe zwischen Arbeiter und Arbeitgeber ist, so schloß er seine wirklichen Ausführungen, gleiches Recht für alle.

Zweiter Referent war Arbeitersekretär Erkelenz. Er begründete folgende Entschliebung, die einstimmig angenommen wurde:

Die Versammlung lehnt mit Entschiedenheit den sogenannten Arbeitswilligenschuß ab. Die liberalen Arbeiter und Angestellten wollen ihre Arbeitsfreiheit sich selbst erkämpfen und bedürfen dazu nicht der Ausnahme-gesetzgebung. Der ganze Vorstoß stellt nur eine Forderung der politischen Reaktion dar. Die beste Antwort auf diese furchtsamen Bestrebungen besteht in einer Sammlung aller Kräfte, die eine Weiterführung der Sozialreform wünschen. Wir brauchen eine Sozialreform, die die großen Gegensätze in der Gesellschaft vermindert und für die wirtschaftliche geistige und sittliche Verbesserung der unteren Bevölkerungsschichten wirkt. Im Gegensatz zur bisherigen bürokratischen Sozialreform muß die Sozialpolitik der Zukunft mehr auf die Heranbildung der selbständigen Kräfte der Selbstverwaltung abzielen. Wir fordern weiter eine Ausdehnung der politischen Freiheit, Anerkennung der Arbeiter und Angestellten in Staat und Gemeinden, besonders durch durchgreifende Reform des preussischen Landtagswahlrechts und eine Neuverteilung der Reichstagswahlkreise. In dem Aufbau der politischen Freiheit liegt die Sicherung vor reaktionären Maßnahmen, wie sie jetzt angebahnt werden.

## Die Vorgänge in Zabern.

Die offiziöse Darstellung über den neuesten Zwischenfall. wh. Berlin, 2. Dezember. Über den in der heutigen „A. Z.“ am Montag veröffentlichten Vorfall in Zabern erhalten wir von zuständiger Seite folgende Darstellung: Leutnant v. Korfner wurde heute morgen bei Dettweiler während einer Übung beschimpft. Bei dem Verlaufe der Feindübung drohte der Fabrikarbeiter Blatz dem Geleit der Feindübung verfolgte. „Warte Junge, gleich wirst du gemehlt!“ Dabei griff er in die Tasche, in der nachher ein Messer gefunden wurde. Als Blatz nun festgenommen werden sollte, schlug er dem Besetzten Blatz mit der Faust ins Gesicht und stürzte sich auf Leut-



nant u. Forstner. Dieser zog den Degen und schlug Blant über den Kopf. Nun ließ dieser sich festnehmen. Er hat eine 10 Zentimeter lange Wunde am Kopfe. Blant wurde dem Bürgermeister von Dettweiler übergeben. (Notiz des Wolffbüreaus: Der Vorfall hat sich also wesentlich anders zugetragen, als die oben erwähnte Veröffentlichung darstellte.)

#### Eine neue Mahnung an die Bevölkerung.

Zabern, 3. Dezember. Der Kreisdirektor erläßt durch Amtsblatt und Aufschlag neuerdings einen Aufruf, in dem er die Zivilbevölkerung eindringlich ermahnt, sie möge doch Ruhe bewahren und aufhören, gegen die Offiziere Beleidigungsstraßen auszuheben. Auch möchten die Besonnenen Elemente dazu beitragen, die Leute vor der Begehung von Ausschreitungen zu warnen.

#### Der kaiserliche Vermittler.

Zabern, 2. Dezember. Der gestern hier aus Straßburg eingetroffene Generalmajor Kühne hatte im Laufe des Vormittags eine Konferenz mit dem Kreisdirektor Rahl und ist nachmittags 1 Uhr wieder nach Straßburg zurückgekehrt.

#### Oberst v. Reuter nun doch pensioniert?

Berlin, 2. Dezember. Wie die „Nat. Stg.“ erfährt, ist die (schon angekündigte) Pensionierung des Obersten v. Reuter beschlossene Sache.

#### Die Protestbewegung.

##### Eine Kundgebung klaffischer Bürgermeister.

Straßburg i. E., 3. Dezember. Die Bürgermeister der Mittelstädte Elsaß-Lothringens hielten hier gestern im Landtagsgebäude eine Versammlung ab, in der sie angesichts der Vorgänge in Zabern ihre Sympathie für diese Stadt und ihren Bürgermeister bekundeten. Die Versammlung nahm eine Resolution an, in der die Befürchtung ausgesprochen wird, daß durch das Verhalten der Militärpartei das Staatsinteresse in unverantwortlicher Weise schwer geschädigt worden sei. Die Versammlung stellte fest, daß seitens des Kommandos der Garnison Zabern ein schwerer Eingriff in die Polizeigewalt des Bürgermeisters unter Verletzung der Landesgesetze verübt worden sei. Zum Schluß wurde der Erwartung Ausdruck gegeben, daß der allen Bürgermeistern auf Grund ihrer Ernennungs-Verordnung des Kaisers zugesicherte Schutz bei der Ausübung ihrer Befugnisse seitens der Militärbehörde respektiert werde.

##### Eine Entschliebung der Fortschrittlichen Volkspartei.

Straßburg i. E., 3. Dezember. Gestern Abend fand nun auch eine vom Straßburger Fortschritt-Verein veranstaltete große Protestkundgebung gegen das Vorgehen der Militärverwaltung in Zabern statt. Es wurde in der von etwa 3000 Personen besuchten Versammlung nach vielfachen Beifallskundgebungen während der Reden des Rechtsanwalts Hugo Weil und des Abgeordneten Wolf folgende Entschliebung gefaßt: Die vom Straßburger Fortschritt-Verein einberufene und von etwa 3000 Personen besuchte öffentliche Versammlung mißbilligt auf das Entschiedenste die bisherige Art der Behandlung der Zaberner Vorgänge und protestiert gegen die dauernd provokatorische Haltung der militärischen Instanzen sowie gegen den in der Verletzung der persönlichen Freiheit und des Hausfriedens bestehenden unerhörten Rechtsbruch. Die Versammlung bedauert, daß die Elsaß-Lothringische Regierung es bisher an der allgemein erwarteten Befestigung ihrer Solidarität mit der Bevölkerung gegenüber dem Vorgehen des Militärs hat fehlen lassen und erwartet, daß sie ihr Weichen im Sinne abhängig gemacht hat von der reißenden Beobachtung der geltenden Gesetze auch durch das Militär und von der völligen Befriedigenden Genugtuung für die geschehenen Rechtsverletzungen. Auf jeden Fall erwartet sie vom Reichskanzler, Bundesrat und Reichstag, daß diese für ungehörte Herstellung des schwer gestörten Rechtsfriedens sorgen werden und daß die Achtung vor den geltenden Gesetzen jedermann gegenüber erzwingen wird. Die von allen Bevölkerungsschichten gleichwohl welcher Abstammung bekundete Einigkeit gegenüber den unerhörten Vorgängen wird freudig bewillkommen als Zeichen ge-

wünschten Zusammenarbeitens und für eine gedeihliche Entwicklung unseres Heimatlandes Elsaß-Lothringens.

#### Die Haltung der reichsländischen Presse.

Straßburg, 3. Dezember. (Eigener Bericht des „Wiesbadener Tagblatts“.) Die Presse kommentiert eifrig das Verhalten der Zivilbevölkerung und stellt fest, daß diese bisher durchaus verzeigte. Die Presse allein habe sich bisher der beleidigten und beschimpften Bevölkerung angenommen. Die Elsaß-Lothringische Regierung habe noch heute das erste Wort zum Schutze der Bevölkerung zu sprechen. Die Presse unterdrückt jedoch die tiefen Ursachen der Vorfälle und stellt fest, daß die Zivil- und Militärbehörden seit geraumer Zeit keine Fühlung unterhalten haben. Die Stadtverwaltung von Zabern will zurücktreten, wenn sie nicht völlige Genugtuung erhält.

## Der Sturz des Kabinetts Barthou.

#### Die entscheidende Sitzung.

Paris, 2. Dezember. Die Kammer hielt heute die Beratungen über die Anleihe fort. Zur Beratung stand heute die Unantastbarkeit, resp. Unsteuerbarkeit der Zinscoupons. Caillaux griff das Ministerium scharf an. Er sagte, daß nach nie ein Ministerium die Unantastbarkeit der Zinsen gefordert hätte. Das jetzige scheint nur von dem Wunsche befeuert zu sein, die Anleihe unterzubringen.

Siegrich ergriff der Finanzminister das Wort. Er zählte zunächst alle Staaten auf, die seit 50 Jahren Anleihen emittiert und auf Obligationen Steuerfreiheit zugesagt haben. Die Rente sei für die Inhaber wie eine Banknote, die noch Zinsen bringe. Die Sitzung dieses Abends sei also entscheidend für die Renteninhaber. Unter lebhaften Unterbrechungen der äußersten Linken erklärte er, die Entscheidung der Kammer gehe ebenso wie die alten wie die neuen Renten in an und werde für den Zinsfuß der Anleihe von Wichtigkeit sein. Er werde jedenfalls die Verantwortlichkeit für die Anleihe nicht übernehmen, wenn ihre Steuerfreiheit nicht klipp und klar ausgesprochen werde. Der Sparrer müsse wissen, was man ihm verleihe.

Der von der Regierung unter Stellung der Vertrauensfrage genehmigte Zusatzantrag Despiettes wurde dann mit 290 gegen 285 Stimmen abgelehnt. Das Abstimmungsresultat wurde auf der ganzen Linken mit stürmischem Beifall aufgenommen. Die Sozialisten riefen: „Nieder mit dem Dreijahresgesetz!“

Barthou überreichte darauf alsbald dem Präsidenten Poincaré die Demission des gesamten Kabinetts.

#### Die Annahme der Demission.

Paris, 3. Dezember. Bei seinem Empfang durch den Präsidenten Poincaré legte Barthou dar, daß das Ministerium nach der Ablehnung des Zusatzes Despiettes zurücktreten müsse. Nach einer Besprechung der politischen Lage nahm Poincaré die Demission an, wobei er den Ministern seinen lebhaften Dank für ihre Zusammenarbeiten und für ihre Anstrengungen aussprach. — Poincaré wird morgen Barthou empfangen, mit welchem er sich besonders über die politische Lage zu unterhalten wünscht. Ebenso wird er Dubost und Deschanel empfangen. Es sei wenig wahrscheinlich, daß Poincaré bereits morgen die Persönlichkeit, der er die Bildung des Kabinetts anvertrauen will, zu sich rufen lassen wird.

#### Die nächsten Folgen.

Paris, 3. Dezember. (Agence Havas.) Die Ministerkrise schafft nach Ansicht verschiedener politischer Persönlichkeiten eine ernste Lage und hat zur Folge, daß die Verwirklichung der Anleihe auf unbestimmte Zeit verlagert werden wird, während die Notwendigkeit, die außerordentlichen Ausgaben zu bestreiten, eine solche Operation unvermeidbar macht. Andererseits kann man sich fragen, ob der Kredit nicht durch die mehr oder minder naheliegende Aussicht auf die Einführung der Besteuerung der Rente ungünstig beeinflusst werden wird. Vom politischen Standpunkt aus schafft die Krise keine besondere Klarheit für die Aussichten der Majorität, da die Majorität sich aus Elementen zusammensetzt, die nicht gewillt sind, alle mit der Regierung zusammenzuarbeiten. Die einen wollten Barthou wegen des Dreijahr-

gesetz stützen; die anderen hätten es ihm nicht verziehen, daß er jüngst in der Kammer den Wahlreformentwurf aufrechterhalten hatte. Der glänzende Eindruck, sein Mut und die Energie, die Barthou unter diesen Umständen zeigte, sind zu bewundern.

#### Der mutmaßliche Nachfolger Barthous.

Paris, 2. Dezember. Über die Nachfolgerschaft Barthous werden vorläufig mehr oder weniger willkürliche Vermutungen ausgesprochen. Von den Radikalen wird behauptet, daß Präsident Poincaré dem parlamentarischen Brauche gemäß genötigt sein werde, Caillaux als den Führer der siegreichen Opposition mit der Neubildung des Kabinetts zu betrauen, doch wird namentlich in gemäßigten republikanischen Kreisen bezweifelt, daß Poincaré sich dazu entschließen werde. Mehrfach werden der Senator Doumergue, welcher mit dem Präsidenten der Republik persönlich befreundet ist und Ansehen bei den Radikalen genießt, sowie der Senator und Eigentümer des „Petit Parisien“, John Dupuy, welcher kürzlich in seinem Blatt energisch für eine Verständigung aller linksrepublikanischen Gruppen eingetreten ist, als die Persönlichkeit bezeichnet, die Poincaré an die Spitze der Regierung berufen würde. Das Gerücht, daß Poincaré auch an die Möglichkeit eines Ministeriums Briand denke, wird als sehr unglaubwürdig bezeichnet. Im Hinblick auf die Haltung Briands in der Verhältniswahlfrage, die ihn schon einmal zum Rücktritt zwang, sowie auf seinen persönlichen Zwist mit Caillaux würde ein von Briand geleitetes Ministerium nicht als lebenskräftig angesehen. (Bergl. „Rechte Drahtberichte“.)

## Die Botschaft Wilsons.

Washington, 2. Dezember. Präsident Wilson verlas heute im Kongreß eine Botschaft, in der er sagte: Unser Land ist, wie ich dankbar sagen kann, mit der ganzen übrigen Welt in Frieden. Darüber hinaus hat das Staatsdepartement im Prinzip die Zustimmung von nicht weniger als 31 Nationen, die vier Fünftel der Bevölkerung der Welt repräsentieren, zur Verhandlung über Verträge gewonnen, unter welchen alle Meinungsverschiedenheiten über Fragen der Interessen oder der Politik, welche durch die Diplomatie auf gewöhnlichem Wege nicht gelöst werden können, vor ein von den Parteien gewähltes Tribunal gebracht werden sollen, das sie öffentlich besprechen und über sie Bericht erstatten wird, bevor eine der Parteien sich über ihr weiteres Vorgehen schlüssig macht.

Der Präsident wandte sich dann der mexikanischen Frage zu, wobei er ausführte: Es kann keine sichere Zukunft für den Frieden in Amerika geben, bis General Huerta seine angemessene Autorität in Mexico aufgegeben hat und bis man sich überall darüber klar geworden ist, daß die Vereinigten Staaten derartige angebliche Regierungen weder billigen noch mit ihnen verhandeln werde. Die vollständige Isolierung Huertas schreitet immer mehr fort. Der Zusammenbruch ist nicht fern. Wir werden, wie ich glaube, nicht gezwungen sein, unsere Politik des wachsenden Abwärtens zu ändern.

Der Präsident trat dann kurz, aber eindringlich für die Reform des Bank- und Umlaufmittelsystems ein. Im Anschluß hieran wies der Präsident auf das System des landwirtschaftlichen Kredits hin, das sich in Europa entwickelt hat. Sodann wandte sich der Präsident dem Großgeschäft zu und erklärte, daß die Bildung von Privatmonopolen wirksamer verhindert werden müßte. Mit Bezug auf das Wahlsystem trat der Präsident dafür ein, daß die Aufstellung von Präsidentschaftskandidaten durch Primärwahlen im ganzen Lande erfolgen sollte, doch wollte er die Parteikonvente nicht aufgeben, die das Resultat ratifizieren und das politische Programm aufstellen sollten.

Weiterhin ging der Präsident auf das Verhältnis der Vereinigten Staaten zu Porto Rico, Hawaii und den Philippinen ein, und erklärte, diese Territorien könnten nicht als einfache Besitzungen betrachtet werden. Sie könnten nicht länger in eigennütziger Weise ausgebeutet werden, sondern müßten im Interesse der Völker verwaltet werden, die

## Thode-Porträte.

#### IV.

Noch einmal trat Albrecht Dürer 1520 eine Wanderschaft an. Er reiste nach den Niederlanden, jenem Gebiete, das damals als Heimat der Kunst mit Italien rivalisieren durfte, zunächst, um von Karl V., dem neugewählten jungen Kaiser, sein Leihgedinge sich erneuern zu lassen. Den Main abwärts fuhr er nach Frankfurt, dann nach Köln, wo er Meister Stephan Lochner's Dombild sich bewundernd anschaute. In Antwerpen erlebte er den Einzug des Kaisers mit; in Aachen wollte er zur Kaiserkrönung und erhielt die Bestätigung seines Ehrengeldes. Aber auch er wurde hochgefeiert durch die niederländischen Künstler und blieb dort noch längere Zeit. Eine große Kunstentwicklung trat ihm dort entgegen. Er sah zu Gent das Altarwerk Jan van Eycks mit seiner neuen Technik der Ölmalerei, Rembrandts und Hugo van der Goes' Werke ließ er auf sich wirken. Und ähnliche Bestrebungen, wie er selbst sie vertrat, gewahrte er bei den Zeitgenossen. Auch Quentin Metsu hatte bei Schülern Lionardos die neue Kunst kennen gelernt, nur daß der Konflikt in seiner ruhigeren, kontemplativen Natur sich weniger stürmisch äußerte als bei dem gewaltigen Deutschen. Noch energischer, ja fast janatistisch, traten Jan Gossaert, genannt Mabuse, und Bernhard van Orley (dessen Portrait damals Dürer malte) für die südländischen Ideale ein. Persönlich aber lernte Dürer nach Lucas von Leyden kennen, den Meister des Kupferstichs, und den Sonderling Joachim Patinir zu Antwerpen, der zuerst das Landschaftsbild zur selbständigen Kunstgattung erhob. Von frühlichem Treiben berichtet das Tagebuch des Künstlers, der mit offenen Augen alles Neue und Interessante aufnahm, in wundervollen Silberstiftzeichnungen seine Eindrücke niederlegte, der einmal einen vergeblichen Ausflug auf der Zuhörerschaft unternahm, um einen gestrandeten Walisch zu sehen, dafür wenigstens das naturgetreue Bild eines Walrosses mitnahm.

Ritten unter den kurzen Reitern des Tagebuchs aber treffen wir längere Herzensergüsse. Ein Verzweiflungsschrei des Künstlers verläßt seine leidenschaftliche Teilnahme am Geschehe Luthers, den er damals für verloren hält. Schon lange hatte er an der großen reformatorischen Bewegung inneren Anteil genommen. Unbestimmt ist es, ob er Luther persönlich kannte, vielleicht hat er ihn 1518 auf dem Augsburger Reichstag gesehen. Jedenfalls dankt Luther später dem

Meister für übersandte Geschenke, wohl Proben seiner Kunst, und in einem Briefe an Eoban Döffe befragt der Reformator tief den Tod seines größten Zeitgenossen. Und Dürers Freundeskreis in Nürnberg war Luthers Sache ergeben, so neben Eoban Döffe noch Willibald Pirheimer, Hieronymus Holzschuber. Mit Melanchthon hat Dürer verkehrt, als dieser 1524 in Nürnberg die Schulen organisierte, er hat auch das Portrait des großen Humanisten geschaffen. Damals aber in den Niederlanden glaubte noch Dürer in Erasmus von Rotterdam den Mann zu sehen, der als „Mitter Christi“ (man denkt an eine Schrift des Erasmus vom miles christianus und an Dürers Stich „Mitter, Tod und Teufel“) an Luthers Stelle treten könnte. Und wie einerseits Dürer selbst so tief von Luthers Gedankenwelt beeinflusst war, so wirkte seine Kunst wieder, wenn auch unbewußt, auf den Reformator zurück, beide trafen sich in der gemeinsamen Aufgabe, das ganze Leben mit den großen religiösen und weltlichen Kräften zu durchdringen.

In seinen letzten Lebensjahren hat nun Dürer sich rastlos mit theoretischen Studien über seine Kunst beschäftigt. Gleich Leonardo da Vinci drängte es ihn, in einem Buche — es sollte heißen „Speise der Malerkraben“ — sein ganzes Wissen niederzulegen. Es wurde nicht vollendet, wohl aber veröffentlichte er 1521 die „Unterweisung mit Zirkel und Richtscheit“, die Lehre des perspektivischen Zeichnens. Und wieder, wie Leonardo, mit ähnlicher Universalität schrieb er 1527 seinen „Unterricht zur Befestigung der Städte, Schlösser und Flecken“, später noch die „Propädieastika“, die Anweisung zur Zeichnung (handschriftlich in Breslau). Erst nach seinem Tode erschien das große, oft aufgelegte Werk der Proportionslehre. Als Künstler aber konzentrierte sich nun Dürer fast ganz auf das Gebiet der Porträtmalerei, in dem er seine Kunst zu unerhörtem Reichtum, in dem er ganz von innen heraus schafft. Der Charakter des Menschen selbst scheint sich uns in diesen gewaltigen Werken unter unseren Augen zu formen, in diesem Augenblick das Leben zu bilden. Alles Große seiner Kunst hat er in diese Werke hineingegeben, die Bildnisse großer Zeitgenossen: Melanchthons, Friedrichs des Weisen, Pirheimers, des Erasmus, ferner der Nürnberger Patrizier, des Hieronymus Holzschubers, des Juchos u. a. Am Ende aber seiner Kunst als gewaltigster Vermächtnis stehen die mächtigen Gestalten der vier Apostel Johannes, Petrus, Markus und Paulus, Portraits gleichsam und doch Menschheitsstypen, denen ein ungeheures Leben aus den Augen spricht, wurzelnd in der

tiefen Kraft des Glaubens, daselbe Leben, wie es aus Michel Angelos Prophetengestalten und entgegenstrahlt, und doch ein anderes, indem auch hier die Seele den Leib bildet und weisheit, eine andere Welt hinter der Erscheinung sich kundgibt.

Die so charakterisierten Werke traten uns nun selbst in ihrer monumentalen Größe entgegen. So hatte der Redner, den der starke Beifall seiner Hörer lohnte, auch diesmal wieder ein mächtiges Gebiet großer Kunst mit uns durchgemessen. Wir fühlten wieder, wie viel uns diese Porträte eines Kunstgelehrten bedeuten, der zum Redner geboren ist, dessen ganz universale, die Kunst immer in innigste Verbindung mit dem gesamten menschlichen Geistesleben erfassende, von trüben Gelehrsamkeit weit entfernte Betrachtungsweise gerade dem gebildeten Laien ein tieferes Verständnis zu erschließen vermag. Hoffen wir, daß er auch im nächsten Jahre wieder lehren wird.

## Aus Kunst und Leben.

Theater und Literatur. Die finanziellen Verhältnisse an den städtischen Frankfurter Theatern haben sich zu Schluß des am 31. Oktober abgelaufenen Geschäftsjahres dahin gestaltet, daß die Stadt mit der vollen Garantiesumme von 502 500 M. zur Deckung des Defizits herangezogen wird. Der über diese Summe hinausgehende Fehlbetrag von etwa 40 000 M. wird dem Garantiefonds der Theatergesellschaft entnommen.

Der Schriftsteller Franz v. Schöthan ist, der „Neuen Freien Presse“ zufolge, heute nacht in Wien gestorben. „Der letzte Ruf“, ein dreitägiges Schauspiel von Ludwig Biro, errang im Lustspielhaus zu Budapest einen großen Erfolg.

„Christiane“, ein Spiel aus der Goethezeit in drei Akten von Gotthard Schmidt, errang im Königsberger neuen Schauspielhaus bei der Uraufführung einen freundlichen Erfolg. Der Dichter wurde mehrfach gerufen.

Wissenschaft und Technik. Der nächste Internationale Geologenkongreß wird in Brüssel im Jahre 1917 stattfinden.

Der Botaniker Universitätsprofessor Dr. Ludwig Diehl in Marburg ist zum Unterdirektor des Botanischen Gartens und Museums in Berlin-Dahlem als Nachfolger von Scheimrat Professor J. Urban berufen worden.



in ihnen leben. Hinsichtlich der Philippinen rief der Präsident dem Kongoz, besonders, stets im Auge zu behalten, daß sie schließlich einmal unabhängig werden sollten.

Der Präsident trat schließlich dafür ein, daß die Regierung in Alaska eine Bahn baue und selbst in Verwaltung nehme, um die wirtschaftlichen Quellen des Landes zu erschließen. Zuletzt empfahl der Präsident den Erlass eines Haftpflichtgesetzes für Arbeitgeber zum Schutz der Eisenbahnangestellten und trat dafür ein, daß der Kongress sich damit befasse, den höchst unsicheren und ungesunden Zuständen abzuwehren, die gegenwärtig bei der Beschäftigung von Matrosen bestehen.

## Deutsches Reich.

\* Zum heutigen 75. Geburtstag der Großherzogin Luise von Baden bringt die „Karlsruher Zeitung“ die herzlichsten Glückwünsche des badischen Landes zum Ausdruck; sie erinnert insbesondere daran, daß sie als Tochter Kaiser Wilhelms I. und als Gattin des Großherzogs Friedrich I. Zeugin all der großen vaterländischen Ereignisse in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts gewesen sei.

\* Der Bundesrat über die Duellfrage. Der Bundesrat hat die im vorigen Jahre vom Reichstag beschlossene Resolution zur Duellfrage dem Reichstanzler überwiesen und dazu seinerseits u. a. bemerkt: Die erneute Prüfung der Frage, wie der Zweikampf für das Heer und die Marine weiter eingeschränkt werden könne, hat ergeben, daß die diesbezügliche Kabinettsorder vom 1. Juni 1897 ihren ausgesprochenen Zweck auf Einschränkung und Verminderung von Zweikämpfen erfüllt und segensreich gewirkt hat. Die in Vorbereitung befindliche Revision des Strafgesetzbuches wird Gelegenheit zur Prüfung der Frage bieten, inwieweit durch die strafrechtliche Behandlung der Beleidigung dem Zweikampf vorgebeugt werden kann.

\* Die Vervielfachung der Altpensionäre. Vom Reichsschatzamt ist ein Gesetzentwurf über die Erhöhung der Bezüge der Altpensionäre und Althinterbliebenen fertiggestellt, der auch bereits mit den anderen Reichsressorts durchberaten ist. Die Vorlage wird demnächst dem Preussischen Staatsministerium zugehen. Man kann damit rechnen, daß der Entwurf in der zweiten Hälfte des Jahres an den Reichstag gelangen wird. Zur Durchführung des Gesetzes sind neue Mittel erforderlich, die, wie offiziös erklärt wird, durch den Reichsetat nicht zur Verfügung gestellt werden konnten, weil es an Deckungsmaterial fehlt. Dafür wird jedenfalls die Novelle zum Totalisatorgesetz in Frage kommen, durch die neue Reicheinnahmen aus einer möglichst vollständigen steuerlichen Erfassung der Rennwetten zu erwarten sind.

\* Die Frage der badischen Gesandtschaft in München. Im Etat des Großherzoglichen Hauses, der Justiz und des Auswärtigen wird für die Gesandtschaft in München wiederum der frühere Betrag von 22 100 M. gefordert und dazu erläuternd bemerkt: Für die Gesandtschaft in München, die im Jahre 1908 mit Zustimmung der Landstände als eine auf Staatskosten zu unterhaltende Einrichtung gegründet wurde und für die in dem Staatshaushaltsgesetz 1912/13 die Mittel nur für das Jahr 1912 gewährt worden waren, wurde von Ablauf des Jahres 1912 an der Aufwand mit Rücksicht darauf, daß die Erhaltung der Gesandtschaft als im staatlichen Interesse gelegen erschien, von anderer Seite (nämlich aus der Privatschatulle des Großherzogs) bestritten. Es soll nun den Landständen Gelegenheit gegeben werden, zu der Frage noch mal Stellung zu nehmen.

\* Die braunschweigische Welfenpartei wird sich, entsprechend dem angekündigten Entschluß, tatsächlich auflösen. Ihr Parteitag in Braunschweig nahm am Sonntag den Antrag auf Auflösung der Partei einstimmig an. Nach den Sitzungen ist dieser Beschluß auszuführen, wenn noch ein zweiter Parteitag ihm ebenso beitrifft. Dieser letzte Parteitag soll in Wolfenbüttel voraussichtlich im Januar stattfinden. Eine zweite weltliche Vereinigung, die braunschweigische „Landesrechtspartei“, will sich gleichfalls auflösen.

\* Zum Streit der Ärzte und Krankenkassen. Das badische Ministerium des Innern hat an die ärztliche Landeszentrale für Baden einen Erlass gerichtet, der interessante Aufschlüsse über die Aussichten gibt, die eine Vermittelung des Reichsamts des Innern im Streit zwischen den Ärzten und den Krankenkassen eventuell bieten könnte. Der Erlass lautet: Bei der Befriedigung im Ministerium des Innern am 5. November 1913 wurde seitens der dortigen Herren Vertreter an die Großh. Regierung das Ersuchen gerichtet, bei den Zentralinstanzen des Reichs dahin zu wirken, daß erneut Vermittelungsverhandlungen zwischen den Ärztenverbänden und den Krankenkassenverbänden in die Wege geleitet werden. Inzwischen hat die kgl. Bayerische Regierung sich in diesem Sinne beim Reichsamt des Innern verwendet, und auch wir haben bei einer in den letzten Tagen in Berlin abgehaltenen Besprechung die genannte Reichsbehörde davon verständigen lassen, daß wir im Hinblick auf das Ergebnis der Verhandlungen vom 5. November 1913 in der Lage seien, diese Anregung zu unterstützen. Der Herr Staatssekretär des Innern erklärte hierauf, das Verhältnis zwischen Ärzten und Krankenkassen sei in Preußen zurzeit ein derart gespanntes, daß er einen Vermittelungsveruch im jetzigen Zeitpunkt für vollständig aussichtslos halten müsse. Er stehe indes der Anregung nicht etwa grundsätzlich ablehnend gegenüber, sei vielmehr, sobald er die Überzeugung gewinnen könne, daß Vermittelungsverhandlungen wirklich Aussicht auf Erfolg bieten, gern bereit, sich dieser Aufgabe zu unterziehen. Dazu sei aber notwendig, daß er von beiden Seiten um Vermittelung ersucht werde, und daß ihm von den Parteien geeignete Unterlagen für die Vermittelungsverhandlungen gegeben werden; auch müsse er die Bedingungen stellen, daß der Reichsverband der Ärzte von der Teil-

nahme an den Verhandlungen nicht ausgeschlossen werde.“ Es hängt danach die Vermittelungstätigkeit des Reichsamts des Innern davon ab, ob beide streitenden Parteien um eine Vermittelung ersuchen. Der „Leipziger Ärzteverband“ hat sich bekanntlich schon dazu bereit erklärt. Anders aber die Krankenkassenverbände, die auch heute noch auf dem Standpunkt stehen, daß Einigungsverhandlungen zwecklos seien. Verharren sie auf diesem Standpunkt, so wird es also infolge ihrer Weigerung voraussichtlich zu einer Vermittelungstätigkeit des Reichsamts des Innern überhaupt nicht kommen.

\* Arbeitslosenversicherung im Bauarbeiterverband. Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung für seine Mitglieder ist gestern in Hamburg vom außerordentlichen Verbandstag der Bauarbeiter mit 221 gegen 47 Stimmen beschlossen worden.

\* Einweihung eines Denkmals für die im Jahre 1813 gefallenen Österreicher. In dem Orte Baunsdorf bei Leipzig hat Dienstagvormittag in Gegenwart des österreichischen Feldmarschallleutnants Edler v. Kailer und seines Adjutanten, Major König, die Einweihung des zum Andenken an die 1813 gefallenen Österreicher errichteten Kriegerdenkmals stattgefunden. Der Feier wohnten ferner die Herren des österreichisch-ungarischen Konsulats in Leipzig und die städtischen Behörden Leipzigs bei.

\* Zur Verhaftung eines russischen Offiziers. Der am Samstag unter Verdacht der Verleitung zur Spionage in Gollup (Westpr.) verhaftete russische Offizier ist der Kommandeur der russischen Grenztruppe in Dobrozn, Oberleutnant Gajdich. Er hatte einen Pionierunteroffizier, den er in Gollup kennen gelernt hatte und in Thorn wiedertraf, zu einem gemeinsamen Ausflug nach Bromberg überredet. Hier suchte er den Unteroffizier nach Besuch einiger Wirtschaften zum Verrat militärischer Geheimnisse zu bewegen. Der Unteroffizier wies dies Ansuchen zurück und benachrichtigte seinen Truppenteil in Thorn. Der Offizier war indes schon unangefochten über die Grenze gekommen. Als er sich aber am Samstagabend wieder auf preussischem Gebiet zeigte, wurde er festgenommen.

\* Noch ein Spionagefall? Der in Proßken (Endstation der ostpreussischen Südbahn) heimgekehrte Kaufmann Helis ist wegen Verrats militärischer Geheimnisse an eine fremde Macht verhaftet und dem Justizgefängnis in Königsberg überliefert. Er steht im Verdacht, mit dem gleichfalls inhaftierten Kaufmann Richter wegen angeblicher Spionage in Verbindung gestanden zu haben.

## Parlamentarisches.

\* Die Verhältniswahl zur zweiten badischen Kammer. Die in der Thronrede angekündigte Denkschrift über die Einführung der Verhältniswahl bei den Wahlen zur zweiten Kammer der Ständeversammlung ist den Landständen gestern zugegangen. Die Regierung kommt in der Denkschrift zu dem Schluß, daß sie die gegen die Einführung der Verhältniswahl bei den Wahlen zur zweiten Kammer bestehenden Bedenken zurzeit nicht zu überwinden vermöge und daher davon absehen müsse, den Ständen dahingehende Vorschläge zu unterbreiten.

\* Der Zuwachsteuer-Gesetzentwurf im sächsischen Landtag. Die zweite sächsische Kammer verhandelte in der allgemeinen Vorberatung über den Gesetzentwurf, betreffend die Erhebung der Zuwachsteuer. Der Finanzminister begründete die Vorlage, welche die von dem Reich seit dem 3. Juli 1913 nicht mehr erhobene Hälfte der Zuwachsteuer nunmehr zugunsten des Staates verwenden will. Der Entwurf läßt für den Staat eine Einnahme von etwa 1 1/4 Millionen Mark erhoffen. Nach längerer Debatte wurde die Vorlage an eine Kommission zur Weiterberatung verwiesen.

\* Schon wieder ein Gefängnis. Gestern begaben sich, wie aus Karlsruhe berichtet wird, die Mitglieder des Landtagspräsidiums in das Schloß und das Palais des Prinzen Max, wo sie sich in die ausliegenden Listen einzeichneten. Auch der erste Vizepräsident, der sozialdemokratische Abgeordnete Geiß, zeichnete sich ein.

## Heer und Flotte.

\* Eine Abschiedsfeier der Sietenhäuser für den Herzog von Braunschweig. Eine Abordnung des Offizierkorps des Husaren-Regiments v. Sieten begibt sich am Donnerstag von Rathenow nach Braunschweig, um dem Herzog Ernst August eine Einladung zum Abschiedessen zu überbringen, das am einem von ihm zu bestimmenden Tage für ihn im Rathenower Offizierskino gegeben wird.

\* Die Voigny-Pouppr-Feier. Wie alljährlich am 2. Dezember, dem Tage der Schlacht bei Voigny-Pouppr, versammelten sich auch gestern in Berlin Offiziere der vierten Kavalleriebrigade von 1870/71 zu Ehren des Führers der letzteren, des verstorbenen Prinzen Albrecht von Preußen, zu einer Gedächtnisfeier. Die Zahl der am Feldzug teilgenommenen Krieger schwankt von Jahr zu Jahr.

\* Ein neues betäubendes Pulver? Nach einer Meldung der „Dresdener Nachr.“ soll gegenwärtig ein neu erfundenes betäubendes Pulver für Militärzwecke vom Kriegsministerium geprüft werden, um seine Verwendungsmöglichkeit für den Kriegsspiel festzustellen.

## Ausland.

### Österreich-Ungarn.

\* Das Regierungsjubiläum des Kaisers. Wien, 2. Dez. Das 65. Regierungsjubiläum des Kaisers wird im ganzen Lande durch Gottesdienste und sonstige feierliche Veranstaltungen würdig begangen.

\* Die Abreise des Königs von Spanien. Wien, 2. Dez. Der König von Spanien ist heute mittag nach Paris abgereist.

### Italien.

\* Die weltliche Herrschaft des Papstes. Der Papst verzichtet doch nicht ohne weiteres auf die weltliche Herrschaft, wie das gestern in einer römischen Meldung hieß, der „Römischen Volkszeitung“ wird nämlich aus Mailand berichtet, daß die Regierung mitgeteilt, daß der heilige Stuhl sich nicht weigere, Erörterungen darüber zuzulassen, wie es angestehen sei, um die heute in der römischen Frage bestehenden Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen. Aber es müsse ausdrücklich erklärt werden, die

Stellung des Papstes müsse unantastbar, vollständig unabhängig und frei sein. Seine heutige Stellung sei unerträglich. Von einer Verzichtleistung des Papstes auf die weltliche Herrschaft könne keine Rede sein.

## Luftfahrt.

\* Landung eines deutschen Freiballons in Rußland. Halle (Saale), 3. Dezember. Der Freiballon „Nordhausen“, der am Samstag unter Führung des Vergasseffors Liebnam zu einer Nachtfahrt in Bitterfeld aufgestiegen war und seitdem vermisst wurde, ist nach Mitteilungen des Generalkonsuls in Warschau in der dortigen Gegend gelandet. Die Luftschiffer werden einweisen bis zur Erledigung der Formalitäten zurückgehalten.

\* Absturz englischer Offiziersflieger. London, 2. Dez. Bei dem Absturz seines Flugzeuges in der Nähe von Eastchurch wurde heute nachmittag der Kapitän Rushington getötet. Der Offizier, der ihn begleitete, erlitt leichte Verletzungen. Der Apparat wurde vollständig zerstört. Gestern noch hatte der erste Lord der Admiralität, Winston Churchill, mit Rushington einen längeren Flug unternommen.

## Wiesbadener Handelskammer.

Wiesbaden, 3. Dezember.

Die heutige 64. Plenarsitzung der Handelskammer Wiesbaden fand unter dem Vorsitz des Präsidenten Kommerzienrat Fehr-Flach und im Beisein von 23 Mitgliedern statt. — Die Rechnung für das Jahr 1912/13, die bei 89 549 M. Einnahmen und 26 688 M. Ausgaben einen Überschuf von 12 861 M. und einen Vermögensstand von 65 687 M. ausweist, ist von den Herren Kommerzienrat Haefner und Konsul Gradewitz geprüft und für richtig befunden worden. Dem Kassenvorstand Herrn Hugo Wagemann wird Entlastung erteilt.

Auf Antrag des Magistrats der Stadt Wiesbaden beschließt die Kammer, für das Jahr 1914/15 der Stadt, wie bisher, einen Zuschuf von 1000 M. zur städtischen kaufmännischen Fortbildungsschule zu bewilligen. Gleichzeitig wird beschlossen, die Herren Karl Wetz und Konsul E. Gradewitz als Vertreter der Handelskammer im Vorstand der Schule wiederzuwählen.

Dem „Kaufmännischen Verein“ wird für seine Vorlesungen ein Zuschuf von 100 M. bewilligt.

Die sehr geringen Beziehungen, welche Handel und Industrie zu den Parlamenten haben und die auf die geringe Vertretung dieser Erwerbszweige in Landtag und Reichstag zurückzuführen sind und als Wirkung den geringen Einfluß von Handel und Industrie auf die Parlamente zur Folge haben, hat die Handelskammer Düsseldorf in einer Denkschrift behandelt, wobei sie auch das Verhalten der Regierungen einer Prüfung unterzieht. Zur Abstellung der Mängel hat die Handelskammer Düsseldorf verschiedene Wünsche geäußert, Vorschläge, die auf eine stärkere Heranziehung der Handelskammern durch Regierung und Parlamente als Auskunftsborgane abzielen. Die Handelskammer Wiesbaden erteilt ihnen ihre Zustimmung und findet es für notwendig, daß die Anträge in der nächsten Plenarversammlung des Deutschen Handelsstags zur Beschlussfassung gestellt werden.

Die Handelskammer Wiesbaden spricht sich dagegen aus, daß in dem Patentrecht unter Verletzung des bisherigen Rechts bestimmt wird, daß nicht der erste Anmelder, sondern allein der Erfinder Anspruch auf Erteilung des Patents haben soll. Der vorgeschlagene Rechtsgrundsatz ist nicht berechtigt und angeht die Organisation der Industriebetriebe nicht durchführbar und wird die Quelle großer Unsicherheit und vieler Streitigkeiten sein. Die Handelskammer spricht sich dagegen aus, daß in dem Patentrecht zwingende Bestimmungen über die Auseinandersetzung zwischen Erfinder und den als Anmelder einer Erfindung auftretenden Betriebsunternehmer aufgenommen werden. Die Handelskammer verlangt, daß diese Grundsätze über die Auseinandersetzung zwischen Erfinder und Betriebsunternehmer Sache freier Vereinbarung sowie des im Bürgerlichen Gesetzbuch zu regelnden Vertragsrechts ist. Die Handelskammer spricht sich gegen die Einführung des Systems der Einzelprüfer aus, sofern nicht Vorbehalte getroffen werden, daß gegen die Entscheidungen der Einzelprüfer zwei Beschwerdeinstanzen geschaffen werden.

Der neue Entwurf eines Gesetzes, betr. Sonntagsruhe, der eine Beschränkung der höchsten Verkaufszeit von 5 auf 3 Stunden für Läden und im Prinzip völlige Sonntagsruhe für den Großhandel vorsieht, wird von der Handelskammer gebilligt, obwohl er zahlreichen Betrieben nicht unbedeutende Opfer auferlegen wird. Jedoch erachtet es die Handelskammer für gerecht, daß bei der Durchführung des Gesetzes folgende Wünsche des Kleinhandels berücksichtigt werden: 1. Den beteiligten Geschäftsinhabern ist bei dem Erlass von Ordinaten eine Mitwirkung zu gewähren, und zwar in der Form der Abstimmung hinsichtlich der Beschränkungen, Unterhaltungen und Erweiterungen der Sonntagsruhe, sowie über die Lage der Beschäftigungszeit. Dabei ist Vorbehalte zu treffen, daß hinsichtlich der Beschränkung der Geschäftszeit nicht denjenigen Gewerbetreibenden ein Stimmrecht eingeräumt wird, denen für ihre Geschäftstätigkeit eine Erweiterung zugestanden werden soll. 2. Entsprechend den für die Wochentage geltenden Bestimmungen in § 139c Abs. 1 der G.-O. soll das Recht des Zuerstbedienenden der beim Ladenschluß antretenden Kunden auch für die Sonntage festgesetzt werden, jedoch nur für eine Zeit von höchstens 1/4 Stunde.

Der Handelsrichter hat unter dem 6. Juni einen Erlass veröffentlicht, in dem er die Befugnisse der Zwangsinnungen in einer Weise erweitert, daß dadurch die Grundsätze der Gewerbefreiheit und Vertragsfreiheit aufgehoben werden. Der Erlass hält die Innungen zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs ihrer Mitglieder auf Grund von § 81a der G.-O. berechtigt, welcher als Aufgabe der Innung hinstellt: Die Pflege des Gemeinwohls sowie Aufrechterhaltung und Stärkung der Standesehre unter den Mitgliedern. Der Erlass kann auf beteiligter Seite zu einem Verstand führen, das Junkrecht vergangener Jahrhunderte mit Hilfe der unbestimmten Begriffe „Gemeinwohl“ und „Standesehre“ und durch Annahme einer Rechtsprechung in Fragen des unlauteren Wettbewerbs durch Zwangsinnungen (Innungen) wieder einzuführen und damit indirekt den § 100a der G.-O., der zum Schutz der Vertragsfreiheit geschaffen, wieder aufzuheben. Die Handelskammer wird sich gegen solche Veruche wenden, weil sie den Rechtsgrundlagen des modernen Staats, nämlich der Vertragsfreiheit und des freien Wettbewerbs, widersprechen. Zur Aufklärung der be-



teiligten Kreise hält die Kammer eine Anfrage an den Handelsminister für nötig, ob der Erlaß dahin ausulegen ist: 1. daß die Veröffentlichung von Preisen ohne weiteres, und sei es auch nur in Einzelfällen, unzureichend ist; 2. daß die Innungen endgültig darüber entscheiden sollen, ob eine Veröffentlichung von anderen als von der Innung als ordentlich bekanntgegebenen Preisen als unzureichend, d. h. als unzulässig anzusehen ist, und nicht das Gericht; 3. daß die Innungen das Recht erhalten sollen, diesen Entscheidungen Rechtskraft durch Ordnungsstrafen zu verschaffen.

Von der Industrie im Binnenlande wird es als sehr nachteilig empfunden, daß nur für die Güter, welche direkt nach deutschen Seehäfen zur Ausfuhr befördert werden, die Eisenbahn ermäßigte Seehäfen-Ausnahmetarife gewährt, nicht aber auch für die Güter, welche nach Flußhäfen (z. B. Rheinhafen, Mainhafen usw.) mit der Bahn befördert werden, um von dort zu Schiff nach Seehäfen zur Ausfuhr zu gelangen. Einen neuen Antrag auf Übertragung der Seehäfen-Ausnahmetarife auch auf den Verkehr nach Binnenhäfen beschließt die Handelskammer Wiesbaden im allgemeinen Interesse zu unterstützen.

## Aus Stadt und Land.

### Wiesbadener Nachrichten.

— **Stadtverordneten-Versammlung.** Die in der heutigen Morgen-Ausgabe des „Wiesbadener Tagblattes“ veröffentlichte Tagesordnung für die am Freitag dieser Woche stattfindende Stadtverordneten-Versammlung hat noch eine Ergänzung erfahren. Als Punkt 13 ist hinzugefügt worden: Antrag des Magistrats auf Wahl einer gemischten Kommission zur Prüfung der Frage, ob das vorhandene anbaureife Gelände den Anforderungen der städtischen Entwicklung genügt.

— **Die Wiesbadener Vereinigung zur Bekämpfung von Schund und Schmutz in Wort und Bild.** kommt mit der alljährlichen Veranstaltung ihrer Ausstellung guter Bücher und Bilder dem Wunsche vieler entgegen. Die Besucher, deren Zahl von Jahr zu Jahr gestiegen ist, wissen, daß ihnen in der Weihnachts-Ausstellung der „Wiesbadener Vereinigung“ Gelegenheit geboten ist, in aller Ruhe und von niemand gedrängt die richtige Wahl zu treffen. Die Bücher, deren Zahl jetzt auf über 1000 angewachsen ist, sind auch diesmal wieder übersichtlich aufgestellt und nach Altersstufen und Sachgebieten (Geschichtliches, Erdkundliches, Reisebeschreibungen, Erzählungen usw.) geordnet. Sowohl die Erwachsenen als auch unsere Kleinsten werden ihre Interessen vertreten finden; insbesondere ist die reichhaltige Bilderbuchsammlung durch die neuesten Erscheinungen ergänzt worden. Für sachkundige Beratung durch Führer und Führerinnen wird auch in diesem Jahre gesorgt sein. Da die wieder in erschreckendem Maße anwachsende Schundliteratur in erster Linie die schulenlässige Jugend bedroht, ist bei genügender Beteiligung eine Sonderführung für Jugendvereine geplant. Die Ausstellung findet nächsten Sonntag, den 7. Dezember, in der geheizten Turnhalle der Schule am Blicherplatz statt und ist von 11 bis 6 Uhr ununterbrochen geöffnet. Der Eintritt ist frei.

— **Sonabend, Ortsgruppe Wiesbaden.** In dem Bestreben, seinen Mitgliedern und Freunden stets helfend zur Seite zu stehen, hat der Sonabend es unternommen, denselben Aufführung über die nach den neuen Reichsgesetzen vom Juli 1913 zu Anfang 1914 in Kraft tretenden Steuern: Wehrbeitrag, Besitzsteuer, Wertzuwachssteuer, zu verschaffen. Zu diesem Zweck findet am Montag, den 8. Dezember, abends 8½ Uhr, im Festsaal der „Turngesellschaft“ ein Vortrag des Herrn Justizrats Dr. Fritz Meyer (Frankfurt a. M.) statt, worin derselbe über diese Steuern ausführlich sprechen wird. Gleichzeitig hat der Sonabend einen langgeachteten Führer durch die neuen Steuern herausgegeben, der bei der Geschäftsstelle, Friedrichstraße 31, gegen 20 Pf. Kostenersatz zu haben ist.

— **Aus Anlaß des Andreasmarktes** erscheint die Warnung vor Taschendieben und Raubmordern besonders angebracht. Die Abwesenheit der Bewohner an den Marktagen wird ferner häufig zu Einbruchsdiebstählen benutzt. Eine Beaufsichtigung oder Verwahrung der verlassenen Wohnungen ist also in diesen Tagen besonders zu empfehlen.

— **Ein neuer Caprano-Prozess.** Unter Bezugnahme auf diese in unserer Nr. 561, Morgen-Ausgabe, vom 2. d. M., gebrachte Notiz teilt Herr Lorenz Caprano uns mit, daß eine Ladung zur verantwortlichen Vernehmung ihm von dem allein zuständigen Königl. Landgericht Wiesbaden bis heute nicht zugestellt worden sei. Eine „erste“ Vernehmung habe überhaupt nicht stattgefunden, und die ihm zugeschriebene Äußerung: „Das war Ziel und Zweck der Broschüre“ sei falsch.

— **Ein beherzter Sprung.** Ein hiesiger Landmann, der gestern auf dem Bahnhof in Höchst a. M. statt in dem um 1 Uhr 14 Min. abgehenden Personenzug, mit dem er nach Rüsselsheim fahren wollte, in dem 1 Uhr 3 Min. abgehenden Zug nach Wiesbaden Platz nahm, bemerkte, während der Zug sich längst in Bewegung gesetzt hatte, diesen seinen Irrtum. Schnell entschlossen öffnete er das Abteil und sprang zwischen Höchst a. M. und Sindlingen aus dem in voller Fahrt befindlichen Zug. Ohne Schaden zu nehmen, kam er zur Erde und trottete eilends dem Sindlinger Bahnhofsgelände zu.

— **Preussisch-Sächsischen Klassenlotterie.** In der heutigen Vormittagsziehung fielen 30 000 M. auf die Nummern 80 553, 87 895; 5000 M. auf die Nummern 22 419, 64 564, 65 785; 3000 M. auf die Nummern 5042, 15 230, 15 482, 33 591, 64 033, 72 041, 74 088, 74 655, 78 700, 83 619, 83 757, 85 374, 87 482, 97 215, 99 348, 130 265, 138 925, 144 797, 159 061, 157 693, 165 134, 172 855, 175 770, 216 168, 222 274, 231 215. (Ohne Gewähr.)

— **Krematorium.** Im „Hotel Bruns Althaus“ ist der Militär-Artillerie in Sofia, Herr General v. Rastow, Major im großen Generalstab, mit Familie eingetroffen.

— **Alteine Notizen.** Die Verlosung der Börlingsarbeiten der Blindenanstalt hat am 1. Dezember stattgefunden und die Gewinne können abgeholt werden.

### Theater, Kunst, Vorträge.

— **Königliche Schauspiele.** In der morgen stattfindenden Aufführung von „Lambrusco“ gastiert der Baritonist Carlo de Garmo vom Stadttheater in Lübeck als „Volfram“ auf Engagement.

### Aus dem Landkreis Wiesbaden.

— **O. Diebstahl.** 2. Dezember. In der letzten Sitzung des hiesigen Kreisgerichts für Jugendpflege übernahm Richter Müller, Kommandeur des Pionier-Bataillons Nr. 25, das Amt als Vorsitzender, welches bisher sein Vor-

gänger im Kommando inne gehabt hatte. Die Einführung erfolgte durch Herrn Prof. Thurnmann. Der Verhandlung wurde sodann der Plan der auf dem Jugendplatz (Rudolf-Diesel-Platz) zur Errichtung kommenden Halle vorgelegt. Sie wird im Untergeschoß Ankleideräume für Herren mit Nebenräumen, Garderoben, Waschräume und Bedürfnisanstalten enthalten. Im Dachgeschoß befindet sich eine Reizstrahlentribüne, zugleich Aufenthaltsraum für eine Anzahl Zuschauer und schließlich Ankleide- und Waschräume usw. für Damen. Das zweistöckige Gebäude wird in bestmöglichem Stil in Fachwerk ausgeführt und mit Kupferblech gedeckt. Der Bau wird ungefähr auf 6000 M. veranschlagt. Nach einer Mitteilung des Leiters der Volkshochschule, Rektor Michaelis, wird der nächste Abend zugleich als Jugendunterhaltungabend abgehalten. Es wurde ferner noch mitgeteilt, daß die Intendanz der Königl. Schauspiele in Wiesbaden wieder für eine am 7. Dezember stattfindende Vorstellung eine Anzahl Eintrittskarten zu ermäßigten Preisen bewilligt habe. — Vor der durch den hiesigen Magistrat eingesetzten Prüfungskommission für Kandidaten im kommunalen Verwaltungsdienst haben die Herren Burg und Kraft von hier ihr Aspiranten-examen abgelegt und bestanden. — Vor der Prüfungskommission der Wiesbadener Handwerkskammer beendeten die Gesellenprüfung als Schneiderinnen folgende Lehrlinge von hier: Marie Röder und Maria Schmalbach (Lehrstelle Frau Erben), Auguste Göb (Lehrstelle Frau Kausch) und Marie Weidner (Lehrstelle Frä. Hub.).

— **Schießfest.** 2. Dezember. Gestern Abend fand im Rathaus eine Sitzung der Gemeindevertretung statt. Von dieser und dem Gemeinderat waren unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Schmidt 12 Mitglieder erschienen. Zunächst wurde beschlossen, die Holzhauser-Lohnarbeiten auch für das Wirtschaftsjahr 1913/14 wieder an den Holzhausermeister W. Müller aus Frauenstein zu vergeben. Auch soll für die Holzhausermeister eine Art Schutzstätte als Unterluntenstelle geschaffen werden. Als weiterer Punkt folgte die Beschlußfassung über die Abhaltung eines Kochkurses für schulpflichtige Mädchen. Wegen zu hoher Unkosten und in Ermangelung eines geeigneten Raumes erfolgte Ablehnung. Die Firma W. Gail Wwe. bittet um freihändigen Verkauf von Buchenstammholz und bietet für den Restmeter 18 bis 16 M. Da die Preise angemessen erschienen, erfolgte Genehmigung. Eine Dünge-Feuerung brachte einen Ertrag von 1 M. 5 Pf. für 100 Kilogramm und wurde genehmigt. Zuletzt wurde noch die Gewährung eines Arbeitsloans beschlossen. Hierauf Schluß. — Am nächsten Sonntag veranstaltet der Evangelische Kirchengesangsverein im „Rheinischer Hof“ sein diesjähriges Winterkonzert. — Die hiesige Turngemeinde bestimmte als Termin für die Abhaltung des nächstjährigen Gutschnfestes die Tage vom 4. bis 6. Juli.

### Nassauische Nachrichten.

#### Der Kircheneinsturz in Hattersheim.

— **Hattersheim.** 3. Dezember. Zu den bei den Erweiterungsbauten der katholischen Pfarrkirche gestern hier vorgekommenen schweren Unglücksfällen ist weiter zu berichten: Es stürzte die etwa 15 Meter hohe Frontwand ein und begrub etwa zehn Arbeiter unter den Trümmern. Der 46-jährige Maurer Wilhelm Hettler aus Gießen wurde sofort getötet; sechs andere Personen, darunter der Bauunternehmer H. W. Hildhardt aus Ronsbach (nächst Ransbach), wurden mit schweren inneren und äußeren Verletzungen aus den Schuttmassen hervorgezogen. Der Bau wurde von der Firma Gebr. Widdach (Ronsbach) ausgeführt. Über die Ursache der Katastrophe läßt sich Scherers noch nicht sagen. Man vermutet, daß die letzte Witterung, die das Mauerwerk nicht rasch genug austrocknen ließ, den Einsturz herbeigeführt hat. Die Verletzten, denen zwei Ärzte aus Hattersheim und Sindlingen sowie die Hattersheimer Barmherzigen Schwestern die erste Hilfe leisteten, wurden im Automobil fortgebracht.

— **H. Höchst a. M.** 3. Dezember. Zu dem gestrigen Unglück in Hattersheim ist noch zu berichten, daß das Gefallen der beiden am schwersten Verletzten Leute, die im Höchster Krankenhaus liegen, zu Befragungen keinen Anlaß gibt. Beide haben schwere innere Verletzungen erlitten, die aber nicht lebensgefährlich sind.

#### Das Rüsselsheimer Legat.

— **m. Rüsselsheim a. M.** 2. Dezember. Eine interessante Sache gelangte in der heutigen Stadtverordnetenversammlung auf den Tisch des Hauses. Vor langen Jahren, nämlich 1850, bewachte ein Herr Ziegler der Stadt Rüsselsheim 400 Gulden, die der Stadt nach dem Tode seiner Frau zufallen sollten, was auch 1867 erfolgte. Die Summe betrug mit den Zinsen damals 425 Gulden. Das Geld war für die Armen bestimmt und wurde 1867 auch noch für diese verwendet. Was aber nicht hinderte, daß im nächsten Jahre und allen folgenden Jahren die Summe von 425 Gulden alljährlich wiederkehrte und alljährlich ihre getreuliche Verwendung für die Armen fand. Das ging so bis 1911, nur mit dem Unterschied, daß nach Aufhebung des Geldens der Betrag in dann geltende Münze umgewandelt und eingezahlt wurde. Als die städtische Rechnung nun diesmal geprüft wurde, fanden die Rechnungsprüfer durch einen Zufall den Sachverhalt heraus. Nunmehr stellte die Prüfungskommission heute den Antrag, die Summe von 665 M. als Rüsselsches Legat einzustellen und fernerhin als solches zu verwalten. Die Versammlung schloß sich aber diesem Antrag nicht an, sondern beschloß, das Legat endgültig zu streichen.

— **Ordensverleihungen.** Bezirksführer Reuter in Hofheim (Taunus) und Schaffner Rüttgen in Niederlahnstein erhielten das Allgemeine Ehrenzeichen in Silber, und Schrankenwärter Vogel in Hattersheim das Allgemeine Ehrenzeichen in Bronze.

— **S. Hagenburg.** 2. Dezember. Die Stadtverordnetenwahl hatte folgendes Resultat: 3. Abteilung: Sattlermeister Gräf; 2. Abteilung: Landesbankrentant Stahl und Kaufmann Schumacher. Alle drei waren bisher schon Stadtverordnete. In der 1. Abteilung findet Stichwahl zwischen Steuerinspektor Maurer und Kaufmann Erhardt statt. Während in den zwei unteren Abteilungen die Wahl sich ohne Agitation vollzog, hatte die Wahl der 1. Abteilung einen lebhaften Eingekandelaustausch in der Lokalzeitung hervorgerufen.

### Aus der Umgebung.

#### Opfer der Fremdenlegion.

— **wb. Gießen.** 3. Dezember. Der Sohn des Bauunternehmers Teichmann aus Löhnberg, der seit drei Jahren in Paris in Stellung war, schrieb heute seinen Eltern aus Algier einen Brief, daß er seit dem 1. Oktober in der Fremdenlegion stehe, ohne daß er wisse, wie er dahin gekommen sei. In der selben Kompagnie traf er den vor kurzem aus Weiburg verschwundenen Sohn des Briefträgers Vogelmann, nach dem anfrange vergeblich gesucht worden war.

— **wb. Gießen.** 3. Dezember. Oberbürgermeister Reum, der 13 Jahre lang die Geschicke der Stadt geleitet hat, legt sein Amt mit Rücksicht auf seine angegriffene Gesundheit in die Hände der Stadtverordneten zurück. Oberbürgermeister Reum steht im 57. Lebensjahre. Für Donnerstag ist bereits, wie der „Gießener Anzeiger“ berichtet, eine geheime Sitzung der Stadtverordneten einberufen, die über das Rücktrittsgesuch entscheiden wird.

## Gerichtssaal.

— **wb. Ein erdichteter Überfall.** Weiburg, 3. Dezember. Das Schöffengericht beurteilte den Weintriefenden Heinz aus Trier, welcher im August d. J. einen Überfall auf seine Person fingiert hatte, um sich die Versicherungssumme anzueignen, zu 6 Wochen Gefängnis.

## Neues aus aller Welt.

— **Schneefestigkeit statt Doppelkrone.** Hamburg, 2. Dezember. In der Hauptkassette wurden in zwei Laufbahnen, die mit Doppelkrone gefüllt sein sollten, Schneefestigkeit gefunden. Es wurde festgestellt, daß die beiden Rollen von der Steuerkasse in Zahlung gegeben worden waren und daß diese sie von der Kassette in der Lohnkassette empfangen hat. Ob dort oder an der Kassette ein Verstoß ausgeübt wurde, soll die sofort eingeleitete Untersuchung ergeben.

— **Sechs Vergleute verschüttet.** Essen (Ruhr), 3. Dez. Auf dem Schacht 3 der Grube „Schacht Deutscher Kaiser“ wurden 6 Vergleute durch Gesteinsmassen verschüttet. Einer wurde getötet, die anderen sind lebensgefährlich verletzt.

— **Ein folgenschwerer Automobilunfall.** Münster (Westfalen), 3. Dezember. Zwischen Holthausen und Loege ist eine Autobrosche in einen Baugraben gestürzt. Die Insassen wurden herausgeschleudert. Der Chauffeur war sofort tot. Drei Passagiere wurden schwer verletzt.

— **Ein schwerer Zusammenstoß zwischen Eisenbahn und Straßenbahn.** Kattowitz, 2. Dezember. Heute Abend ereignete sich auf der Straße Kattowitz-Königsbühl ein Zusammenstoß zwischen einem elektrischen Straßenbahnwagen und einem Güterzuge. Der elektrische Wagen wurde von der Lokomotive emporgehoben und etwa 50 Meter fortgeschleudert und zertrümmert. Es befanden sich darin 25 Personen. Zwei Maschinisten und der Lokführer wurden durch die Verletzung der Wirbelsäule schwer verletzt. Die Ursache des Unfalls soll da aufzuführen sein, daß die Schranke nicht geschlossen war. Der Bahnwärter befreit die Schuld und behauptet, daß der Güterzug zu früh den Abgangsort verlassen habe. Von Kattowitz ging ein Hilfszug ab. Die Aufräumarbeiten dauerten bis in die Nachtstunden fort.

— **Der Diamantendiebstahl im Wiener Greysbach tatsächlich fingiert.** Paris, 3. Dezember. Die verschwindenden Diamanten, die vor einigen Tagen dem Juwelenhändler Vinbergo nach seinen Angaben auf der Fahrt nach Wien gestohlen worden sein sollten, sind gefunden worden. Der Diebstahl ist tatsächlich von Vinbergo fingiert worden.

— **Schwarzwasser des Colorado fließt.** Austin (Texas), 2. Dezember. Der Colorado fließt. Seine Fluten haben bereits viel Schaden angerichtet. In Belton sollen 10 Personen in einer 30 Fuß hohen Blutrutsche des Baches, der die Stadt durchfließt, umgekommen sein.

— **Einsturz einer Kirche.** Paris, 2. Dezember. In Wislet (Dep. Nord) stürzte eine aus dem 14. Jahrhundert stammende Kirche ein. Der wertvolle Hochaltar und mehrere alte Bilder wurden durch die Trümmer vernichtet. Nach dem Trennungsgesetz war jede Verbesserung der Kirche unterbunden.

— **Ein Warenhausbrand.** London, 2. Dezember. In Bradford brach gestern ein gewaltiges Feuer aus, das in einem Warenhaus entzündet und verheerende Zerstörungen anrichtete. Der Schaden soll ansehnlich ½ Million Mark betragen.

— **Untergrundbahn in Buenos Aires.** Buenos Aires, 2. Dezember. Gestern wurde die Untergrundbahn in Betrieb genommen.

## Die Interpellation über Zabern im Reichstag.

— **Einiger Drabbericht des „Wiesbadener Tagblattes“.**

— **## Berlin, 3. Dezember.** Im Reichstag machen sich heute die Anzeichen eines großen Tages schon beim Eintritt bemerkbar. Vor dem Hause stehen zahlreiche Reutierge, die vergebens Einlaß begehren. Im Hause ist bereits vormittags lebhaft Bewegung zu konstatieren. Der Reichstagskanzler erschien schon zu Beginn der Verhandlungen. Er wird aber erst nach den drei Interpellationen sprechen. Zunächst ergriff das Wort im Namen der Fortschrittlichen Volkspartei der Vertreter des Wahlkreises von Zabern, Herr Raser. Er ist ein einfacher Landwirt, aber seine Worte sind doch recht bemerkenswert. Er sagte, die Zaberner Vorgänge haben unsere nationalen Bestrebungen zertrümmert und auf Jahre hinaus geschädigt. Die Zivilbehörde hat sich völlig ohnmächtig erwiesen. Es hat sich in großem Maße eine Abhängigkeit unseres Landes von Berlin gezeigt. Der Vorgang erinnert an das Wort jenes Abgeordneten, der mit einem Leutnant und zehn Mann den Reichstag hat auseinandergerissen wollen.

— **Das Recht ist mit Füßen getreten worden durch die Errichtung einer militärischen Willkürherrschaft.**

Als die Nachricht von der Stichprobe zum ersten Male in der Zeitung stand, da ging ein Schrei der Entrüstung durch das Land. Sollte man damals gleich zugegriffen, dann wäre viel Unheil verhütet worden. Daß der Leutnant v. Rastner den Ausdruck „Wades“ gekannt hat, geht daraus hervor, daß ein Regimentsoffizier seit längerer Zeit bestand, den Ausdruck nicht zu gebrauchen. Dieser Regimentsoffizier wurde monatlich dreimal verlesen und ist auch schriftlich von Lt. v. Rastner zur Kenntnis genommen worden. Die militärische Dienstbehörde hat sich eben völlig über Recht und Sitte hinweggesetzt und die Zivilverwaltung terrorisiert. v. Rastner hat sogar die Leute mit der Meldung vor sich treten lassen: Ich bin ein Wades! Wenn der Kriegsminister selbst die Bedeutung des Ausdrucks nicht gekannt hat, so liegt darin eine große Weltfremdschheit. Der frühere Oberst von Zabern hat die Leute ganz anders behandelt, als der jetzige Oberst von Reuter. Früher hat eine Spannung zwischen der Militär- und Zivilbevölkerung nicht bestanden. Zuerst hörte man von den Vorgängen am 6. November. An demselben Abend ereignete sich eine Kundgebung, die sich am Freitag wiederholte. Am Samstag kam es dann zu einer Art Aufruf. Die jungen Leutnants haben an diesem Tage

provokierende Spaziergänge durch die aufgeregte Volksmenge gemacht. Das sind Provokationen, von denen der Gemeinderat in seinem Telegramm an den Reichstagskanzler, dem Reichstagskanzler, den Reichstag und den Kriegsminister sprach. Sie sind bereits am dritten Tage begangen. (Hört! hört!) Am Sonntag, wo Zabern von auswärts Bezug erhielt, war Leutnant v. Rastner Offizier vom Dienst und passierte mehrmals die Straßen der Stadt. Schließlich hatte er zu seiner Bedeckung eine Patrouille mit geladenem Gewehr. Da ist es erlärlich, wenn man ihm nachsieht. Am Nachmittag dieses Sonntags erging dann ein anderer Regimentsoffizier, der sämtliche Offiziere und Mannschaften in die Kaserne beorderte. Die Patrouille wurde in alle Wirtschaften geschickt, um die Leute nach der Kaserne zu holen und nur die vier Leutnants, die am Tage vorher die ganzen Reibungen verursacht hatten, blieben auf der Straße. Bis damals konnte man noch alles gut machen, aber die Herren wollten nicht. Die jungen Offiziere zogen durch die



Stragen mit geladertem Säbel und einer großen Dogge, als wenn sie nur irgend einen Unfug an den Haaren herbeiführen wollten. Dann kam die Demission des Obersten v. Reuter. Von diesem Augenblick an herrschte Ruhe in der Stadt. Alles atmete auf, aber nach zwei Tagen war der Herr Oberst schon wieder da. Es hieß, General von Reimling sei mit ihm in Berlin gewesen. Das hat auf die Bevölkerung natürlich einen beruhigenden Eindruck gemacht. Das Vertrauen zur Regierung wurde damit nicht gestärkt. Dann nahmen die Dinge ihren Fortgang. Nicht nur in Elsaß-Lothringen, sondern auch in alldoitschen Streifen sind die Dinge so scharf wie möglich gemäßig worden.

Die Bevölkerung von Elsaß-Lothringen fühlt in ihrer überwiegenden Mehrheit die Not und leidet jede gewaltsame Änderung des jetzigen Zustandes ab.

(Beifall im Hause.) Man hält es aber nicht für unbedingt notwendig, daß ewig ein Gegensatz zwischen Deutschland und Frankreich besteht, sondern man begrüßt natürlich eine Annäherung der beiden Länder. Aber die ganze Weisheit der Militärbehörde bestand darin, statt eine Untersuchung gegen Herrn v. Forstner zu eröffnen, nach dem Staatsanwalt zu rufen. Der Leutnant bleibt ungehorsam, nachdem er sich noch durch ein Mißgeschick im Manöver lächerlich gemacht hatte.

In diesen Tagen sind ungeheure Gefühlsverluste in Elsaß-Lothringen verloren gegangen.

Gegenwärtig spricht der Abgeordnete Peirotes (Soz.).

## Letzte Drahtberichte.

### Zur französischen Kabinettskrise.

\* Paris, 3. Dezember. Als Deschanel in der Kammer erklärte, daß das Gesetz über die Unantastbarkeit der Rente abgelehnt worden sei, entstand auf allen Plätzen ein furchtbarer Lärm. Alles schrie durcheinander. Von nationalistischer Seite erhob sich Baillant und schrie laut in den Saal hinein: Nieder mit der dreijährigen Dienstzeit. Barthou und seine Kollegen verließen ruhig ihre Sitze und defilierten an Baillant vorbei, wobei sie riefen: „Soch Frankreich“. Um 8 Uhr 40 verließen die Minister das Palais Bourbon und begaben sich sofort nach dem Elysée, um zunächst mit dem Präsidenten der Republik zu konferieren. Der Präsident drückte Barthou wiederholt herzlich seinen Dank für seine treue Hilfe aus und nahm schließlich die Demission des Kabinetts an, wobei die Minister gebeten wurden, vorläufig im Amte zu verbleiben. Um 9 Uhr verließen die Minister den Präsidenten und versammelten sich kurz darauf zu einem intimen Diner. Den auf sie wartenden Journalisten gaben sie auf die zahlreichen Fragen nur die einzige Antwort, daß sie gut gegessen hätten und nun verdauen müßten. Heute Vormittag wird der Präsident der Republik Barthou nochmals empfangen, um sich mit ihm noch einmal eingehend über die augenblickliche Lage zu unterhalten. Alsdann wird Poincaré die Präsidenten des Senats und der Kammer zu sich rufen, um auch mit ihnen die

Lage zu besprechen. Man weiß noch nicht, wer mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt wird, spricht aber bereits von Dumergue, Briand, Pichon und anderen. Die Lage ist jedenfalls noch sehr unübersichtlich und erfordert die ganze Aufmerksamkeit des Präsidenten.

### Millerand Barthous Nachfolger?

\* Paris, 3. Dezember. Wie der Korrespondent des Dep. Bureaus Herald erzählt, hat der Präsident der Republik nach während der Nacht Briand und Millerand zu sich rufen lassen. Briand weigerte sich, ein neues Ministerium zu bilden, Millerand dagegen soll angenommen haben.

### Der „Tanin“ erntet über die Intrigen.

wh. Konstantinopel, 3. Dezember. Der „Tanin“ wendet sich gegen die russisch-französischen Preßkommentare über die deutsche Militärmission und äußert sein Erstaunen, daß eine Großmacht wie Rußland über diese Frage in solchem Grade erschreckt sei. Das Blatt führt weiter aus, daß es sich nicht um die Einziehung der Türkei handle. Die Porte wolle ihre Armee, welche die einzige Garantie bilde, reformieren. Hierzu seien die deutschen Offiziere die geeignetsten, weil sie bereits in der türkischen Armee zu dienen gewohnt seien. Dies sei der einzige Grund der Bevorzugung Deutschlands, was weder eine Sinneigung, noch eine Abneigung gegenüber der deutschen Politik, höchstens engere Beziehungen mit der deutschen Armee bedeute, nicht aber, daß andere Heere minderwertiger seien als das deutsche.

### Die gründliche Reform der türkischen Flotte.

\* Konstantinopel, 3. Dezember. Die osmanische Regierung hat bekanntlich beschlossen, eine völlige Neugestaltung ihrer Marine vorzunehmen. Sie hatte daher die beiden englischen Firmen Armstrong und Vickers gebeten, Delegierte nach Konstantinopel zu schicken, um mit dem Marineminister hierüber zu beraten. Konter-Admiral Dittler erschien im Namen des Hauses Armstrong. Die Verhandlungen nahmen einen guten Verlauf und wurden bereits zu Ende geführt, so daß die offizielle Sanctionierung der in den Unterhandlungen gefassten Beschlüsse erfolgen könnte. Der Plan sieht zunächst eine Neuorganisation sämtlicher Arsenale und Schiffsbauanstalten am Goldenen Horn vor und dann die Gründung einer neuen Marinebasis in Smid.

## Wetterberichte.

### Beobachtungen in Wiesbaden.

von der W. Station des Nass. Vereins für Naturkunde.

2. Dezember.	7 Uhr morgens.	2 Uhr nachm.	8 Uhr abends.	Mittel.
Barometer auf 0° und Normaldruck	755.4	755.5	754.7	755.5
Barometer auf dem Meeresspiegel	755.3	755.3	755.0	755.3
Thermometer (Celsius)	5.9	8.0	8.1	6.3
Thermometer (Fahrenheit)	42.6	46.4	46.6	43.1
Lufttemperatur (mm)	6.3	7.4	7.2	7.0
Relative Feuchtigkeit (%)	91	87	84	87.3
Wind-Richtung und -Stärke	SW 2	SW 3	SW 2	—
Niederschlagshöhe (mm)	—	0.0	0.3	—

Höchste Temperatur (Celsius) 9.5. Niedrigste Temperatur 5.7.

## Handelsteil.

### Berliner Börse.

\* Berlin, 3. Dezember. (Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatts“.) Zu Beginn der heutigen Börse lag von keiner Seite eine Anregung vor, die einen maßgebenden Einfluß auf die Tendenz hätte gewinnen können. Die Haltung war ziemlich fest. Der Kursstand blieb im allgemeinen gut behauptet. Große Berliner Straßenbahn stellten sich anfangs höher und zogen später auf Fusionsgerüchte noch weiter an. Auch Elektrowerte und Untergrundbahn setzten ihre Aufwärtsbewegung fort. Gute Meinung trat für Schiffahrtsaktien hervor, wo Hansa ca. 1 1/4 Proz. höher einsetzten und dann noch weiter anzogen. Rege Kauflust war für Türkenlose, die etwa 4 Mark gewannen, bemerkbar. Orientbahnen lebhaft und steigend. Der Montanmarkt war eher vernachlässigt. Durch höhere Kurse zeichneten sich Kattowitz aus. Phönix-Bergbau etwas erhöht, auf die Dementierung der Gerüchte über eine Kapitalerhöhung. Hohenlohe gewannen im weiteren Verlaufe nach anfänglicher Abschwächung eine Besserung von mehr als 2 Proz. Das Geschäft bewegte sich später, abgesehen von einzelnen Werten, in engen Grenzen. Tägliches Geld 4 bis 3 1/2 Proz. Privatskont 4 1/2 bzw. 4 1/2 Proz. (gestern 4 1/2 bzw. 4 1/2 Proz.).

### Frankfurter Börse.

\* Frankfurt a. M., 3. Dezember. (Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatts“.) Die Börse wurde durch die zögerliche Haltung des New Yorker Marktes enttäuscht. Obwohl die Botschaft des Präsidenten Wilson der Börse keine besondere Anregung zu Unternehmungen zu bieten vermochte, wurde sie in günstigem Sinne aufgefaßt. Der Grund des im allgemeinen ruhigen Geschäftes wird am Geldmarkt gesucht. Die Ansprüche des Monats Dezember machen sich bereits bemerkbar. Die Tendenz war bei Eröffnung vereinzelt abgeschwächt bei stillem Geschäft. Die vertrauensvollere Stimmung, die in den letzten Tagen vorhanden war, ist geschwunden. Dies zeigte sich besonders an dem Montanmarkt; die im Umlauf gewesenen Gerüchte einer Kapitalerhöhung der Phönix-Gesellschaft bestätigten sich nicht. Die Aktien des Phönix-Unternehmens setzten bei behaupteter Tendenz ein; Bochumer und Deutsch-Luxemburger schwächer. Am Bankaktienmarkt war der Verkehr ruhig. Transportwerte haben an Belebung eingebüßt. Lombarden behauptet. Amerikanische Bahnen lustlos. Schiffahrtsaktien verkehrten in lebhafterem Geschäft bei fester Tendenz. Einiges Interesse bestand für Elektrizitätsaktien. Edison lebhafter gehandelt; Schuckert schwächten sich ab. Am Kassamarkt für Dividendenwerte bemerkte man teilweise Abgabenlust. Heimische Werte, auch Maschinenfabriken, lagen vereinzelt niedriger. Die Umsätze in Fonds sind bescheiden; Türkenlose fest. Der Verkehr blieb im weiteren Verlaufe ruhig. Von chemischen Werten notierten Holzverkohlung 3 Proz. niedriger; Maschinen Kleyer 6 1/2 Proz. niedriger. Der Schluß der Börse war behauptete Tendenz. Privatskont 4 1/2 bzw. 4 1/2 Proz. (gestern 4 1/2 bzw. 4 1/2 Proz.).

### Banken und Geldmarkt.

w. Die Ziehung 1864er Staatslose vom 1. Dezember. Gezogene Serien: 93 126 318 358 381 410 415 440 648 839 847 990 1201 1206 1580 1604 1712 1854 1895 1922 1935 2006 2094 2138 2139 2174 2288 2402 2600 2768 2879 2897 2989 3045 3182 3237 3239 3273 3284 3303 3337 3360 3410 3511 3678. — 300 000 Kronen fielen auf Serie 381 Nr. 9, 40 000 Kronen auf Serie 1712 Nr. 80, 20 000 Kronen auf Serie 3337 Nr. 12, 10 000 Kronen auf Serie 1932 Nr. 61, Serie 2094 Nr. 43, 4000

Kronen auf Serie 1201 Nr. 46, Serie 2138 Nr. 1. Ferner wurden noch eine Anzahl von Gewinnen unter 2000 Kronen gezogen. w. Die russische Anleihe in Paris gescheitert? Der Petersburger Nationalökonom Professor Magulin bezeichnet nach dem „D. T.“ die Anleiheemission Kokowzows in Paris als gescheitert und behauptet, daß alle offiziellen Versuche, diesen Mißerfolg zu beseitigen, keinen über den wahren Sachverhalt täuschen könnten.

\* Wehrbeitrag und nicht notierte Werte. Die Bankfirma Garsch, Simon u. Ko., Kommanditgesellschaft, Berlin W. 8, beabsichtigt mit Rücksicht auf die Wichtigkeit für den Wehrbeitrag Preisfeststellungen für nicht notierte Werte per 31. Dezember er. zu machen und diese in Form eines Kurszettels Interessenten auf Wunsch kostenfrei zuzustellen.

\* Petersburger Internationale Handelsbank in Petersburg. In der außerordentlichen Generalversammlung wurde der Antrag der Verwaltung, das Grundkapital um 12 auf 60 Millionen Rubel zu erhöhen, genehmigt. Über den Zeitpunkt der neuen Ausgabe äußerte sich die Verwaltung dahin, daß es von der Gestaltung des Geldmarktes abhängig sein werde.

\* Kapitalerhöhung der Königlich Niederländischen Petroleumgesellschaft. Die Gesellschaft bietet 40 460 Stück für 1913 dividendenberechtigten 100-Fl.-Aktien zum Kurse von 620 Proz. zum Bezüge an. Auf 1300 Fl. alle Aktien kann eine neue Aktie bezogen werden.

### Berg- und Hüttenwesen.

\* Hohenlohewerke, A.-G. Die Gesellschaft setzt demnächst, der „Kattow. Zig.“ zufolge, die neue Zinkergarbe Oliggrube bei Groß-Dombrowka (Kreis Beuthen) in Betrieb.

\* Förderabgaben für den Bergbau in Sachsen-Altenburg. Bei der Beratung der Regierungsvorlage, betreffend die Erhebung einer Förderabgabe für den Bergbau, setzte die Kommission des Landtags den Betrag von 5 auf 3 1/2 Pf. pro Tonne herab.

### Industrie und Handel.

\* Henninger-Bräuerei in Frankfurt a. M. In der Generalversammlung teilte die Verwaltung mit, daß trotz der Erweiterung des Kundenkreises das letzte Jahr einen Absatzrückgang um 6 Proz. brachte. Dagegen ergab das erste Quartal des neuen Jahres ein Absatzplus von 3500 hl.

\* Die A. Horch u. Ko. Motorwagenfabrik in Zwickau (Sa.) wird in der morgigen Aufsichtsratssitzung für das am 30. Sept. abgelaufene Geschäftsjahr die Ausschüttung von wieder 15 Proz. Dividende beantragen.

\* Festsetzung der Diamantenkontingentierung. Es ist eine Reichskanzlerverordnung erlassen worden, die die Verwertung der deutsch-südwestafrikanischen Diamanten für das Jahr 1914 auf 1 Million Karat begrenzt. Auf Grund der jetzigen monatlichen Förderung dürfte die Produktion an südwestafrikanischen Diamanten auf ca. 1 1/4 Millionen Karat für das laufende Jahr zu schätzen sein.

\* Die Dortmunder Unionsbrauerei schlägt wieder 25 Proz. Dividende für das Geschäftsjahr 1912/13 vor. Den Aktionären ist durch den Antrag auf Kapitalerhöhung um 1 Mill. M. auf 4 Mill. M. ein wertvolles Bezugsrecht geboten.

\* Delmenhorster Linoleumfabrik (Anker-Mark). Bei dem Unternehmen ist für das Geschäftsjahr 1913 mit einer Dividendenreduktion zu rechnen. Für das Jahr 1912 wurde eine Dividende von 28 Proz. für 1911 eine solche von 24 Proz. verteilt.

### Marktberichte.

O. Fruchtmärkte zu Frankfurt a. M. vom 3. Dezember. Weizen, hiesiger und kurländischer, 19 bis 19.25 M., Roggen,

## Deutsche Seewarte Hamburg.

### 3. Dezember, 8 Uhr vormittags.

1 = sehr leicht, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = steif, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm.

Beob.-Station.	Barom.	Wind-Richtung u. Stärke.	Wetter.	Therm. Cels.	Beob.-Station.	Barom.	Wind-Richtung u. Stärke.	Wetter.	Therm. Cels.
Borkum	755.4	SW 6	bedeckt	+10	Sollum	757.7	SW 6	wolkig	+11
Hamburg	755.4	WSW 7	—	—	Aberdeen	758.8	SSW 8	bedeckt	+10
Swinemünde	755.2	WSW 4	Regen	—	Paris	758.8	SSW 8	bedeckt	+10
Wismar	755.2	W 7	bedeckt	—	Vissingsø	75.9	SW 6	bedeckt	+1
Aachen	756.2	SW 5	—	—	Christiansund	—	—	—	—
Hannover	755.9	WSW 6	—	—	Skagen	744.9	WNW 6	wolkig	+5
Berlin	757.2	W 6	—	—	Kopenhagen	749.5	W 4	Regen	+10
Breslau	756.1	W 4	—	—	Stockholm	749.9	W-W 4	bedeckt	+3
Brüssel	756.4	SW 3	—	—	Oslo	741.7	SW 2	wolkig	+3
Metz	756.2	W 5	—	—	Petersburg	745.0	SW 3	—	—
Frankfurt	756.4	SW 3	—	—	Warschau	752.3	WSW 6	bedeckt	+4
Karlsruhe	755.9	SW 4	—	—	Wien	754.1	W 4	wolkig	+11
München	756.7	SW 4	heiter	—	Rom	758.4	N 2	wolkig	+4
Triest	756.2	WSW 6	heiter	—	Lissabon	758.8	SW 1	—	—
Valencia	749.5	SSW 6	Regen	+11	Sevillafjord	—	—	—	—

Wettervorhersage für Donnerstag, 4. Dezember, von der Meteorologischen Abteilung des Physikal. Vereins zu Frankfurt a. M.

Vorwiegend trüb, zeitweise Niederschläge, keine Temperaturänderung, westliche Winde.

### Wasserstand des Rheins

am 3. Dezember:

Bleibich. Pegel:	2.05 m	gegen 2.10 m am gestrigen Vormittag
Caub.	2.43 m	„ 2.51 m „ „
Mainz.	1.32 m	„ 1.38 m „ „

## Reklamen.

## Formamint-Tabletten

vernichten die Bakterien in Mund und Rachen und gewähren

## Schutz vor Ansteckung

## Für wählerische Eier.

Wer einen empfindlichen Magen hat, ist wählerisch beim Essen; noch vorzüglicher sollte man in der Wahl seiner Hausmittel sein. Drainische Mittel sind unter allen Umständen zu meiden, sie wirken selbst bei robusten Naturen hörend und schwächend auf die Verdauungsfunktionen, bei empfindlichem Magen aber können sie oft direkt tödlich sein.

Ärzte empfehlen hier mit Vorliebe zur Regelung des Stuhlganges und der Verdauung „Calisia“ — Californischer Feigen-Sirup. Dieses milde und angenehme Abführmittel befreit von Verstopfung und überwindet prompt und vollständig die Unregelmäßigkeiten des Verdauungsvorganges. Sein feines Aroma sagt selbst dem verwöhnten Geschmack zu, seine Wirkung ist angenehm, natürlich und völlig beschwerdefrei. Auf einen empfindlichen Magen wirkt „Calisia“ nur wohltuend ein, und für Kinder ist er das Beste, was man sich denken kann; auch robuste Naturen können nichts Besseres finden, denn seine lindernde Wirkung tut jedem Organismus gut.

In allen Apotheken zu haben, in Originalflaschen zu Mk. 1.50; extra große Flasche Mk. 2.50. Weltl. Syr. frei. Caliform, 75, Ext. Senn, liq. 20, Elix. Caryoph. comp. 5.

hiesiger, 16.25 M., Gerste, Wetterauer 16 bis 16.50 M., Franken, Pfälzer, Ried 17.50 bis 18 M., Hafer, hiesiger, 16 bis 17.25 M., Mais 14.75 bis 14.80 M. Alles per 100 kg.

O. Kartoffelmarkt zu Frankfurt a. M. vom 3. Dezember. Kartoffeln in Wagenladung 3.50 bis 4 M., im Detail 4.50 bis 5 M. Alles per 100 Kilo.

### Amtliche Notierungen

vom Wiesbadener und Frankfurter Schlachtviehmarkt vom 3. Dezember.

(Eigene Berichte des Wiesbadener Tagblatts.)

	Wiesbadener Preise.	Frankfurter Preise.
<b>Ochsen.</b>		
Vollfleischige, ausgewachsene, höchst. Schlachtwerts, die noch nicht gezogen haben (ungejochte) ...	49-54	47-50
Vollf., ausgewächs., im Alter v. 4-7 J. Junge, fleischige, nicht ausgewachsene und ältere ausgewachsene ...	44-45	42-46
Mitl. genährte jg. u. gut genährte Alk.	—	—
<b>Bullen.</b>		
Vollf., ausgewachs., höchst. Schlachtw. Vollfleischige, jüngere ...	46-47	44-45
Mitl. genährte jg. u. gut genährte Alk.	—	—
<b>Färsen und Kühe.</b>		
Vollf., ausgewächs., höchst. Schlachtw. Vollf., ausgewachsene Kühe höchst. Schlachtwerts bis zu 7 Jahren ...	48-50	47-50
Ältere ausgewächs. Kühe u. wenig gut entwickelte jg. Kühe u. Färsen ...	42-46	40-45
Mitl. genährte Kühe und Färsen ...	38-40	36-38
Gering genährte Kühe und Färsen ...	30-35	28-32
<b>Kälber.</b>		
Doppeltender, feinste Mast ...	105-110	105-110
Feinste Mastkälber ...	85-90	85-90
Mittlere Mast- und beste Saugkälber ...	65-70	65-70
Geringere Mast- u. gute Saugkälber ...	55-60	55-60
Geringere Saugkälber ...	47-52	47-52
<b>Schafe.</b>		
Mastlamm u. jüngere Masthämmer ...	47-48	47-48
Geringere Masthämmer und Schafe ...	34-36	34-36
Ältere Masthämmer, geringe Masthämmer u. gut genährte jg. Schafe ...	—	—
Mitl. genährte Hämmer und Schafe (Mastschafe) ...	—	—
Mastlamm ...	—	—
<b>Schweine.</b>		
Vollfleisch. bis zu 100 kg Lebendgew. Vollfleisch. über 100 kg Lebendgew. ...	55-58	57-61
Vollfleisch. über 125 kg Lebendgew. Fette über 100 kg Lebendgew. ...	57-60	59-62
Fleischige unt. 100 kg Lebendgewicht ...	52-55	54-57

Am Wiesbadener Schlachtviehmarkt betrug der Auftrieb: Ochsen 73, Bullen 33, Kühe und Färsen 156, Kälber 476, Schafe 193, Schweine 1335. — Marktverlauf: Bei allgemeinem mittlerem Geschäft bleibt bei Großvieh Ueberstand, Schweine u. Kleinvieh la. g. am geräumt. — Von den Schweinen wurden verkauft 2 m Pr. la. von 74 Mk. 33 Stück, 73 Mk. 13 Stück, 72 Mk. 109 Stück, 71 Mk. 88 Stück, 70 Mk. 33 Stück, 69 Mk. 9 Stück.

Am Frankfurter Schlachtviehmarkt betrug der Auftrieb: Ochsen 434, Bullen 51, Färsen und Kühe 810, Kälber 234, Schafe 32, Schweine 2301. — Marktverlauf: in Rüdern gedrückt, Ueberstand ger. u. g. im übrigen gut, kein Ueberstand.

### Die Abend-Ausgabe umfaßt 16 Seiten.

Gedruckt bei H. Gegerbach.

Verantwortlich für den politischen Teil: H. Gegerbach; für den Redaktions-Teil: H. Gegerbach; für den Geschäftsteil: H. Gegerbach; für den Anzeigen-Teil: H. Gegerbach; für den Druck-Teil: H. Gegerbach; für den Vertrieb-Teil: H. Gegerbach; für den Anzeigen-Teil: H. Gegerbach; für den Druck-Teil: H. Gegerbach; für den Vertrieb-Teil: H. Gegerbach.



